

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
6. September 2012

Protokoll Nr. 32

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 28. Juni 2012 10.00–17.00 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Korintha Bärtsch

Präsenz:
Anwesend sind 42 bis 47 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
René Baumann den ganzen Tag, Daniel Wettstein am
Nachmittag, Andrea Mathys-Imhof ab 15 Uhr,
Luzia Mumenthaler-Stofer und Monika Senn Berger
ab 16 Uhr, Werner Schmid ab 16.45 Uhr

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst ist vormittags
nach 11 Uhr entschuldigt, Baudirektor Kurt Bieder am
Nachmittag ab 15 Uhr. Im Übrigen ist der Stadtrat
vollzählig anwesend.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Bericht und Antrag 8/2012 vom 4. April 2012: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011	4
3. Bericht und Antrag 20/2012 vom 2. Mai 2012: Schulraumoptimierungen	17
4. Postulat 282, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 12. Januar 2012: ewl zu GEO-Energie-Suisse	26
5. Interpellation 254, Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 29. November 2011: Welche Massnahmen gegen die Krise?	28
6. Interpellation 288, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 2. Februar 2012: Über die freihändige Vergabe von Arbeiten und Lieferungen	31
7. Volksmotion 257, Franziska und Markus Keller und Mitunterzeichner/innen, vom 2. Dezember 2011: Regelung der Beihilfe zum Suizid in den Betagtenzentren und Pflegeheimen der Stadt Luzern	31

8.	Postulat 256, Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 1. Dezember 2011: Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder Pflegewohnungen	36
9.	Motion 239, Marcel Budmiger und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 19. September 2011: Zahlbarer Wohnraum dank Landverkaufsgewinnen	39
10.	Postulat 281, Ivo Durrer und Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion sowie Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 10. Januar 2012: Massnahmen bei Arbeitsvergaben und Beschaffungen von Unternehmungen mit eigenem Stammpersonal	45
11.	Postulat 270, Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, Franziska Bitzi Staub und Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion und Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 20. Dezember 2011: Kontrollen gegen Lohndumping	47
12.1	Interpellation 272, Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion, vom 22. Dezember 2011: Zebrastreifen in Luzern: Sind auch unsere Fussgänger einem hohen Unfallrisiko ausgesetzt?	49
12.2	Postulat 276, Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012: Neugestaltung der Fussgängerstreifen zur Verbesserung der Sicherheit	
13.	Postulat 275, Ali R. Celik und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012: Die Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger auf den Trottoirs der Strasse Inseliquai soll verbessert werden	54
14.	Interpellation 295, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012: Auswirkungen des neuen Seetalplatzes für die Stadt Luzern	57
15.	Postulat 319, Melanie Setz, Marcel Budmiger und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Ali R. Celik und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 5. April 2012: Ideen- und Projektwettbewerbe der Stadt Luzern – Einbezug des Parlaments	59

- | | | |
|-----|---|----|
| 16. | Interpellation 307, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion,
vom 12. März 2012:
Was kann aus dem Projekt „Starke Stadtregion“ gelernt werden? | 62 |
| 17. | Interpellation 322, Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 10. April 2012:
Wie steht die Stadt Luzern zum Regionalen Eiszentrum REZ? | 66 |

Eingänge

1. Antwort auf die Interpellation 265, Melanie Setz und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Dezember 2011: „Pflegeplätze für Menschen mit psychosozialer Beeinträchtigung“
2. Antwort auf die Interpellation 273, Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion, vom 23. Dezember 2011: „Werden die Christbaumverkäufer aus der Stadt getrieben?“
3. Antwort auf die Interpellation 284, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Januar 2012: „Wie ist die Finanzierung zum Erwerb strategisch relevanter Grundstücke langfristig sichergestellt?“
4. Stellungnahme zum Postulat 291, Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012: „Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten“
5. Stellungnahme zum Postulat 296, Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012: „Ein Mega-Kreisel für Luzern“
6. Interpellation 338, Nico van der Heiden und Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. Juni 2012: „Transparenz bei der BZO-Revision: Wohnanteilsplan“
7. Postulat 339, Nico van der Heiden, Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. Juni 2012: „Lernen von Anderen: Das ‚Cities for Children‘-Netzwerk“
8. Dringliche Motion 340, Theres Vinatzer, Dominik Durrer, René Meier und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, sowie Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 15. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich“
9. Interpellation 341, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 20. Juni 2012: „Was geschieht mit der Höheren Fachschule für Tourismus?“
10. Interpellation 342, Laura Grüter Bachmann und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 21. Juni 2012: „Sind die Ziele der Gesamtplanung gefährdet?“
11. Einladung zur 32. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 28. Juni 2012
12. Einladung zur 33. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 5. Juli 2012
13. Protokoll 13 der Geschäftsleitungssitzung vom 24. Mai 2012
14. Protokoll 27 der Baukommissionssitzung vom 31. Mai 2012

15. Protokoll 14 der Bildungskommissionssitzung vom 31. Mai 2012
16. Protokoll 30 der Geschäftsprüfungskommissionssitzung vom 31. Mai 2012
17. Protokoll 23 der Sozialkommissionssitzung vom 31. Mai 2012

Beratung der Traktanden

Traktandum 7 wird vor Traktandum 6 behandelt.

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch begrüsst die Anwesenden und gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe oben). Es wurde ein Vorstoss dringlich eingereicht. Der Stadtrat opponiert der dringlichen Behandlung der Motion 340, Theres Vinatzer, Dominik Durrer, René Meier und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 15. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich“ nicht. Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein anderslautender Antrag gestellt wird und **die dringliche Behandlung somit beschlossen ist**. Die Motion wird an der Sitzung vom 5. Juli behandelt.

2. Bericht und Antrag 8/2012 vom 4. April 2012: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011

Eintreten

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat diesen B+A an der Sitzung vom 31. Mai wie immer ausführlich diskutiert und behandelt und dabei auch die Kommissionspräsidenten der anderen Kommissionen sowie den Finanzinspektor einbezogen. Vorgängig hat eine Gruppe der GPK den Finanzinspektor besucht und mit ihm ebenfalls die Rechnung diskutiert. Der Geschäftsbericht ist auch immer eine gute Gelegenheit für die GPK-Mitglieder, eine Art Gesamtchau über alle Aktivitäten in der Stadtverwaltung zu erhalten und Fragen zu Punkten zu stellen, mit denen sie sich sonst durch das Jahr weniger beschäftigen. Zum letzten Mal erschienen der Geschäftsbericht und die Rechnung im alten Kleid; nächstes Jahr wird mit der neuen Version gearbeitet. Der nächste Geschäftsbericht wird auch insofern eine ziemliche Neuerung sein, da er erstmals von einem zu drei Fünfteln neu zusammengesetzten Stadtrat verfasst wird. Die GPK-Präsidentin will hier nicht das gesamte Jahr Revue passieren lassen, sondern nur auf einige wichtige Punkte eingehen. Im Jahr 2011 war ein thematischer Schwer-

punkt sicher das gescheiterte Projekt Starke Stadtregion. Viele Personen aus dem Stadtrat, der Verwaltung und auch aus den Parteien haben in dieses Projekt viel Zeit, Energie und auch Hoffnung gesteckt. Die Stadtbevölkerung war denn auch überzeugt, dass diese Strategie die richtige ist. Hingegen waren die Stimmberechtigten in den Partnergemeinden nicht überzeugt. In den nächsten Jahren wird es sicher eine Herausforderung sein, die Probleme der Kern- und Zentrumsstadt anders als durch Fusionen optimal lösen zu können. Weitere thematische Schwerpunkte waren die neue atomfreie Energie- und Klimapolitik, die von den Stimmberechtigten mitgetragen wird, die Formulierung der Quartier- und Stadtteilpolitik sowie die Diskussion um die Nutzung des öffentlichen Grundes. Anlässlich der Beratung des Geschäftsberichtes hat die GPK auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung ihren Dank ausgesprochen. Sie stehen einerseits unter einer hohen Arbeitsbelastung, andererseits sind sie seit Jahren hohem Druck ausgesetzt, weil immer wieder neue Sparpakete geschnürt werden müssen. Sie sehen sich immer wieder mit neuen Sparwünschen konfrontiert und müssen ihre Arbeit entsprechend anpassen. Trotzdem arbeitet die Verwaltung nach Meinung der GPK sehr motiviert, speditiv und qualitativ hochstehend. Auch der Stadtrat liess in den letzten Monaten seiner Amtszeit nicht locker und hat viele Projekte vorwärtsgetrieben und realisiert. In der Konsequenz waren dann auch die Kommissionen und das Parlament sicher nicht unterbeschäftigt, sondern mussten in ebenfalls relativ hohem Tempo viele spannende Geschäfte diskutieren und verabschieden. Finanziell geht es der Stadt nicht rosig. Dies ist allen klar. Der Abschluss fiel zwar bei einem Rohdefizit von 30 Mio. und 12 Mio. in der Rechnung weniger schlecht aus als budgetiert, so das offizielle Etikett. Allen dürfte auch klar sein, dass sie auf weitere magere Jahre blicken, und dass die Frage, ob das Volk einer Steuererhöhung zustimmt, sie bald ziemlich beschäftigen wird. Etwas lähmend für die Energie und Kraft der Stadt, die als Motor für die ganze Region wirkt und wirken sollte, ist insbesondere die Tatsache, dass die Finanzlage derart von exogenen Faktoren dominiert wird: Indem von aussen neue obligatorische Leistungen vorgegeben werden, verringert sich der Spielraum, die Stadt als lebensfröhlicher und lebenswerter Mittelpunkt des Kantons zu gestalten, immer mehr. Dies ist bedauerlich. Die GPK hat dem Geschäftsbericht mit 10:0 Stimmen zugestimmt und die Rechnung mit dem gleichen Stimmenverhältnis genehmigt.

Rolf Krummenacher: Der Geschäftsbericht ist immer ein Abbild der Vielfalt der Dienstleistungen und Aufgaben des Gemeinwesens Stadt Luzern. Es ist immer schön zu sehen, wie die Stadt eine Ansammlung von KMU mit verschiedensten Aufgaben ist. Der Geschäftsbericht ist aber auch Zeugnis der erbrachten Leistungen; ein Leistungsausweis. Und da kann die Stadt stolz sein, was mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen alles erreicht worden ist. Die vorgegebenen Ziele sind weit gehend erreicht worden, bzw. wo nicht nachvollziehbar begründet nicht. Die Besuche zeigten, dass vielerorts ein lösungsorientiertes Schaffen gezeigt wird. Ein gewisses Potenzial ist sicher vorhanden bei den Prozessen und bei der Systemunterstützung.

Zur Rechnung: Leider steht die Stadt am Beginn einer Reihe von so genannten Verlustjahren – Verluste sicher nur im Sinne der Finanzen. Das selbstgegebene Prädikat „Weniger schlecht als erwartet“ ist natürlich ein schwacher Trost, gibt es doch sehr viele schwarze Wolken. Die Kos-

tendisziplin, das Bewusstsein, hat sich sehr stark verbessert. Es sind griffigere Controllinginstrumente geschaffen worden, und die Kostendisziplin wird auch ein wichtiger Pfeiler sein für die Zukunft, damit man die Kosten im Griff hat. Bei den Erträgen der natürlichen Personen ist die Entwicklung an und für sich positiv. Das ist aber vor allem auf Zuzüge zurückzuführen. Der Steuerertrag pro Person und damit die Ertragskraft stagniert oder ist sogar rückläufig. Da drängt sich sicher eine Analyse auf, was speziell die Wohnbauoffensive der letzten Jahre gebracht hat. Etwas anders sieht es bei den Erträgen der juristischen Personen aus. Auf den ersten Blick nicht schlecht, aber es hat sehr viel Einmaliges, und da wird die Volatilität sicher noch zunehmen. Das sind auch die dunkeln Wolken, denn es ist nicht nur die Wirtschaftslage, es ist vor allem, dass es die Stadt Luzern bis jetzt nicht geschafft hat, Voraussetzungen zu schaffen, damit sie von der Steuergesetzrevision des Kantons profitieren kann, sei es Infrastruktur, Flächen. Man hat also für Neues nichts geschaffen, und es ist sogar zu befürchten, dass die bestehenden Firmen auch Mühe haben werden, sich in diesen Flächen der Infrastruktur auszudehnen, und es muss eher noch eine Abwanderung in Kauf genommen werden. Das sieht nach Meinung der FDP-Fraktion nicht sehr gut aus. Das Eigenkapital ist mit 54 Mio. Franken zwar klein, verglichen mit anderen Gemeinden, aber der Fraktion ist bewusst, dass sehr viel mehr Substanz dahinter steckt bei den Liegenschaften, dem Verwaltungsvermögen und den Beteiligungen. Dass das nicht kurzfristig verfügbar ist, ist klar, und das soll auch nicht so sein, aber es gibt doch eine gewisse Beruhigung, weil es heisst, dass die Bonität der Stadt Luzern nicht so schlecht ist. Vielleicht ist es in Zukunft gut, am Kapitalmarkt doch mit einer gewissen Bonität dazustehen, wenn man sich Finanzen beschaffen muss. Der Investitionsplanfond ist ausgeschöpft worden; das ist gut. Es sind viele Projekte am Laufen; das ist auch gut und zeigt auch, dass sich die Projektsteuerung und das Management stark verbessert haben. Bei der Verschuldung ist die Stadt mit 2400 Franken pro Kopf auf Agglo-Niveau; absolut bei der Steuerkraft ist die Stadt immer noch besser. Beunruhigend ist die Tendenz: Die Agglo, die Stadt und die übrigen Gemeinden treffen sich bald auf gleichem Niveau, aber die Kurven sind sehr unterschiedlich. Während die Stadt immer mehr verschuldet ist, ist sie bei der Agglo etwa konstant, und bei den übrigen Gemeinden geht sie rasant zurück. Die Selbstfinanzierung beim Investitionsmotor Stadt Luzern liegt bei etwa 50 Prozent, im Umfeld bei 100 und in den übrigen Gemeinden bei 110 Prozent. Man muss aber vorsichtig sein: Das sind nackte Zahlen, und es ist immer auch zu berücksichtigen, was für Werte geschaffen wurden. Und da gibt es natürlich eklatante Unterschiede. Die Stadt hat investiert in die Infrastruktur, in Dienstleistungen, z. B. die ausserfamiliäre Kinderbetreuung, und das ist auch gut so. Sie hat noch immer eine sehr hohe Lebensqualität, und die gilt es auch zu halten. Das heisst, die Leistungen müssen abgestützt sein innerhalb von Agglomeration/Kanton; daran führt kein Weg vorbei. Und es führt leider auch kein Weg an Abstrichen vorbei, sei es bei den Leistungen. Als Abstrich gehört auch die Steuererhöhung dazu, denn so, wie es aussieht, ist das der Weg, der beschritten werden muss. Trotzdem muss es möglich sein, gezielt zu investieren, weil das Halten der Lebensqualität im veränderten Umfeld nur mit gezielten Investitionen möglich ist, und dazu muss sich die Stadt sehr wahrscheinlich auch mit einer Steuererhöhung eine gewisse Handlungsfreiheit erkaufen. Die FDP-Fraktion tritt ein und wird den Anträgen des Stadtrates folgen.

Katharina Hubacher: Der Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr fokussiert drei Themen: die verpasste Fusion, die Energie- und Klimapolitik sowie die Quartier- und Stadtteilpolitik. Diese Themenvielfalt gibt auch gerade eine Übersicht über das, was im letzten Jahr gelaufen ist in dieser Stadt; dies neben den Wahlen, die in den letzten Monaten stark beschäftigt haben. Die Ablehnung der interkommunalen Gespräche über Fusionen ist eine schmerzhaft Erfahrung; die G/JG-Fraktion bedauert dies immer noch sehr. Sie hofft aber, dass in den nächsten Monaten eine gemeinsame Strategie gefunden wird, wie das Zusammenleben und das Zusammenarbeiten in dieser Region in Zukunft gepflegt werden soll. Auf diese Visionen, die mit den neuen Verantwortlichen erarbeitet werden, ist die Fraktion gespannt.

Die Energie- und Klimapolitik ist ein Resultat einer Initiative der Jungen Grünen, die verlangte, dass die Stadt Luzern aus der Atomenergie aussteigt. Der Gegenvorschlag wurde dann von einer Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Mit diesem Entscheid ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, nämlich Richtung Atomausstieg, getan. Die konkrete Umsetzung wird aber auf allen Ebenen – Bund, Kanton und Gemeinden – in den nächsten Jahren sicher immer wieder beschäftigen. Die G/JG-Fraktion ist aber froh, dass dieser kleine Schritt geschafft ist, denn sobald der Spardruck die Geschäfte bestimmt, kommt schnell das Argument, dass diese Solaranlage oder jene energetische Sanierung nicht gemacht werden könne; man müsse warten, weil kein Geld vorhanden ist. Dieses kurzfristige Denken darf die Entscheide in Zukunft nicht allein bestimmen. Weil die Stadt sich der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet hat, muss sie auch konkret danach handeln.

Das dritte Thema, Quartier- und Stadtteilpolitik, ist der G/JG-Fraktion ebenfalls sehr wichtig. Sie hat es ja auch mit verschiedenen Vorstössen angestossen und unterstützt. Sie ist darum froh, dass es der Stadtrat aufgenommen hat und dass im letzten Jahr die Quartierpolitik verabschiedet werden konnte. Jetzt braucht es natürlich die nötigen Ressourcen, und die Fraktion hofft sehr, dass diese Innovation in der nächsten Sparrunde nicht wieder zurückgestutzt wird. Das wäre nicht nur für die betroffene Bevölkerung in den Quartieren, sondern auch für die involvierten Partnerinnen und Partner eine grosse Enttäuschung. Diese Investition in das Zusammenleben ist gerade in dieser Zeit etwas sehr Wichtiges. Zusammen leben und zusammen arbeiten ist aber auch zwischen Verwaltung und Personal sowie zwischen Parlament und Personal wichtig. Daher möchte sich die G/JG-Fraktion bei allen Personen der Verwaltung für ihre engagierte Mitarbeit, die sie für die Stadt leisten, bedanken. Nicht für alle war es einfach, die steigende Hektik und den gleichzeitigen Spardruck auszuhalten. Hinzu kommt, dass man nicht sagen kann: Ihr habt es gut gemacht, nun kommen bessere Zeiten, sondern man muss sagen: Ihr habt es gut gemacht, aber es geht weiter so. Die Anforderungen werden weiterhin steigen, der Spardruck auch; das gilt es auszuhalten. Darum vielen Dank.

Dieser Geschäftsbericht ist etwas Besonderes, weil damit drei Stadträte ihren letzten Jahresrückblick geschrieben haben und weil ausser einer Direktion im Herbst alle eine neue Führung erhalten. Die G/JG-Fraktion wird sich deshalb erlauben, im Detail zu den einzelnen Direktionen einen kurzen Rück- und Ausblick zu machen.

Die Finanzpolitik der letzten Jahre war geprägt durch den Steuerwettbewerb. Daran hat sich der Kanton Luzern, aber auch die Stadt Luzern beteiligt. Die grossartigen Versprechungen,

dass die Steuersenkungen durch Mehrerträge aufgefangen werden können, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Zudem ist bei dieser Diskussion ausgeblendet worden, dass sowohl der Kanton wie die Gemeinden mit neuen Aufgaben betraut wurden. Jetzt wird der Schwarze Peter immer wieder der neuen Pflegefinanzierung oder dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zugespielt. Klar, das sind kostspielige Aufgaben, aber man muss wissen, dass sie schon angedacht und geplant waren, als die Steuersenkungen propagiert wurden. Man wusste, dass etwas kommt, man wusste lediglich noch nicht genau, wie viel, aber dass jemand die Kosten tragen muss, war damals schon klar. Aber das wurde nicht diskutiert. Die G/JG-Fraktion ist darum der Meinung, dass die letzte Steuersenkung vollumfänglich zurückgenommen werden muss, damit die Stadt ihre Aufgaben erledigen und ihre Gestaltungsfreiheit wiedererlangen kann. Sie hofft darum auf eine breite Unterstützung in diesem Parlament, denn es wird nicht einfach sein, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass dieser Schritt für die Stadt Luzern und ihre Zukunft wichtig ist.

Das Ergebnis der Jahresrechnung zeigt, dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 53 Prozent liegt. Das ist eines der Merkmale, bei denen bei der G/JG-Fraktion die Alarmglocken läuten. Die Steuereinnahmen entsprechen zwar noch den Vorgaben, aber mit der Senkung der Unternehmenssteuer werden es in Zukunft massiv weniger sein; das ist ja auch ein Grund, warum die Verschuldung ansteigt. Die Konsumausgaben konnten etwa auf dem budgetierten Niveau gehalten werden. Man weiss aber, dass dies nur durch sehr viele Sparanstrengungen zustande gekommen ist. Es muss möglich sein, zumindest mittelfristig, dass wieder anders gearbeitet werden kann und die Stadt wieder mehr Handlungsfreiheit hat. Das Gleiche gilt für die Investitionen, die auf einen ganz tiefen Plafond gesenkt werden. Dieser tiefe Plafond kann nicht die Zukunft der Stadt Luzern sein. Die Sanierungen der Schulhäuser, aber auch die energetischen Sanierungen der stadteigenen Gebäude müssen jetzt an die Hand genommen werden, denn aufgeschobene Investitionen kommen langfristig sehr oft teuer zu stehen. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung ein und wird zustimmen.

Dominik Durrer: Der Geschäftsbericht und die Rechnung 2011 geben das letzte Mal bei dieser Zusammensetzung des Stadtrates die Möglichkeit zurückzuschauen; zurück auf die Finanzkennzahlen, auf Ertrag und Aufwand, aber auch auf die Investitionen. Die Zahlen bilden eigentlich nur das ab, was im inhaltlichen Teil des Geschäftsberichts vorhanden ist: die Projekte und Prozesse der Stadt Luzern, die im Jahr 2011 aufgeführt worden sind, die politisch entschieden wurden oder die in diesem Jahr ihren Abschluss gefunden haben. Die SP/JUSO-Fraktion stellt fest, dass 2011 ein bewegtes Jahr war. Zwei Themenfelder sollen herausgegriffen werden: Die Stadt Luzern hat nach langem Warten und einer langen Entwicklung eine Quartier- und Stadtteilpolitik formuliert, und diese wurde dann in diesem Parlament auch beschlossen. Damit hat sich die Stadt im Innern neu orientiert und macht sich auf, näher bei der Bevölkerung zu sein, die Anliegen und Bedürfnisse in den Quartieren frühzeitig zu hören und sie auch in die aktuelle Politik einzubringen. Daneben war 2011 auch das Jahr der Entscheidung über die Fusionen in der Agglomeration Luzern. Stadtrat, Parlament und die Stimmberechtigten der Stadt haben sich mit klarer Mehrheit für Zusammenschlüsse mit den Nachbargemeinden ausgesprochen, und die Stimmberechtigten haben diese klare Haltung in die Ge-

meindeordnung, das heisst in die Verfassung der Stadt Luzern, geschrieben. Das ist für die SP/JUSO-Fraktion eine Verpflichtung für die städtische Politik, und sie nimmt diese Verantwortung wahr. Sie ist weiterhin ganz klar davon überzeugt, dass erst Gemeindezusammenschlüsse die Stadtregion Luzern weiterbringen werden. Zwei aktuelle Beispiele aus dem letzten Jahr, die auch noch in dieses hineinreichen, zeigen ganz klar die Aktualität auf: Gesellschaftliche Realitäten wie die Prostitution scheren sich in keiner Art und Weise um alte politische Verwaltungsstrukturen und Grenzen. Nachdem Strassenprostitution in den letzten Jahren in diesem Parlament ausführlich diskutiert wurde, fängt jetzt das Parlament in Emmen damit an. Und wenn Emmen fertig ist, diskutiert man sicher auch in Kriens darüber. Effizient und realitätsnah ist das ganz sicher nicht. Und der zweiten Punkt, der Sinn gegenseitiger Auf- und Abrechnungen von Benützung von Sport- und Kulturinstitutionen, die Problematik der Investition in eine Saalsporthalle, das Ruderzentrum oder Betriebsbeiträge an eine regionale Eishalle, an das Kleintheater, den Südpol usw. soll hier gar nicht weiter ausgeführt werden. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar: Gemeindezusammenschlüsse in der Agglomeration Luzern sind eigentlich dringender denn je – besser schnell als langsam –, und sie ist dazu bereit. Die GO der Stadt Luzern ist eine offene Tür für alle interessierten Nachbargemeinden. Die Fraktion hofft, dass die Neukonstituierung der Räte in den Gemeinden eine neue Diskussion, auch eine neue Fusionsdiskussion auslöst. Sie trägt die Flamme, welche der aktuelle Stadtrat in seiner Gesamtheit immer sehr klar und deutlich vertreten hat, weiter auch in die neue Legislatur.

Im Geschäftsbericht ist bei allen Direktionen über das Thema Ressourcenknappheit und Belastungsgrenzen bezogen auf das Personal zu lesen. Die SP/JUSO-Fraktion möchte an dieser Stelle dem städtischen Personal herzlich danken für den grossen, qualitätsvollen Einsatz unter der Leistungs- und Ressourcenknappheit. Sie beurteilt diese Situation als problematisch; sie ist nicht neu. Sie beurteilt sie als problematisch für das betroffene Personal, aber auch für die Stadt Luzern als Arbeitgeberin. Darum trägt sie die vom Stadtrat im Jahr 2011 angekündigte Verbesserung auf der Seite der Ressourcen mit, das heisst: Neben einem effizienten Mitteleinsatz braucht es eine Steuererhöhung. Auch der bessere Abschluss im 2011 zeigt, wenn man in die Tiefe geht, auf, dass die Perspektiven schlecht sind und man zwingend vorwärtsmachen muss.

Zum Abschluss möchte der Sprechende im Rahmen dieses Geschäftsberichts und dieser Rechnung dem aktuellen Stadtrat für seinen grossen Einsatz im Jahr 2011 danken. Die GPK-Präsidentin hat es in ihrem Eintreten angetönt: Das Parlament „leidet“ im Moment, trotz dem nahen Legislaturende, unter der unveränderten Leistungsbereitschaft des aktuellen Stadtrates. Man könnte sich ja auch vorstellen, dass es die Mitglieder des Stadtrates in dieser Schlussphase etwas ruhiger nehmen würden. Die Fraktion stellt aber fest und verdankt das, dass dies in keiner Art und Weise so ist. Sie tritt auf Geschäftsbericht und Rechnung ein und stimmt zu.

Joseph Schärli: Der Geschäftsbericht zeigt die Vielfalt der Geschäftstätigkeit von Stadtrat, Parlament und Verwaltung auf. Verschiedene Investitionen und Massnahmen haben im Geschäftsjahr 2011 dazu beigetragen, die Stadt vorwärtszubringen und das positive Image zu halten. Trotzdem haben verschiedene Probleme noch nicht im erwarteten Rahmen zufrieden-

stellend gelöst werden können. Zum Beispiel Littering, Lärmbelastung, insbesondere nachts und jetzt auch bei der Fussballeuropameisterschaft, Prostitution, Drogenhandel, Kriminalität, Rowdytum. Trotz SIP fehlt die stadteigene Polizei. Das stellt die SVP-Fraktion fest. Die finanzielle Situation hat sich leider negativ entwickelt. Die Gründe sind vielfältig. Trotz höherer Steuererträge bei den juristischen Personen auf der einen Seite – die Nachträge sind einmalig – sind auf der anderen Seite die Erträge bei den natürlichen Personen gesunken, um 4,4 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag. Nachtragskredite haben ebenfalls dazu beigetragen, dass sich das Ganze im Negativrahmen bewegt hat von 14,4 Mio. Franken. Abwälzungen von Aufgaben vom Kanton bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung haben eine Mehrbelastung von 17 Mio. Franken gebracht. Die SVP-Fraktion stellt nach wie vor fest, dass der Kanton die Stadt zu wenig ernst nimmt. Der Kanton missachtet die Stärke der Stadt, und nicht alle Kantone haben die Pflegekosten einfach tel quel den Gemeinden überlassen, wie das der Kanton Luzern getan hat. Auf der anderen Seite haben aber auch Übernahmen von freiwilligen Leistungen dazu beigetragen, dass das Ganze sich im Negativbereich bewegt und zuletzt auch parlamentarische Vorstösse mit Kostenfolgen.

Positive Aspekte sind die Abschreibungen, die gemäss Budget erreicht werden konnten, die Massnahmen im Sparpaket, die eine Entlastung von 7,7 Mio. Franken brachten, die einigermaßen angewandte Ausgabendisziplin und das geringere Investitionsvolumen. Die SVP-Fraktion stellt auch fest, dass die Personalkosten tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Negativ ist der hohe Anteil bei der Sozialhilfe. Dieser ist einerseits zurückzuführen auf die Bevölkerungsstruktur, ist andererseits aber auch ein Signal: Die Leute können nicht immer mehr belastet werden mit Steuern und Gebühren, sonst bringt man noch mehr Leute in die Sozialhilfe. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt nur 53,7 statt, wie selber vorgegeben, 80 Prozent. Der Anstieg der Nettoverschuldung auf heute 182 Mio. Franken erscheint der Fraktion auch bedenklich und das Sinken des Eigenkapitals um rund 12 Mio. Franken ebenfalls. Die Bestandesrechnung ist positiv; das Finanzvermögen weist eine Zunahme von 10,2 Mio. Franken auf, das Verwaltungsvermögen eine von 10,5 Mio. Franken. Da sind einerseits Mehrwerte geschaffen worden, auch durch Investitionstätigkeiten. Auf Seite 24 Absatz 3.2 ist der Fraktion der sehr hohe Anteil von 86 Prozent von Kündigungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der wirtschaftlich schwierigen Zeit aufgefallen, und sie stellte sich die Frage nach dem Warum. Denn jeder Wechsel beim Personal verursacht zusätzliche Kosten für die Einarbeitung. Ein Schlusswort zur Weiterentwicklung: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die BZO rasch möglichst verabschiedet und realisiert werden muss. Die Schlüsselareale sollen durchgesetzt und realisiert werden. Die Bestandespflege von ansässigen Unternehmen und die Neuansiedlung von Betrieben in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung sind notwendig, ebenso der Ausbau des Tourismus – da ist die Fraktion der Meinung, dass mit weniger Auflagen wahrscheinlich mehr erreicht werden kann. Weiter notwendig sind weniger Gewichtung von Organisationen und Verbänden bei Einsprachen, wenn es um Bauverhinderungen geht, und nicht zuletzt auch intensivere Gespräche mit Bundes- und Kantonsvertretern und Kürzungen der Globalbudgets. Abschliessend möchte die SVP-Fraktion danken für die grosse Arbeitsleistung von Stadtrat und Personal und diesen ihre Anerkennung aussprechen für das, was geleistet worden ist. Namens der Fraktion beantragt der Sprechende eintreten, Genehmigung

von Geschäftsbericht und Rechnung 2011 und Zustimmung zur Grundstückübertragung.

Thomas Gmür: Ein Geschäftsbericht bzw. eine Jahresrechnung ist immer auch ein Rückblick auf das Geschehene, und dieser Geschäftsbericht zeigt die Vielfalt der städtischen Leistungen auf. Er ist ein Abbild dessen, was dieses Parlament beschlossen hat, und ein Abbild dessen, was das Parlament, die Parteien, die Verwaltung und vor allem massgeblich auch der Stadtrat sich für diese Stadt gewünscht und was sie gewollt haben und was umgesetzt worden ist. Die Rechnung schliesst trotz schlechter Rahmenbedingungen besser ab als budgetiert. Das ist zwar ein schlechter Trost, aber immerhin ein Trost, und zeigt die Realitäten rundum. Der Selbstfinanzierungsgrad nimmt stark ab, gleichzeitig nimmt die Verschuldung stark zu; beides wird sich in den nächsten Jahren noch zusätzlich akzentuieren, und das ist wohl die Grundlage dafür, weshalb unterjährig ein Sparpaket geschnürt werden musste und weshalb wieder über Sparpakete gesprochen werden muss. Das sind die Realitäten. Es ist nicht etwa der Sparwille oder der Sparzwang, wie es seitens anderer Fraktionen angetönt wurde. Im vorliegenden Geschäftsbericht zu erkennen ist, dass der Stadtrat und insbesondere die Verwaltung die Kostenentwicklung, die in den letzten Jahren zum Teil eine Kostenexplosion war, in den Griff bekommen hat. Die CVP-Fraktion dankt der Verwaltung und insbesondere dem Stadtrat, dass er die Kostenentwicklung in Griff gehalten hat. Der Geschäftsbericht ist nicht nur ein Rückblick auf das vergangene Jahr; er ist auch ein Rückblick für die drei abtretenden Stadträte auf die vergangenen 12 bzw. 16 Jahre und ein Vermächtnis dessen, was sie in den letzten Jahren erreicht haben. Er ist aber auch ein Hinweis auf die grossen Herausforderungen, welche die neu gewählten Rätinnen und Räte in den nächsten Jahren zu meistern haben werden, nämlich weiterzuentwickeln, was ihre Vorgängerinnen und Vorgänger vorgelegt haben. Es sind hier die Grundlagen gelegt für eine Stadtentwicklung, die vor einigen Jahren dazu geführt hat, dass mit Littau fusioniert werden konnte, die eine wirtschaftliche Entwicklung zur Folge hatten in der Stadt Luzern, die aber auch eine gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht haben und weiterhin ermöglichen. Man hat hier Vermächtnisse in der Jugendpolitik, die in die nächsten Jahre führen, Vermächtnisse in der Alterspolitik, das Vermächtnis namens BZO – die CVP-Fraktion ist froh, dass diese nun endlich so weit ist, dass sie behandelt werden darf und kann. Es gab auch Entwicklungen in der Quartier- und Stadtteilkulturpolitik und Entwicklungen in den Finanzen, die immer auch ein Abbild dessen waren, was rundherum gelaufen ist und immer noch weiter läuft. In der Personalpolitik wurden die Grundlagen gelegt, die zeigen, dass die Stadt eine sehr gute, eine zuverlässige und verlässliche Arbeitgeberin ist und dies hoffentlich auch weiterhin sein wird unter der neuen Aufteilung, wie sie der Stadtrat vorgenommen hat. Ein Vermächtnis hat man aber auch in der Kulturpolitik, und es ist klar, dass da weiterzuarbeiten ist, damit die Stadt weiterhin ein kulturell hohes Niveau anzubieten hat. Der Geschäftsbericht zeigt, dass Luzern eine lebens- und liebenswerte Stadt ist. Darauf gilt es zu achten, darauf darf man stolz sein, und es muss daran weitergearbeitet werden, damit das auch künftig so sein wird. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die geleistete Arbeit im letzten Jahr und wünscht, dass es auch unter finanziell angestrengten Bedingungen weiterhin so gut laufen wird. Sie tritt auf den Geschäftsbericht ein und wird die Rechnung genehmigen.

András Özvegyi: Geschäftsbericht und Jahresrechnung sind wieder sehr umfassende und gute Dokumente. Es ist auch dieses Jahr wieder beeindruckend, was alles im vergangenen Jahr geleistet worden ist. Darauf kann man stolz sein. Highlight war für die GLP-Fraktion die Energie- und Klimapolitik, enttäuschend war auch für sie das Nein anderer möglicher Fusionspartner zu weiteren Verhandlungen. Die Ausarbeitung des Sparpakets hat die politische Arbeit geprägt. Und infolge der zusätzlichen Kosten in der Pflegefinanzierung sind leider Ende 2011 schon wieder dunkel Wolken am Finanzhimmel aufgetaucht.

Der Sprechende wird sich beim Eintreten auf wenige Punkte beschränken; vieles ist ja schon gesagt worden. Die Finanzsituation, stellt auch die GLP-Fraktion fest, ist gleich angespannt wie schon vor einem Jahr und zeigt die Wichtigkeit des letztjährigen Sparpaketes auf. Beeindruckend sind die Schuldzinsen, die zwar etwas tiefer ausgefallen sind, aber noch immer 16,8 Mio. Franken betragen. Das absorbiert sehr viel Kapital, das natürlich für andere Leistungen fehlt. Im Sozialbereich ist vieles gelaufen – Pflegeheim Staffelnhof, künftige Strategie der Alterssiedlungen, die Zusammenführung des Sozialamtes mit der Amtsvormundschaft. Es stehen aber weitere Entwicklungen bevor: Die Entwicklung der Heime und Alterssiedlungen kommt in eine entscheidende Phase. Es liegt auch an den Parlamentariern, die Grundpfeiler eines sozial verantwortungsvollen Staates und dessen Stärke zu erhalten. Bei den Veränderungen besteht aber auch die Chance, angestauten Ballast abzuwerfen. Die Sozialdirektion zeichnet sich heute aus durch eine hohe Flexibilität in einem gut funktionierenden Team, und die GLP-Fraktion wünscht der neuen Leitung einen guten Start.

Ein Punkt exemplarisch zur Bau- und zur UVS-Direktion. Dort resultiert eine kleine Budgetüberschreitung von zusammen 0,4 Mio. Franken. In Anbetracht der vielen wichtigen Aufgaben und der nicht immer einfachen Balance der Kostenplanung ist das ein gutes Resultat. Der Sprechende möchte hier nicht alle Direktionen durchgehen, sondern kommt zum Ausblick: Der grösste Wunsch der GLP-Fraktion ist eine positive und zügige Entwicklung der Schlüsselareale. Sie hofft dazu auf Zustimmung zur BZO-Revision und auf deren Umsetzung, damit die geplanten Erträge sich so zunehmend entwickeln können, wie das in der Gesamtplanung angedacht ist. Nächstes Jahr darf das Prinzip Hoffnung auf eine Trendwende nicht mehr dominieren; es sollten verbesserte Fakten auftreten. Auch die Parlamentarier sind als Team gefragt, gute politische Lösungen ins Rollen zu bringen. Die GLP-Fraktion tritt auf beide Berichte ein und wird ihnen zustimmen.

Finanzdirektor Stefan Roth: Der Stadtrat dankt für die gute Aufnahme von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011. Diese Rechenschaftsablage zeigt, zusammen mit den zahlreichen Projekten und Prozessen, die angesprochen wurden, und den zur Verfügung stehenden Ressourcen, dass es dem Stadtrat trotz knappster Finanzen zusammen mit dem Parlament gelungen ist, Akzente zu setzen. Er hat alles unternommen – das zeigt er in dieser umfassenden Ablage auch –, damit die Stadt weiterhin lebens- und wohnenswert bleibt. Erfreulich ist, dass dem Personal der städtischen Verwaltung der Dank ausgesprochen worden ist. Da leisten sehr viele Leute, vom Gärtner über den Mitarbeiter im Hochbauamt und den Projektleiter bis zur Pflege, hervorragende Arbeit. Es wurde gesagt, dass die Arbeitslast für das Parlament hoch bleibt. Diese behält der Stadtrat selbstverständlich deshalb hoch, weil er ja bis zum 31. August

gewählt ist, und er erbringt den Tatbeweis, dass er bis am Schluss dran bleibt. Ein Sprecher erwähnte, dass es nicht gut ist, den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere finanzielle Belastung zuzumuten. Der Stadtrat stellt dazu fest, dass die Steuerlast der natürlichen Personen seit dem Jahr 2003 je nach Einkommensklasse, aber um mindestens 20 Prozent zurückgegangen ist. Davon konnten sehr viele profitieren. Die Stadt Luzern hat nicht ein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Der Stadtrat reagiert auf diese Ausgangslage und hat in der aktuellen Gesamtplanung angekündigt, dass er auf 2013 hin eine Steuerfusserhöhung um einen Zehntel anbegehren wird. Aber das ist nicht die einzige Massnahme des Stadtrates. Er will nicht nur hoffen, die Steuerfusserhöhung im Parlament und bei den Bürgern durchzubringen, sondern es müssen zusätzlich andere Akzente gesetzt werden, um die Ertragskraft der Stadt steigern zu können, um wieder mehr Handlungsspielraum zu erhalten, um die vielen Anliegen, ob sie nun aus dem gesellschaftlichen oder ökologischen Bereich kommen, bewältigen zu können. Eine Grundvoraussetzung ist, dass die Grundstücke an der Industriestrasse primär einer wirtschaftlichen Entwicklung zugeführt werden, indem sie einer Wohn- und Arbeitszone zugeordnet werden, damit die Stadt in zwei oder drei Jahren von dem zusätzlichen Steuersubstrat dort profitieren kann. Damit kann auch der Tatbeweis erbracht werden, dass die Stadt Luzern eine verlässliche Politik hat. Das Projekt ist von langer Hand vorbereitet und in einem Wettbewerb entschieden worden und wird jetzt dem Parlament zur Entscheidung zugeführt. Auch die BZO-Revision ist ein solches Instrument, das hilft, dass wieder grosse Planungssicherheit herrscht und die Grundeigentümer und Investoren wissen, was möglich ist. Das Geld, das die Stadt dann einnehmen wird, kann für die notwendigen Investitionen eingesetzt werden.

Auf das Einnahmenproblem reagiert der Stadtrat. Er hat in den vergangenen Jahren verzichtet, er hat priorisiert, Leistungen zurückgenommen, Investitionen heruntergefahren – und jetzt ist ein Punkt erreicht, dass man über eine Steuererhöhung parallel stattfindende Massnahmen diskutieren muss, wenn man die Errungenschaften, welche diese Stadt stark machen, beibehalten will. Die Jahresrechnung 2011 schliesst ja mit einem sogenannten Rohdefizit von 11,8 Mio. Franken ab, 17,9 Mio. besser als budgetiert. Aber es ist nach wie vor ein Defizit. Die Ausgaben zeigen eine unglaublich hohe Budgetgenauigkeit, bereits im zweiten Jahr, aber auch vorgängig schon. Wenn der Haushalt gegenüber dem Budget um nur 0,5 Prozent abweicht, dann ist das wie eine schwarze Null und eine unglaublich hohe Trefferquote. Das insgesamt bessere Ergebnis schont das Eigenkapital. Die Mehrerträge wurden analysiert, und leider wurde festgestellt, dass sie nicht nachhaltig sind.

Zum Schluss zu den Kennzahlen Selbstfinanzierung und Verschuldung. Alle Kennzahlen, die im Finanzhaushaltsgesetz beschrieben sind – Grösse, wann müssen sie eingehalten werden usw –, sind zwar besser als im Voranschlag prognostiziert, aber noch immer unbefriedigend. Und wie bereits verschiedentlich dargestellt, stellt die Kumulation von Ertragsausfällen aufgrund verschiedener kantonaler Steuergesetzrevisionen und Mehrausgaben, die grösstenteils vom Kanton auf die Stadt abgewälzt worden sind, die Stadt vor grosse finanzpolitische Herausforderungen. Und deshalb hält der Stadtrat fest: Er will die Verschuldungszunahme ab dem Jahr 2015 stoppen. Dafür braucht es wieder einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent, auch um dem Investitionsüberhang, der in der Gesamtplanung 2013–2017 aufzuzeigen

sein wird, gerecht zu werden und die Kadenz bei den Investitionen wieder steigern zu können. Der Finanzdirektor dankt im Namen des Stadtrates für das Eintreten und die Zustimmung zu den beiden Berichten.

Philipp Federer: Die Stadt hat nicht ein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Das war eben zu hören. Jawohl! Das kann nicht mit Einmalbeträgen durch Verkäufe gelöst werden, denn es ist eigentlich ein strukturelles Problem. Rolf Krummenacher sagte es richtig: Das grosse Problem sind die Steuereinnahmen. Die Stadt hat jährlich Mindereinnahmen durch Steuersenkungen. Im Budget 2012 waren es verglichen mit der Rechnung 2006 34,3 Mio. Franken Mindereinnahmen; eine happige Zahl. Beim Gesamtsteuerertrag sind es 41,7 Mio. Franken im Vergleich zwischen Budget 2012 und Rechnung 2007. Das sind die Fakten, und das ist ein strukturelles Problem. Das fällt jährlich an und ist nicht einmalig. Die 17 Mio. Franken Pflegefinanzierung wurden heute nicht so oft erwähnt, früher mehr; immerhin Joseph Schärli hat sie heute erwähnt. Aber wer wollte nicht, dass die Kosten zu je 50 Prozent von den Kommunen und vom Kanton getragen werden? Es sind genau die selben Leute, die sich am meisten beklagen. Sie wollten nämlich, dass die Kommunen 100 Prozent übernehmen müssen.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass der Rat auf den B+A 8/2012 eingetreten ist.

Detail

Zu 4.1, Sozialdirektion, Seite 27 ff.

Stefanie Wyss: Wichtige Meilensteine, die im Geschäftsbericht 2011 aufgezeigt werden, sind die beschlossene Quartier- und Stadtteilpolitik, die Frühe Förderung und das Altern in Luzern. Am 17. Juni hat die Luzerner Stimmbevölkerung das Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung und die Förderangebote (Betreuungsgutscheine) angenommen. Ruedi Meier hat massgeblich dazu beigetragen, dass diese Meilensteine erreicht werden konnten. Dafür möchte ihm die G/JG-Fraktion danken. Die grossen Herausforderungen, die der nächste Sozialvorsteher Martin Merki zu bewältigen hat, sind die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung, das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht und die an der letzten Sitzung beschlossene Auslagerung der Heime. Für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben wünschen wir dem neuen Sozialdirektor alles Gute.

Zu 4.2, Bildungsdirektion und Präsidiales, Seite 55 ff.

Edith Lanfranconi-Laube möchte Urs W. Studer nochmals danken für das, was geleistet worden ist in der Direktion Bildung, Kultur und Sport und auch ein sehr wichtiges Thema herausgreifen: die Einführung der Integrierten Förderung in der Volksschule, die weiterhin sehr viel Pflege und Aufmerksamkeit braucht. Da ist sehr viel geleistet worden: Es wurde eine Arbeitsgruppe Denkwerk eingesetzt, es wurde eine Webseite aufgeschaltet, es wurde wirklich versucht, die Leute zu informieren, aber es ist kaum irgendwo so viel Zwischenmenschliches wie

im Schulbereich zu bewältigen. Vieles ist gut gelaufen, aber es bleibt auch Vieles zu tun, und das wäre der Wunsch und der Auftrag der G/JG-Fraktion an die neue Bildungsdirektorin, das mitzunehmen, eng dabei zu bleiben, natürlich auch bei den ganzen Betreuungsgeschichten, die noch dazukommen werden. Die Sprechende hat Urs. W. Studer persönlich fast mehr als Kulturdirektor wahrgenommen; da war er spürbarer. Damit ganz sicher ist, dass er auch ein guter Bildungsdirektor war, hat sie ein Foto mit einer Schultheke bei sich, das beim Abschied von der Bildungskommission gemacht wurde. Das wird er erhalten; er war also wirklich auch Bildungsdirektor.

Zu 4.3, Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Seite 73 ff.

Monika Senn Berger möchte ein Hintergrundgeschäft erwähnen und nicht etwas, das im Vordergrund stand, das aber immer wieder vorkam. Die Nebenerscheinungen der 24-Stunden-Gesellschaft auszubaden ist kein Schleck. Die G/JG-Fraktion schätzt das Engagement von Ursula Stämmer z. B. für die Weiterführung der Sommerbar, der SIP und aller weiteren Massnahmen für eine sichere und saubere Stadt und hofft, dass sie weiterhin Sorge trägt zum Personal, z. B. mit dem Projekt MehrWertSchätzung.

Zu 4.4, Baudirektion, Seite 93 ff.

Monika Senn Berger: Trotz grossem Engagement ist der Wunsch von Kurt Bieder, die BZO-Revision in seiner Amtszeit abzuschliessen, nicht in Erfüllung gegangen. Dafür ist auf der Allmend ein grosser Teil seiner Arbeit sichtbar geworden. Der G/JG-Fraktion, welche gegenüber PPP-Modellen kritisch eingestellt ist, hat er immer wieder deren Vorteile aufgezeigt, und auch im Geschäftsbericht weist er darauf hin, wie die Mitwirkung von Privaten die Lebensqualität in der Stadt verbessert. Die Fraktion hofft, dass seine Nachfolgerin nicht nur auf profitorientierte Private eingeht, sondern gerade in der Wohnraumpolitik eine Zusammenarbeit mit privaten gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften aufbaut.

Zu 5.3, Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag, Seite 148 ff.

Philipp Federer entschuldigt sich dafür, dass er hier eine Frage zu Seite 151 stellen muss, die er zweimal in der GPK gestellt, auf die er aber keine Antwort erhalten hat. Es wurde gesagt, dass sie nachgeliefert werde. Er hofft, dass sie jetzt beantwortet wird. Es geht um den Zustand der Gemeindestrassen, der besser werde (Zustandsindex von 2,6 auf 2,3). Für die Substanzerhaltung braucht es eigentlich 100 Prozent des Betrages, den man ausgerechnet hat, dass man ihn investieren muss, um das Niveau halten zu können. Es werden aber weniger als 100 Prozent investiert. Wie ist es möglich, dass der Wert besser geworden ist? Warum wird diese Zahl besser, obwohl eigentlich zu wenig investiert wird? Der Sprechende fragte auch nach dem Wert bei der Substanzerhaltung, wo in der Tabelle nur „in Erarbeitung“ steht, ob man diese Zahl jetzt wisse. Auch da hiess es, das könne nachgeliefert werden. Beides ist bisher nicht gemacht worden.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst bestätigt, dass das stimmt, und entschuldigt sich. Sie ist etwas spät dazu gekommen, das Protokoll anzuschauen und konnte diese Fragen deshalb nicht beantworten. Sie wird die Antwort aber der GPK auf jeden Fall nachliefern. Die Zeit war zu knapp, und sie entschuldigt sich dafür.

Philipp Federer ist nicht mehr in der GPK und die letzte Sitzung ist vorbei. Die Fragen hat er am 31. Mai und am 21. Juni gestellt.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst wird die Antworten selbstverständlich auch Philipp Federer persönlich zukommen lassen.

Schlussabstimmungen

- I Dem Geschäftsbericht wird einstimmig zugestimmt.**
- II Den einzelnen Rechnungsabschnitten wird einstimmig (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**
- III Der Grundstücküberführung wird einstimmig zugestimmt.**

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 4. April 2012 betreffend

Geschäftsbericht 2011,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 63 und Art. 69 lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 f. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2011 wird genehmigt.**
- II. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2011, werden genehmigt:**

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 745'382'242.55
Ertrag	Fr. 739'061'999.27
Aufwandüberschuss	Fr. 6'320'243.28

Der Aufwandüberschuss wird wie folgt finanziert:

Fr. 6'320'243.28 Entnahme aus dem Eigenkapital / Reserven für Steuerausgleich

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 584'720'289.09 abschliessen.

- III. Folgendes Grundstück wird (ohne Buchwert) per 1. Januar 2012 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:
Teilfläche von 978 m² des Grundstücks 155, Täschmatt, GB Littau.

3. Bericht und Antrag 20/2012 vom 2. Mai 2012: Schulraumoptimierungen

Eintreten

Kommissionspräsident Daniel Erni: An der 14. Sitzung vom 31. Mai hat die Bildungskommission diesen B+A ausführlich beraten. Kurz zuvor berichtete die „Hauszeitschrift“ unter dem Titel „Schulen: Stadt setzt auf Rochade“ über die geplanten Änderungen. Auslöser dieser so genannten Rochade sind grundsätzlich zwei Punkte; zwei zentrale Punkte, auf welche die Stadt keine Einflussnahme hat, weil sie vom Kanton vorgegeben werden:

1. Die Aufhebung von Kleinklassen bzw. die Einführung der Integrativen Förderung. Dies hat zur Folge, dass im Pestalozzi-Schulhaus Raum frei geworden ist, da die bisherigen Kleinklassenschüler neu in Regelklassen im Schulhaus Säli unterrichtet werden.
2. Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schule. Auch daran kann die Stadt selber nichts ändern; das ist kantonal gegeben. Und dieser Kanton sieht auch den Vorteil, dass das HPS-Teilzentrum Würzenbach zum HPS-Teilzentrum Dula ziehen und so an einem Ort zusammengeführt werden kann.

Die Umsetzung dieser beiden Punkte hat nun wiederum zur Folge, dass im Würzenbach Räume frei werden, welche nun durch die Primarklassen des Schulhauses Schädri sowie die Betreuung Würzenbach mit neuem Leben gefüllt werden können. Beim Eintreten der verschiedenen Fraktionen konnten die vorgängig genannten Umstände nachvollzogen werden. Bedauert wurde einmal mehr, dass die Gesamtsicht bzw. die strategische Auslegeordnung mit dem schon lange sehnsüchtig erwarteten B+A „Volksschule Stadt Luzern: Entwicklung und bauliche Konsequenzen“ fehlt. Der Kommission wurde aber versichert, dass der hier vorliegende B+A bereits darauf Rücksicht nimmt.

Bei der Beratung legte dann die Bildungskommission insbesondere grossen Wert darauf, die von der IG Schädri gehegten Befürchtungen diskutiert zu haben. Insbesondere die allfällig neue Situation betreffend Schulweg bzw. Schulwegsicherheit und Schulwegdistanz wurde detailliert besprochen. An dieser Stelle eine Klammer: Der Kommissionspräsident persönlich ist die Situation vor Ort im Nachgang zur Sitzung abgelaufen, hat somit also etwas „Feldforschung“ betrieben. Und da Erwachsene ein anderes Sicherheits- und Distanzgefühl haben, hat er seinen 10-jährigen Sohn mit auf den Weg genommen, um das genauer beurteilen zu können. Nach Beendigung des kurzen Fussweges versicherte die „Versuchsperson“, dass er den Schulweg absolut okay findet und gerne tauschen würde, da sein Schulweg vom Littauerboden ins Dorfschulhaus hinauf um einiges länger und steiler sei und er die eine oder andere gefährliche Strasse überqueren muss. Klammer geschlossen.

Der Kommissionspräsident wollte damit ausdrücken, dass der Bildungskommission wirklich alles an der Sicherheit der kleinsten Stadtbürger liegt. Diesen Eindruck haben aber auch ganz klar die Verwaltung und das Rektorat vermittelt. Weitere Vorteile wie z. B. optimalere Schulräume im Würzenbach, die im Gegensatz zu jenen im Schädtrüti den neuen Lehr- und Lernformen entsprechen, liessen die Mitglieder der Bildungskommission einstimmig zum Schluss kommen, den Kredit von 1,771 Mio. Franken zu bewilligen und der so geplanten Rochade den Weg frei zu machen. 8:0 lautete somit das Abstimmungsergebnis zu Absatz I in der Schlussabstimmung.

Weniger Friede, Freude und Einigkeit herrschte bei der Abstimmung zu Absatz II, der mit 5:3 knapp angenommen wurde. Der Diskussion, was mit dem allfällig leer werdenden Schulhaus Schädtrüti passieren soll, möchte der Sprechende nicht zuvorkommen und beendet hiermit seine letzte Berichterstattung als Präsident der Bildungskommission.

René Meier: Wenn ein Bericht mit „Schulraumoptimierung“ betitelt ist, scheint das auf den ersten Blick eine ziemlich technische Angelegenheit zu sein. Wenn aber darin auch die Schliessung eines Schulhauses eingeschlossen ist, erhält das Thema ziemlich schnell eine sehr emotionale Komponente. Denn die Schliessung eines Schulhauses bedeutet für ein Quartier immer einen Verlust, und es ist verständlich, dass die betroffenen Eltern und Kinder keine Freude haben daran und sich wehren. Es gehört zu den permanenten Aufgaben der Volksschule und insbesondere der Schulraumplanung, die Raumsituation aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen, veränderter schulorganisatorischer Anforderungen und der finanziellen Rahmenbedingungen regelmässig zu überprüfen und dabei auch Optimierungen zu suchen. Dazu gehört die Schaffung von neuem Schulraum, aber natürlich auch die Schliessung von nicht mehr benötigtem Schulraum. Eine solche Optimierungsmöglichkeit hat sich mit der Auflösung der Kleinklassen im Rahmen der Integrativen Förderung im Schulhaus Säli ergeben. Mit dem vorliegenden Bericht wird aufgezeigt, wie die frei werdenden Räume optimal genutzt werden könnten. Der Bericht zeigt das kurz und übersichtlich auf. Was aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion an diesem Bericht aber fehlt, ist eine Gesamtsicht der Auswirkungen einerseits der Schliessung der Kleinklassenzentren über die ganze Stadt; es gibt noch andere. Und wenn auch in anderen Stadtteilen solche Räume frei werden, ist aus diesem B+A nicht ersichtlich, was mit ihnen passiert. Der Gesamtbericht, den der Präsident der Bildungskommission ansprach, ist auch noch nicht da. Immerhin zeigt der vorliegende Bericht aber die Optimierungsmöglichkeiten in den Schulhäusern Säli, Pestalozzi und Würzenbach gut auf. Alle geplanten Massnahmen mit der Ausnahme der Schliessung des Schädtrütischulhauses waren in der bisherigen Diskussion unbestritten.

Die SP/JUSO-Fraktion steht Schulhausschliessungen skeptisch gegenüber, besonders dann, wenn ein Schulhaus quasi der Mittelpunkt eines Quartiers darstellt, oder wenn die neuen Schulwege für die Kinder zu lange oder zu gefährlich sind. Beides trifft beim Schädtrütischulhaus aber nicht zu, weil das Würzenbachschulhaus zwei Steinwürfe entfernt im gleichen Quartier ist, und das Quartier hat mit Kirche und Läden noch andere Quartierzentren oder -mittelpunkte. Darum kann die Fraktion die vorgeschlagene Schliessung des Schulhauses Schädtrüti akzeptieren. Sie kann aber auch gut nachvollziehen, dass sich ein Teil der Eltern aus

dem Einzugsgebiet Schädtrüti gegen die Schliessung wehrt. Die IG Schädtrüti hat auch Ideen entwickelt, wie man das Schulhaus aus ihrer Sicht weiter nutzen könnte und hat das in einem Brief an das Parlament kundgetan. Die Fraktion kann aber aus einer gesamtstädtischen Sicht die Idee der Führung eines Kleinstschulhauses im Schädtrüti mit Kindergarten sowie erster und zweiter Klasse nicht unterstützen. Die schulorganisatorischen Nachteile und auch die Kosten einer solchen Lösung sind zu hoch. Zudem glaubt die Fraktion, dass mit den vorgeschlagenen Optimierungsmassnahmen das Würzenbachquartier aufgewertet wird, weil das Schulzentrum mit integrierter Betreuung zu einem umfassenden Zentrum wird. Wichtig ist dabei, dass laut Auskunft der Planer das Würzenbachschulhaus auch in den nächsten Jahren in der Lage ist, die zu erwartenden Schülerzahlen aufzunehmen, sodass nicht schon in zwei oder drei Jahren mit Ausbauten gerechnet werden muss. Sehr zentral für die Kinder und Eltern ist bei einem Schulhauswechsel, dass der Schulweg optimal gesichert ist, und da ist es sicher wichtig, dass die Verantwortlichen noch einmal prüfen, ob wirklich alle sinnvollen Sicherungsmassnahmen vorgesehen sind, damit dem Wechsel in einem Jahr nichts im Weg steht.

Eine andere Frage ist, was mit dem leer werdenden Gebäude in Zukunft geschehen soll. Da gibt es verschiedene interessante Varianten. Die SP/JUSO-Fraktion würde eine geteilte Nutzung mit einerseits einer langfristigen Vermietung z. B. an eine Bildungsinstitution, andererseits einer quaternahen Nutzung eines Teil der Räume bevorzugen. Denn bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. gerade wieder im Bericht zur Kulturagenda, der in der Vernehmlassung war, wurde immer wieder festgestellt, dass Räume für kulturelle Möglichkeiten fehlen. Hier hätte man eine Gelegenheit, Räume so nutzen zu können. Sogar die FDP-Fraktion hat in ihrem neuesten Vorstoss festgestellt, dass es ein Manko an Räumen gibt. Darum sieht es die SP/JUSO-Fraktion als Chance, einen Teil der Räume z. B. einer kulturellen Nutzung zuzuführen oder diese Option zumindest ernsthaft zu prüfen. Wenn man aber einen Teil der Räume weiterhin öffentlich nutzen könnte und eine solche Option geprüft werden soll, ist das eigentlich eine öffentliche Aufgabe, und dann macht es auch Sinn, das Gebäude im Verwaltungsvermögen zu behalten. Eine Überführung ins Finanzvermögen ist in diesem Zusammenhang im jetzigen Zeitpunkt falsch und kann nicht unterstützt werden. Schon gar keine Option ist für die SP/JUSO-Fraktion die im Bericht auch aufgezeigte Möglichkeit, das Gebäude später einmal zu verkaufen. Einem solchen Vorhaben würde die Fraktion sicher vehement opponieren. Sie ist für Eintreten, wird Beschluss I (Optimierungsmassnahmen und Kredit von 1,771 Mio Fr.) zustimmen und den Beschluss II (Überführung in Finanzvermögen) ablehnen.

Edith Lanfranconi-Laube: Auch die G/JG-Fraktion betrachtet die im B+A aufgeführten Rochaden als logische Konsequenz aus der Einführung von IF und auch der Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schule. Im Rahmen dieser „Züglete“ können auch notwendige Anpassungen an die Raumnutzung (Küche für Betreuung, Werkräume, Anpassungen für die heilpädagogische Nutzung, Arbeitsplätze für Lehrpersonen usw.) vorgenommen werden, und offenbar ist die angestrebte Lösung auch für die Betroffenen eine gute.

Zu reden gibt hauptsächlich die zukünftige Nutzung des Schulhauses Schädtrüti. Auch der G/JG-Fraktion tut es Leid, dass ein funktionierendes Kleinschulhaus aufgegeben werden muss, aber auch für sie ist nachvollziehbar, dass es bei der räumlichen Nähe zum Würzenbachschul-

haus eine akzeptable Lösung ist, die Schulnutzung im Schädri aufzuheben und den Schulbetrieb nur noch im Würzenbachschulhaus zu führen. Der Sicherheitsaspekt für die Kleinen muss natürlich beachtet werden; notfalls braucht es dafür flankierende Massnahmen. Aber der Sohn von Daniel Erni fand, dass es machbar sein. Einige Sachen sind auch bereits angepasst worden, und im Übrigen muss das nahe begleitet werden.

Für die G/JG-Fraktion ist es also vertretbar, dass das Schädri Schulhaus nicht mehr für den Schulbetrieb genutzt wird. Sie möchte aber unbedingt, dass das Gebäude weiterhin im Besitz der Stadt bleibt, also sicher keinen Verkauf. Nutzungsmöglichkeiten gibt es genug: Die Fraktion denkt dabei zum Beispiel auch an eine Nutzung durch die Musikschule. Es gibt nämlich im Würzenbach schon Räume für kleinere Schülerinnen und Schüler, die nicht zum Südpol gehen, für bestimmte Instrumente. Laut Yves Illi könnte es durchaus noch weitere brauchen. Auch Betreuungsräume sind rar, auch wenn es jetzt im Würzenbachschulhaus neue gibt. Die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass es mehr Bedarf geben wird, weshalb man sehr wohl einen Raum dafür reservieren könnte. Sie denkt aber insbesondere auch an Räume für Start-ups, wie es sie in vielen anderen grösseren Städten schon gibt, an kulturelle Nutzungen als Atelierhaus oder auch an Notwohnungen für Bedürftige. Eine Mischform dieser Nutzungen ist gut denkbar und je nachdem mit einer Vermietung auch finanzierbar. Ob es für eine solche Art von Vermietungen notwendig ist, das Gebäude vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu überführen, muss sich zuerst zeigen. Aber die G/JG-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass diese Räume, nachdem eine öffentliche Nutzung in Betracht gezogen wird, im Verwaltungsvermögen bleiben sollen, bis dann allenfalls notwendige andere Schritte eingeleitet würden. Ein grosser Teil der G/JG-Fraktion wird das unterstützen und den zweiten Punkt im Beschluss ablehnen. Die Fraktion tritt aber ein und stimmt Punkt I zu.

Franziska Bitzi Staub dankt zunächst dem Kommissionspräsidenten Daniel Erni für die gute Zusammenfassung. Es ist nicht mehr viel dazu zu sagen, und den Dankesrunden von heute möchte sich die Sprechende anschliessen und ihm danken für die sympathische Art, wie er die neu gegründete Bildungskommission präsidiert hat und auch für den Einsatz, der, wie zu hören war, nach der letzten Sitzung nicht aufhörte. Dieser B+A zeigt den mittel- und langfristigen Schulraumbedarf in den Quartieren Schädri/Würzenbach einerseits und Pestalozzi/Säli andererseits auf. Für die CVP-Fraktion machen die geplanten Rochaden Sinn. Die knappen finanziellen Mittel werden im Bereich Bildung besser in den effektiven Unterricht investiert als in Gebäude. Wo Räumlichkeiten optimiert werden können, befürwortet die Fraktion dies. Selbstverständlich gehört zu zeitgemäsem Unterricht auch die nötige Infrastruktur. Es ist gut, dass die Schulzimmer mit digitaler Präsentationstechnik, konkret Beamer, ausgestattet werden. Hingegen wehrt sich die Fraktion nach wie vor auch bei diesem B+A gegen immobile IT-Arbeitsplätze für Lehrpersonen, wie sie in den Schulhäusern Würzenbach Trakt A und Säli eingerichtet werden sollen.

Den Entscheid über die Schliessung des Schulhauses Schädri hat sich die Fraktion nicht leicht gemacht. Sie versteht, dass die betroffenen Eltern sich für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur stark machen. Nach Abwägen von Nutzen und Aufwand schliesst sich die Fraktion aber der Haltung des Stadtrates an. Die zusätzliche Distanz beim Schulweg ist zumutbar. Sie

wird aufgewogen durch den grosszügigen Aussenraum beim Würzenbach-Schulhaus im Gegensatz zum engen Beton-Pausenplatz im Schädri. Wichtig ist die Sicherheit auf dem Schulweg. Im B+A wird Seite 13 erwähnt, dass schon vor über einem Jahr eine Begehung des Schulweges Schädriquartier–Würzenbach stattgefunden hat. Die Kreuzbuchstrasse kann entlang des Würzenbachs durch die Unterführung passiert werden. In der Kommission wurde zudem informiert, dass die 30-er-Zone im Bereich der Kreuzung zwischen Post und Bäckerei Kreyenbühl erweitert werden könne. Das findet die CVP-Fraktion gut. Sie möchte noch ein Anliegen von Seiten der Quartiervereine aufnehmen. Die Musikschule im Südpol ist eine gute Sache. Für jüngere Schülerinnen und Schüler ist der Weg vom Würzenbach in den Südpol aber weit und mit mehrmaligem Umsteigen verbunden. Mittelfristig wird das mit der Langsamverkehrsachse besser. Die Fraktion begrüsst es, dass die Musikschule offenbar prüfen will, im Würzenbachquartier ein bis zwei weitere Räume für den Musikunterricht zur Verfügung zu haben. Der CVP-Fraktion ist es auch ein Anliegen, dass der schöne Grünraum um das Schulhaus Würzenbach nicht verloren geht. Aufgrund der Hochrechnungen der Schülerzahlen aus dem ganzen Einzugsgebiet ist offenbar kein weiterer Pavillon nötig. Die Fraktion ist froh, das zu hören.

Zur Frage der Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen: Das heisst nicht, dass das Grundstück gleich verkauft würde. Aber es dient nicht mehr unmittelbar einem städtischen öffentlichen Zweck, einer öffentlichen Aufgabe, und das ist die Definition von Verwaltungsvermögen. Es muss unmittelbar der Erfüllung eines öffentlichen Zwecks dienen. Darum tritt die CVP-Fraktion nicht nur auf den B+A ein, sondern wird auch beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Manuela Jost: Die GLP-Fraktion dankt für den informativen B+A. Die aufgezeigten Massnahmen der Schulraumoptimierung – der Kommissionspräsident hat das gut gesagt – sind Folgen der Umsetzung der Integrativen Förderung, der Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulen und natürlich alles unter finanzpolitischen Restriktionen. Solche Bestrebungen und Notwendigkeiten sind immer sehr sensibel. Sie betreffen ein ganzes Quartier, verschiedene Gruppierungen, Eltern und Kinder. Wichtig in diesem Zusammenhang ist immer eine frühzeitige und transparente Informationspolitik. Das scheint auch erfolgt zu sein. Gerade Schulhausfragen erfordern eine kritische Beurteilung vor allem in Bezug auf die Ziele der Quartier- und Standortpolitik. Ein Schulhaus ist ein wichtiger Identifikations- und Kristallisationspunkt eines Quartiers. Die GLP-Fraktion ist mit der gezielten Konzentration und der sinnvollen Zusammenführung der Klassen grundsätzlich so, wie es im B+A aufgeführt ist, einverstanden; ebenfalls mit der Vereinfachung der Abläufe und der Förderung von Synergien.

Zur Optimierung der Säli-Pestalozzi-Schulhäuser gibt es nicht viel anzuführen. Da ist die Fraktion einverstanden; das ist auch gut nachvollziehbar und vertretbar. Der andere Bereich, Schädri–Würzenbach, hat auch in der GLP-Fraktion zu mehr Diskussionen geführt. Viele Argumente, Ängste und Bedenken der IG Schädri und der Eltern vor allem bezüglich Schulweg der kleineren Kinder, die kleiner und jünger sind als der Sohn von Daniel Erni, sind nachvollziehbar. Darum war es wichtig, dass verständlich erklärt wurde, wie die Schulwegsicherung aussehen wird in Zukunft. Das lässt die Fraktion etwas ruhiger sein. Sie ist also mit den

Massnahmen und dem Kredit von 1,771 Mio. Franken einverstanden. Sie ist ebenfalls einverstanden – und diesbezüglich können die Ausführungen von Franziska Bitzi unterstützt werden – mit der Überführung dieses Schulhauses vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen. Sie wird beiden Anträgen zustimmen und hofft sehr, dass die betroffenen und kritischen Eltern in diesem Quartier Verständnis für diesen Schritt der Stadt haben.

Marcel Lingg: Der Kommissionspräsident hat es ausführlich erläutert: Ausgangslage zu diesem B+A ist einmal mehr ein kantonaler Entscheid: die Aufhebung der Kleinklassen und die bessere Integration in die Regelklassen, oder anders gesagt die Integrative Förderung. Dazu kommt die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulen. Die SVP-Fraktion verfolgt diese Entwicklung weiterhin mit einem sehr kritischen Auge. Unter den nun gegebenen Umständen ist sie jedoch heute für Eintreten und Zustimmung zum Antrag des Stadtrates. Sie hätte zwar lieber gerne die Gesamtschau gehabt, ist sich aber bewusst, dass ein Hinauszögern oder ein Nein zu dieser Vorlage unter dem Strich im nächsten Jahr zu Mehrkosten führen würde, wenn notwendige und sinnvolle Anpassungen nicht gemacht werden können. In der Öffentlichkeit geben weniger die Änderungen im Schulhauskomplex Säli/Dula/Pestalozzi zu Diskussionen Anlass, sondern vielmehr, wie von den Vorrednern/-innen mehrfach erwähnt, die Aufhebung des Schulhauses Schädtrüti. Entsprechend ist eine Elternvereinigung aktiv geworden und hat den Bildungskommissionsmitgliedern oder sogar dem ganzen Grossen Stadtrat Unterlagen zugestellt. Vor einigen Jahren wurde in diesem Rat eine ähnlich gelagerte Diskussion in Bezug auf das gleiche Quartier geführt, als es um die Aufhebung bzw. Weiterführung des Schulhauses Büttenen ging. Der Sprechende hat damals – dazu steht er auch heute – Ja gesagt dazu, dass das Schulhaus Büttenen weiterhin geführt wird. Ob dieser Entscheid letztendlich richtig ist, möchte er heute hier im Raum stehen lassen; das wurde in der Bildungskommission und hier im Parlament mehrmals wieder diskutiert. Er möchte aber ganz klar festhalten, dass der jetzige Entscheid betreffend Schulhaus Schädtrüti nicht auch nur annähernd in die gleiche Thematik hineingeht. Denn die Ausgangslage ist von der Distanz, aber auch vom Sicherheitsaspekt her ganz klar eine andere. Es geht hier um einen zusätzlichen Schulweg nicht von 10 bis 15 Minuten, wie es im Fall Büttenen gewesen wäre, sondern um 1 bis – kleinere Kinder laufen etwas langsamer und reden miteinander – maximal 2 Minuten. Beim Lesen des Schreibens der Eltern entstand der Eindruck, dass diese ihr eigenes Quartier nicht kennen. Denn wenn steht, es müssten zusätzlich zwei (zwei!) Hauptverkehrsachsen überquert werden, ist das schlichtweg nicht Realität. Der Sprechende empfiehlt diesen Eltern, den Schulweg doch selber einmal abzulaufen. Effektiv muss nur eine einzige Strasse überquert werden, nämlich die Würzenbachstrasse bei der Poststelle, und das ist eigentlich nicht eine Hauptverkehrsachse. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für Eintreten auf diesen B+A. Sie ist für die Optimierungsmassnahmen und ganz klar auch für die Aufhebung des Schulhauses Schädtrüti auf das übernächste Schuljahr hin. Wird dieses aufgehoben, wird im Prinzip auch ein Anliegen des Kinderparlaments erfüllt; dieses hat vor ein paar Jahren bemängelt, dass das Schädtrüti das Schulhaus mit dem absolut schlechtesten Pausenplatz ist.

Laura Grüter Bachmann: Der einhelligen Zustimmung zumindest zum ersten Punkt wird sich auch die FDP-Fraktion anschliessen. Auch für sie ist die Rochade vom Primarschulhaus Dula ins Sali und der Heilpädagogischen Schule Luzern/Emmen an einen gemeinsamen Ort im Dulaschulhaus eine gute Sache, und der räumliche Anpassungsbedarf ist nachvollziehbar. Durch diese Rochade ergeben sich neue Möglichkeiten im Würzenbachschulhaus, und darum beantragt der Stadtrat die Schliessung des Schädritschulhauses. Wie auch schon mehrfach gesagt, hat sich dort die IG Schädriti aus verschiedenen Gründen stark gegen dieses Vorhaben eingesetzt. Ihre Argumente sind vor allem die Quartierattraktivität für Familien, die Schulwegsicherheit und auch die Vorteile einer kleinen und damit persönlichen Einrichtung. Die FDP-Fraktion schätzt es, wenn sich Betroffene für andere, in ihren Augen bessere Lösungen einsetzen und engagieren. Sie kann aber deren Argumente nicht teilen, weil der Fussmarsch zwischen diesen beiden Schulhäusern keine fünf Minuten beträgt. Die Angst, dass das Schädritquartier durch die Schliessung dieses Schulhauses zu einem Schlafquartier verkommt, scheint doch etwas übertrieben. Unbestritten ist, dass die Schulwegsicherheit ein sehr ernst zu nehmendes Thema ist. Das ist auch der Stadt bewusst, und es sind ja auch bereits Massnahmen geplant und eingeleitet, um die Situation zu entschärfen. Eine Massnahme wird sicher auch sein, dass man die Kinder zum Teil begleitet und vor allem gut schult, denn Kinder gehen ja nicht nur auf ihrem Schulweg über die Strasse und bewegen sich im ganzen Quartier, sondern auch in der Freizeit, wenn sie sich irgendwo mit Kollegen treffen oder Freizeitaktivitäten unternehmen. Bezüglich Vorteile einer kleinen Einrichtung macht die Fraktion das grösste Fragezeichen. Zurzeit gibt es in verschiedenen Schulhäusern Diskussionen über Klassenzusammenlegungen, weil Klassengrössen von 19,5 bis 20 Schülern erreicht werden müssen. So etwas ist immer schwierig und für alle Beteiligten unangenehm und führt auch zu recht viel Unzufriedenheit. Aber je kleiner ein Schulhaus ist, umso kleiner ist die Flexibilität und umso grösser sind dann auch die Probleme, wenn sich die Kinderzahlen verändern.

Marcel Lingg hat noch ein weiteres Thema angesprochen. Es wurden bereits einmal Erfahrungen mit einem Kleinstschulhaus im Würzenbach-Büttenen-Quartier gemacht. Auch die Sprechende und ihre Fraktion oder zumindest die Mehrheit hat damals für das Büttenenschulhaus gestimmt. Sie möchte ebenfalls offen lassen, ob das richtig war oder nicht, es aber zumindest in Frage stellen. Weil die Distanz im vorliegenden Fall viel kleiner ist und es um zwei Schulhäuser geht, die fast nebeneinander sind, lehnt die FDP-Fraktion die Weiterführung einer Kleinsteinheit im Schädritschulhaus klar ab. Im Übrigen opponiert auch der Quartierverein Würzenbach/Schädriti/Büttenen diesem Anliegen nicht.

Bezüglich Überführung ins Finanzvermögen teilt die Sprechende die Meinung von Franziska Bitzi und Manuela Jost. Jener Teil des Gebäudes, der nicht mehr als Schulhaus der Stadt weitergeführt wird, muss ins Finanzvermögen überführt werden; das ist völlig klar. Eine mögliche Weiterentwicklung und Wünsche des Stadtrates, was mit diesem Gebäude geschehen soll, wird im B+A schon ein Stück weit aufgezeigt; es gibt sicher noch weitere Ideen. Die FDP-Fraktion hofft auf eine gute Lösung, vor allem auch für das Quartier. Sie wird diesem B+A in beiden Punkten zustimmen.

Baudirektor Kurt Bieder dankt für die gute Aufnahme dieses B+A. Bezüglich Ziffer I des Antrages, den Kredit für die Optimierung des Schulbetriebs und die notwendigen räumlichen Anpassungen, scheint Einigkeit zu bestehen. Differenzen gibt es nur bezüglich Ziffer II, dass das erste Untergeschoss, das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überführt werden sollen. Dazu einige Ausführungen. Der Stadtrat hat sich das genau überlegt, ob er diesen Antrag stellen soll. Ausgangspunkt ist, dass dieses Quartier vorbildlich versorgt ist mit Angeboten in jeder Hinsicht. Der Baudirektor wohnt selber dort und geniesst das Privileg, dass man dort alles hat: Es gibt noch eine Post, eine Bank, einen Mehrzwecksaal, eine Migros, einen Perry-Markt – kurz: alles. Das Quartier ist ausserordentlich gut versorgt, und insbesondere sei hervorgehoben und verdankt, dass die katholische Kirchgemeinde im St.-Johannes-Zentrum einen Mehrzwecksaal finanziert und installiert und diesen ausdrücklich für alle Leute geöffnet hat. Deshalb ist der Stadtrat bei der Analyse zum Schluss gekommen, dass es bei dieser guten Versorgung kein zusätzliches Angebot für öffentliche Zwecke braucht, was auch immer man darunter versteht. Und wenn man diese Analyse hat und auf der anderen Seite haushälterisch mit den Liegenschaften umgehen muss, ist es dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen, dass die Verwaltung in die Lage versetzt wird, eine Objektstrategie anzudenken, die viele Möglichkeiten eröffnet, und dazu braucht es die Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen. Ohne diese ist zum vornherein nur eine ganz eingeschränkte Objektstrategie möglich. Wenn die Verwaltung innovativ und konstruktiv arbeiten können soll, muss sie Instrumente haben, damit sie auch entsprechend agieren kann. Das Problem ist – das wird auch in einer Woche nochmals zu diskutieren sein –, dass der Stadtrat auch beim Erwerb von Liegenschaften kaum Instrumente hat. Er sollte auf dem Liegenschaftenschaftenmarkt auftreten und Land erwerben, aber das Parlament hat sich entschlossen, den Stadtrat nur mit ganz minimalen Kompetenzen auszustatten; aber so kann er nicht wirklich agieren. Darum bittet der Sprechende den Grossen Stadtrat, den Stadtrat nicht allzu sehr einzuschränken, sondern ihm die Instrumente zu geben, damit er die für die Stadt bestmögliche Lösung erarbeiten kann. Gerade auch deshalb braucht es in diesem Zusammenhang die Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen. Es gibt dort Handlungsbedarf, denn es handelt sich um ein x-jähriges Gebäude in einer Bauweise, von der man weiss, dass nach einigen Jahren Sanierungs- und Erneuerungsbedarf besteht. Wenn es im Finanzvermögen ist, kann die Liegenschaft belastet und Geld aufgenommen werden, um sie später auf dem Markt zu platzieren und eine Rendite zu erwirken, wenn sie an private Hände geht. Die Mechanismen sind im Finanzvermögen andere; es braucht lediglich die Zustimmung der Finanzdirektion, sonst nichts. Bleibt es aber im Verwaltungsvermögen, kommt die gesamte Planung in die Investitionsplanung, die jetzt schon angespannt ist und in der es fast keine Handlungsfreiheiten gibt. Wenn also eine gute Objektstrategie ausgelöst und kein Leerstand provoziert werden soll, muss gehandelt werden. Mit dem sehr engen Korsett, den Instrumenten im Verwaltungsvermögen, wird die Verwaltung nicht in die Lage versetzt, gute Lösungen zu erarbeiten. Damit überhaupt gute Lösungen erarbeitet werden können, wäre der Baudirektor sehr froh, wenn der Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zugestimmt würde.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass der Rat auf den B+A 20/2012 eingetreten ist.

Detail

Keine weiteren Wortmeldungen.

Schlussabstimmungen

- I Dem Kredit wird mit 43 Ja bei 0 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.**
- II Der Überführung ins Finanzvermögen wird zugestimmt.**

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 20 vom 2. Mai 2012 betreffend

Schulraumoptimierungen

Kredit für die Optimierung des Schulbetriebs und notwendige räumliche Anpassungen in den Primarschulhäusern Würzenbach, Pestalozzi und Säli;

Überführung von Teilen des Primarschulhauses Schädtrüti vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 und lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Optimierung des Schulbetriebs und notwendige räumliche Anpassungen in den Primarschulhäusern Würzenbach, Pestalozzi und Säli wird ein Kredit von 1,771 Mio. Franken bewilligt.**
- II. Das 1. Untergeschoss, das Erdgeschoss und das 1. Obergeschoss des Schulhauses Schädtrüti, Grundstück 3440, rechtes Ufer, Luzern, werden per 31. Dezember 2012 ohne Buchwert vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übergeführt.**
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.**

4. Postulat 282, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 12. Januar 2012: ewl zu GEO-Energie-Suisse

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Manuela Jost: Es ist natürlich immer etwas bitter, wenn der Stadtrat einen Vorstoss nicht entgegennimmt. In diesem Fall kann die Sprechende aber vorwegnehmen: **Die GLP-Fraktion hält nicht daran fest.** Sie dankt für die ausführlichen fachlichen Erklärungen zum Thema Geothermie. Sie freut sich, dass sich der Stadtrat, aber auch die ewl, mit dieser zukunftssträchtigen Technologie so detailliert auseinandergesetzt hat. Aufgrund der vorliegenden Fakten und der in Aussicht gestellten Energieprojekte in der Region ist die Fraktion mit dem Stadtrat dahingehend einig, dass es in absehbarer Zukunft in Luzern kein Geothermie-Kraftwerk wird geben können. Dazu ist aber doch zu sagen, dass aus Sicht der GLP-Fraktion so künftige unternehmerische Chancen vielleicht nicht ganz voll wahrgenommen werden. Es ist aber ein strategischer Entscheid der Geschäftsleitung der ewl, sich auf das Gebiet der Agglomeration und der Stadt zu beschränken, und diesen Entscheid respektiert die Fraktion, auch wenn sie das etwas bedauert. Sie hält nicht am Postulat fest.

Christian Hochstrasser: Es geht um Grundlagenforschung in diesem Postulat, und Grundlagenforschung sei nicht Sache der ewl. Aber irgendjemand muss sie machen. Es ist eine etwas egoistische Grundhaltung, wenn man die anderen arbeiten lässt und selber allenfalls davon profitieren möchte. Grundsätzlich leuchtet aber die Argumentation des Stadtrates ein; sie ist aber nicht unbedingt besonders mutig. Das Postulat macht keine Aussage darüber, wie sich der Stadtrat bei der ewl dafür einsetzen soll, dass diese sich für die Geothermie einsetzt und sich daran beteiligt. Der G/JG-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass die ewl diese Technologie, aber auch andere weiterverfolgt. Eine Möglichkeit wäre eine symbolische Beteiligung gewesen. In diesem Sinne hätte die Fraktion das Postulat eigentlich gerne unterstützt bzw. sie hätte sich vorstellen können, das Postulat zu unterstützen. Sie fordert ein Bekenntnis des Stadtrates, dass er sich dafür einsetzt, dass die ewl diese Technologie weiterhin beobachtet und dass auch der Stadtrat sie beobachtet. Unter der Bedingung, dass der Stadtrat sicherstellt, dass diese Technologie nicht unbeachtet gelassen wird, kann sich die G/JG-Fraktion mit der Ablehnung einverstanden erklären. Was der Stadtrat schreibt, ist eigentlich logisch, aber die Fraktion würde sich eine etwas mutigere Vorgehensweise wünschen.

Marcel Lingg: Den strategischen Entscheid der ewl, sich nicht am GEO-Energie-Suisse-Projekt zu beteiligen, kann von der SVP-Fraktion nachvollzogen werden, und sie stellt fest, dass die GLP-Fraktion an sich das gleiche Denken hat. Aus der Antwort geht nicht hervor, welche finanziellen Mittel letztlich für ein Mitmachen hätten zur Verfügung gestellt werden müssen. Wäre eine Beteiligung der Stadt Luzern an diesem Projekt zur Diskussion gestanden, hätte das aus Sicht der SVP-Fraktion zwingend über die ewl erfolgen müssen und nicht über die Hauptstadtkasse. Auch wenn im Jahr 1999 mit dem B+A 2/1999 die Grundlagenforschung der Stadt Luzern zugewiesen worden ist, erachtet es die SVP-Fraktion nicht als eine Aufgabe eines

Gemeinwesens, Grundlagenforschung mit Steuergeldern zu finanzieren. Sie nimmt aber erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat in Anbetracht der leeren Stadtkasse selber davon Abstand nimmt, finanzielle Mittel in die Grundlagenforschung zu investieren. Ebenso nimmt sie zur Kenntnis, dass sich der Kanton Luzern im Bereich der Geothermie engagieren möchte; aktuell läuft das Vernehmlassungsverfahren dazu.

Franziska Bitzi Staub ist etwas irritiert: Wenn niemand am Postulat festhält, müsste gar nicht darüber diskutiert werden. Nachdem sich aber drei Fraktionen geäußert haben, tut das die Sprechende auch. Der Atomausstieg als solcher ist bei der CVP-Fraktion unbestritten. Die Frage ist: Wie kann die Versorgungssicherheit sichergestellt werden? Wie viel Zeit ist nötig zur Substituierung von Atomstrom? Geothermie, also Erdwärme, ist eine der grossen Hoffnungen in dieser Frage. Sie ist eine nachhaltige, von Klima, Tages- und Jahreszeit unabhängige Energiequelle. Trotzdem ist die Antwort des Stadtrates zur Ablehnung des Postulates überzeugend. Die ewl muss sich in den nächsten Jahren auf das Machbare konzentrieren. Das ist nicht die wissenschaftliche Forschung, sondern die Weiterverwendung bereits vorhandener Wärme. Diese Wärme muss aus der Region stammen – das ist wichtig in diesem Bereich –, z. B. Abwärme aus der KVA oder aus der Industrie wie Swiss Steel. Hinzu kommt der Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind, Wasserkraft und Photovoltaik. Die Tiefen-Geothermie ist ein Thema, mit dem sich der Kanton beschäftigen muss, und das tut er auch. Ein entsprechender Bericht des Regierungsrates vom 22. November 2011 befindet sich zurzeit in der Vernehmlassung. Der Ausstieg aus der Atomenergie, wie er in der Stadt Luzern beschlossen wurde, und die Klimaziele des städtischen Energiereglements sind bereits ehrgeizig genug. In Anbetracht der Finanzlage ist in den nächsten Jahren die Konzentration auf das Wesentliche und Machbare angesagt. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat, falls jemand daran festhält, auch ab.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Über das Postulat ist zu diskutieren, weil es nicht zurückgezogen worden ist.

Andreas Wüest: Es ist immer wieder interessant, die Lernfähigkeit bzw. die Wendigkeit der GLP-Fraktion beobachten zu können. Es ist wirklich interessant. Sie hat eine deutliche Forderung aufgestellt und nimmt sie dann einfach zurück. Aber lassen wir das. Grundsätzlich möchte der Sprechende noch etwas zur Position der SP/JUSO-Fraktion sagen. Sie teilt die stadträtliche Haltung und auch die Erklärungen der ewl. Grundlagenforschung im Bereich der Geothermie ist nicht wirklich eine schlaue Angelegenheit. Bei der Geothermie gibt es sehr hohe Investitionsvolumen, und die Fraktion teilt die Auffassung, dass sie eher auf Bundesebene vorangetrieben werden müsste, allenfalls noch auf kantonaler. Die Investitionen sind einfach sehr hoch. Angesichts der Energiewende haben aber bewährte Technologien wie Photovoltaik, Wind, aber auch Kleinwasserkraftwerke wirklich umsetzbares Potenzial, und da scheint die Haltung der ewl die richtige. Die SP/JUSO-Fraktion will die Energiewende, und sie will Geld vor allem in wirklich erneuerbare Energien stecken. Dazu eine Klammerbemerkung: Geothermie hat das Problem, dass ein Werk, wenn etwa 40 Jahre lang Wärme herausgeholt worden ist, vielleicht für 100 Jahre oder sogar 1000 Jahre abgeschaltet werden muss, weil das

Gestein nicht sehr leitfähig ist. Von oben hingegen kommen nicht nur jetzt, sondern das ganze Jahr hindurch mit den Sonnenstrahlen sehr viel mehr Watt auf die Erde. Es ist eigentlich nur noch eine Frage der Speicherung, dass damit umgegangen werden kann. Geothermie als Bandbreitenenergie wäre sicher nicht schlecht, aber man darf das Potenzial auch nicht überschätzen. Sowohl die ewl wie der Stadtrat haben aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion richtig geantwortet, und sie lehnt das Postulat ebenfalls ab.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass von keiner Seite am Postulat 282 festgehalten wird und dieses somit abgelehnt ist.

**5. Interpellation 254, Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 29. November 2011:
Welche Massnahmen gegen die Krise?**

Die Interpellanten beantragen Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Ali R. Celik: Diese Interpellation wurde vor dem Hintergrund der Medienberichterstattungen zu den hektischen Reaktionen auf die Euro-Krise und vor allem zu deren negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen eingereicht. In der NLZ hiessen damals die Überschriften zum Beispiel „500 Stellen in einem Jahr weg“ oder „Regionale Firmen lassen länger arbeiten“. Der Stadtrat erkennt richtig, dass die Interpellanten zu Gunsten der Arbeitnehmenden und des Standortes Luzern agieren. Es geht dabei unter anderem um missbräuchliche Lohndrückerei und unbezahlte Verlängerungen der Arbeitszeiten. Der Stadtrat weist darauf hin, mit den Interpellanten einig zu sein, dass die Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Vitalität und Ertragskraft eine zentrale Aufgabe der Stadt Luzern ist. Ausserdem fällt der öffentlichen Hand dabei primär die Aufgabe zu, stabile, verlässliche und optimale Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen Tätigkeiten bereitzustellen.

Das in der Antwort ausgeführte Beispiel vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), dass „seit Anfang Jahr sich die Euro-Schuldenkrise leicht entspannt“ hat, stimmt nicht. Die Realität ist nach wie vor eine andere. Es geht hier aber nicht um die Krise selber. Vielmehr geht es darum, wie die Schuldenkrise von gewissen Unternehmungen als Vorwand benutzt wird, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden zu verschlechtern. Auf die Frage, ob dem Stadtrat bekannt ist, in welchen Firmen Lohnreduktionen oder Arbeitszeitverlängerungen eingeführt und Kündigungen vorgenommen wurden, antwortet dieser, dass er dazu keine systematische Erhebung führe und es auch nicht in seiner Kompetenz liege, entsprechende Daten zu erheben. Dazu braucht der Stadtrat keine Statistiken zu führen. In den Medien wurde damals ausführlich darüber berichtet. Die NLZ hat beispielsweise im Herbst 2011 das Thema seitenweise behandelt. Es kommt deutlich zum Ausdruck, dass regionale Firmen ohne Lohnausgleich ihre Angestellten länger arbeiten lassen, gleichzeitig Kurzarbeit einführen und Entlassungen vornehmen. In den Berichterstattungen werden mehrere Firmen erwähnt; als Beispiel seien hier

einige Fakten zur Elektronikgrupp Schurter, Luzern, gegeben. Zu Beginn der Eurokrise, ab September 2011, liess die Schurter AG rund 320 Angestellte ohne Lohnausgleich wöchentlich 2,5 Stunden mehr arbeiten. Diese zweifellos als versteckte Lohnsenkung zu verstehende Massnahme wurde bis Ende Mai 2012 fortgeführt. Besagte Schritte leitete die Schurter-Gruppe in die Wege, ohne den Nachweis zu erbringen, dass das Unternehmen rote Zahlen schreibt oder kurz davor ist, in die roten Zahlen zu rutschen. Der Chef der Schurter-Gruppe sagte gegenüber der NLZ (Ausgabe vom 2. September 2011): „Die Arbeitszeiterhöhung ist zwingend, auch wenn wir für dieses Jahr noch gute Zahlen erwarten.“ Gleichzeitig baute die Schurter AG in Luzern sieben Vollzeitstellen, aber auch Teilzeitstellen in Luzern ab und führte Kurzarbeit ein. Der Umsatz stieg im 2010 um 28,2 auf 193,6 Mio. Schweizer Franken, und der Gewinn nach Steuern betrug 10,1 Mio. Franken. Auch 2011 machte die Schurter AG wiederum 7,45 Mio. Franken Gewinn.

Zur Antwort auf die zweite Frage und damit zur Tourismusbranche: Im Februar dieses Jahres wurde in diesem Rat das Thema „Ungenügende Löhne bei Luzern Tourismus AG“ differenziert diskutiert. Anstatt eine Auskunft zu den Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden in der Tourismusbranche zu geben, wie diese sein sollen, weicht man auf andere Projekte wie die Industriestrasse aus. Der Stadtrat weist im Zusammenhang mit der zweiten Frage darauf hin, dass er regelmässig den Kontakt mit den Vertretern/-innen der Wirtschaft und den Sozialpartnern sucht und die Ressourcen der Stelle für Wirtschaftsfragen stärken will. In der erwähnten Krisenphase waren nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Medien involviert. Aber von der städtischen Politik hat man kaum etwas gehört. Es ist klar, dass arbeitsrechtliche Kompetenzen bundesrechtlich und kantonale geregelt sind. Aber die städtische Politik kann und soll durch die öffentliche Sensibilisierung und durch den Kontakt mit den Sozialpartnern wie auch mit Vertretern/-innen der Wirtschaft und der Gewerkschaften konstruktiv optimale Rahmenbedingungen bewirken. Also nicht nur für den Luzerner Tourismus (mittels Subventionen) und für die Privatwirtschaft (mittels der bereitgestellten Infrastruktur), sondern auch mittels guten Arbeitsbedingungen für die Arbeitenden als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Befremdend ist die aus ihrer Sicht billige Abstimmungspropaganda zur Industriestrasse, die in die Antwort eingeflossen ist. Die heute bestehenden KMU-Arbeitsplätze werden mit diesem Projekt ganz sicher nicht gesichert. Wenn über die Interessen der Arbeitnehmenden gesprochen wird, geht es oft um ideologische Argumente. SP und Gewerkschaften werden jedenfalls nicht „nachhaken“ in dieser Frage, wenn es darum ginge, Schulen, Kulturinstitutionen oder Wohnhäuser in Büroflächen umzuwandeln, denn nach stadträtlicher Logik wäre auch das im Interesse der Arbeitnehmenden. Aber es wurden nicht Fragen zur Industriestrasse gestellt, sondern zur Konjunkturpolitik. Da hätten die Interpellanten gerne genauere Angaben gehabt, wie es mit der Bestandespflege abläuft, denn die muss das vorrangige Ziel des Stadtrates sein; bestehende Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Die bestehenden Kontakte mit den grossen Arbeitgebern sollten dazu genutzt werden, nicht nur die Wünsche der Unternehmen an die Stadt zu erfahren, sondern auch über Probleme zu reden. Die Erfahrungen

zeigen nämlich, dass gerade bei Entlassungen ein starkes Auftreten der Exekutive Arbeitsplätze retten kann. Falls es einmal zu einem unverhofften Ernstfall kommt, zählt die SP/JUSO-Fraktion auf ein starkes Engagement des Stadtrates.

Hugo P. Stadelmann: Die FDP-Fraktion ist mit den Antworten des Stadtrates einverstanden. Sie sind vernünftig und einleuchtend. Es ist nicht Aufgabe der Stadt oder eben des Staates, einzelbetriebliche Massnahmen vorzusehen. Es ist aber Aufgabe der Stadt, wie richtig festgehalten wird, notwendige Infrastrukturen wie Arbeitsflächen, Verkehrssysteme oder Energieversorgung bereitzustellen und im gesetzlichen Bereich gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Die FDP-Fraktion steht hinter der Feststellung des Stadtrates, dass es für die Sicherung von Arbeitsplätzen wichtig ist, die wirtschaftlichen Bedürfnisse gemeinsam mit anderen Ansprüchen ausgewogen zu berücksichtigen. In diesem Sinne und im Hinblick auf das gemeinsame Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern, zählt der Stadtrat darum auch auf die Unterstützung bei Projekten wie der Industriestrasse. Die FDP-Fraktion teilt diese Ansicht voll und ganz und hofft, dass dies auch bei den Interpellanten der Fall sein wird.

Albert Schwarzenbach: Die Interpellation 254 wurde am 29. November 2011 eingereicht. Wie sieht es heute aus? Die Ereignisse in der Welt der Finanzen überschlagen sich buchstäblich; fast jeden Morgen kommen in den Nachrichten neue Hiobsbotschaften zwischen Spanien und Zypern, und langsam schlägt sich das auch auf die Realwirtschaft nieder. Die Nationalbank hat, im Gegensatz zu den Bemerkungen in der Interpellation, nicht eine zögerliche, sondern eine entschlossene Politik eingeschlagen. Sie verteidigt die Untergrenze von Fr. 1.20 beim Euro und sichert damit unzählige Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft und im Tourismus. Wer sich im Kanton Luzern bei den exportorientierten Firmen herumhört, merkt rasch, dass hinter den Kulissen die Zeichen auf Alarm stehen. Die betroffenen Firmen ersetzen Abgänge nicht mehr, verordnen einen Anstellungsstopp und arbeiten mit Worst-Case-Szenarien, z. B. der Auslagerung von Produktionsstätten nach Polen. Dieses Beispiel zeigt: Das ist ein grösseres Spiel, auf das es wenig Einflussmöglichkeiten gibt. Die Firmen müssen sich am Marktumfeld orientieren, und dort diktieren andere die Regeln. Die betroffenen Firmen müssen schauen, wie sie durch das Wellental kommen. Und was kann die öffentliche Hand, die Stadt, tun? Die Antwort sagt es eigentlich klar: Massnahmen für einzelne Betriebe kann sie nicht ergreifen; das ist nicht ihr Auftrag. Sie kann Bestandespflege machen, und wie sie das tut, das wurde bei früheren Diskussionen in diesem Parlament schon aufgezeigt. Generell aber kann der Wirtschaftsstandort gestärkt werden. Das heisst konkret:

Punkt 1 war die „Starke Stadtregion“, ein Wirtschaftsförderungsprojekt par excellence, das zum Ziel hatte, Potenziale zu erschliessen, die zu neuen Arbeitsplätzen führen, Synergien zu nutzen, Mobilität und Raumplanung gemeinsam so anzupacken, dass das Geld für Projekte und nicht für umständliche Koordinationsarbeiten eingesetzt wird. Das ist gescheitert, aber das Thema ist nicht vom Tisch. Und es ist zweitens eben auch die Strategie der Schlüsselareale. Dort können sich Firmen ansiedeln, die Arbeitsplätze bringen. Und in der Tat glaubt auch der Sprechende, dass die Industriestrasse zum Lackmustest wird. Wenn bei diesem grossen Projekt zurückgekrebt wird, kommt man nicht weiter; hier muss Flagge gezeigt werden. Drittens der

Metroplanraum mit einem Erfolg: Das Projekt „Green Region“ hat die Hochschule Luzern Technik und Architektur erhalten und kann es jetzt für den ganzen Raum umsetzen. Das ist der Nukleus für den Clean Tech Cluster, für die umweltfreundliche Technologie. Da kann sich Luzern profilieren. Viertens die Ansiedlung, und da ist das Controlling entscheidend. Der Kanton wartet immer wieder auf mit Erfolgsmeldungen. Der Sprechende möchte gerne einmal wissen, was von diesen Erfolgsmeldungen für die Stadt herausgeschaut hat. Denn wenn immer über die Steuergesetzrevision geredet wird: Die Steuern wurden ja gesenkt, dass mehr hereinkommt, und das sollte nicht jetzt, denn das ist eine langfristige Massnahme, aber das sollte sichtbar werden. Die CVP-Fraktion ist für eine Vorwärtsstrategie. Viele in diesem Rat reden vom Sparen, die CVP-Fraktion aber auch vom Wachstum. In der neuen Legislaturperiode muss das das Ziel sein.

Die Interpellation 254 ist damit erledigt.

(Mittagspause)

**6. Interpellation 288, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 2. Februar 2012:
Über die freihändige Vergabe von Arbeiten und Lieferungen**

Ivo Durrer dankt in seiner kurzen Erklärung dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung. Es freut ihn und auch das Luzerner Gewerbe, wenn der Stadtrat die freihändige Vergabe von Arbeiten und Lieferungen gemäss den kantonalen Vorgaben durchsetzt. Es ist wichtig und macht Sinn, wenn der Stadtrat seine Kompetenzen nutzt und die Verwaltung diese nicht ausnützt. Abwechslung und fairer Wettbewerb haben Vorrang!

Damit ist die Interpellation 288 erledigt.

**7. Volksmotion 257, Franziska und Markus Keller und Mitunterzeichner/innen,
vom 2. Dezember 2011:
Regelung der Beihilfe zum Suizid in den Betagtenzentren und Pflegeheimen
der Stadt Luzern**

Der Stadtrat lehnt die Volksmotion ab.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Theres Vinatzer: Die Volksmotionärinnen und ein Volksmotionär kamen anlässlich der letzten Sitzung in die Kommission und konnten ihr Anliegen auch mündlich darlegen. Dabei kritisierten sie vor allem zwei Punkte: einerseits das Vorgehen

bei einer Volksmotion, insbesondere die Kommunikation mit den Motionären, andererseits die Regelung zum Suizid in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen an sich. Bezüglich Vorgehen sehen Stadtrat und Kommission ein, dass es nötig ist, Volksmotionären in Zukunft vorgängig den Ablauf zu erläutern, da sie mit den politischen Prozessen nicht vertraut sind. Zum inhaltlichen Anliegen: Die Motionäre fordern, dass die Beihilfe zum Suizid in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen der Stadt Luzern verboten wird, das heisst dass die entsprechende Regelung nicht angewendet wird. Sie begründen ihre Forderung damit, dass der Staat zum Schutz des menschlichen Lebens verpflichtet ist und dass Suizidbeihilfe weder Teil der ärztlichen noch der pflegerischen Tätigkeit sei. In beiden Punkten hat die Kommission den Motionärinnen und Motionären im Grundsatz recht gegeben. Sie hat sich aber auch die Frage gestellt, was denn Schutz genau bedeutet. Gilt das auch, wenn der Schutz von der betroffenen Person gar nicht gewünscht ist oder sogar als Gewaltanwendung empfunden wird? Es handelt sich bei diesem Thema um eine komplexe ethische Fragestellung, die über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder von verschiedenen Organisationen und Kommissionen diskutiert worden ist, auch von der Sozialkommission. Die Regelung des begleiteten Suizid in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen der Stadt Luzern ist aufgrund eines mehrjährigen, sorgfältigen Prozesses entstanden und ist kompatibel mit den Haltungen der Nationalen Ethikkommission, der Akademie der medizinischen Wissenschaften, der FMH und des SBK. Die Sozialkommission ist nach sorgfältigem Abwägen zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner und den möglichen Gefahren für sie und die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner, die Mitarbeitenden und die Gesellschaft zur Überzeugung gelangt, dass man den begleiteten Suizid unter Anwendung der beschriebenen guten Schutzbestimmungen zulassen sollte. Zwingend ist aber, und das war auch einhellig die Meinung, dass vorgängig alles getan wird, um die Lebensqualität der Sterbewilligen zu verbessern und dass insbesondere alle Möglichkeiten der Palliative Care ausgeschöpft werden. Damit man auch eine gute Kontrolle hat, was zukünftige politische Entscheidungen auf diese Entscheide und auf das Bedürfnis nach begleitetem Suizid der Bewohner/innen für Auswirkungen haben, hat sich der Stadtrat ja bereit erklärt, der Sozialkommission jährlich Bericht zu erstatten über die Auswirkungen und die Entwicklungen in diesem Bereich. Die Sozialkommission ist überzeugt, dass mit dieser Regelung sowohl dem Recht auf Selbstbestimmung der sterbewilligen Person als auch dem Schutz des Lebens und dem Schutz der Mitbewohner/innen und der Mitarbeitenden Rechnung getragen wird. Sie lehnte die Volksmotion mit 8 Nein bei 1 Ja ab.

Stefanie Wyss: Dieser Rat diskutiert heute zum zweiten Mal über die Regelung der Beihilfe zum Suizid. Am 1. Dezember 2011 hat er den Bericht 22/2011 grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Jungen Grünen und Grünen unterstützen die vom Stadtrat erlassene Hausordnung in den Betagtenzentren und Pflegeheimen. Die Volksmotionärinnen und Volksmotionäre verlangen, dass ein rechtsetzender Erlass unterbreitet werden soll, mit dem die Beihilfe zum Suizid verboten werden soll. Die G/JG-Fraktion weist darauf hin, dass die Volksmotionäre damit das genaue Gegenteil von dem bewirken könnten, was sie wollen. Die Sprechende weist diesbezüglich auf das Abstimmungsergebnis in der Waadt hin. Die

Hausordnung betrifft nur Betagtenzentren und Pflegeheime der Stadt Luzern. Bei einer allfälligen Abstimmung könnte es aber sein, dass ein begleiteter Suizid in allen Heimen, also auch den privaten, angeboten werden müsste. Die Hausordnung, wie sie der Stadtrat vorschlägt, ist ein moderater und sehr breit abgestützter Weg. Die Jungen Grünen und Grünen lehnen deshalb die Volksmotion ab.

Agnes Keller-Bucher: Mit dieser Volksmotion kommt der Rat auf den Bericht 22/2011 zurück. Die CVP-Fraktion hat diesen am 1. Dezember 2011 nicht zustimmend, aber sie hat ihn zur Kenntnis genommen. Seit damals hat sich noch einiges getan. Mit mehreren Workshops aller Beteiligten, namentlich Heim- und Personalverbänden, Seelsorgern der städtischen Institutionen, Zentrumsleitungen, Pflegeleitungen und Heimärzten sowie der kantonalen Strafverfolgungsbehörde sind die Punkte noch gereifter erarbeitet worden, z. B. die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Beihilfe zum Suizid, der Umgang durch das Personal, der Informationsweg, das Vorgehen bei einem Wunsch nach Suizidhilfe und schliesslich noch die Aufarbeitung eines Suizides, was die Sprechende ebenfalls als sehr wichtig erachtet. Alle diese Punkte zeugen von einer gewissenhaften und seriösen Abklärung. Die Sozialkommission hatte ebenfalls die Gelegenheit, die Argumente der Volksmotionäre anzuhören. Aus ihrer christlichen Überzeugung und aus Sicht von Seelsorgern ist eine Beihilfe zum Suizid abzulehnen. Sie weisen auch darauf hin, dass man sich strafrechtlich auf heiklem Terrain bewege. Es ist wichtig zu sagen, dass die Kommission sowie auch die CVP-Fraktion diese Haltung akzeptieren. Der Besuch bei verschiedenen Heimen und Alterssiedlungen sowie Pflegewohnungen hat aber gezeigt, dass die Leitungen und auch der Pflegedienst enorm froh sind über eine Regelung des Umgangs mit der Beihilfe zum Suizid. Es hat sich auch gezeigt, dass es äusserst wenig Fälle sind und dass die Befürchtung der Nachahmung von den Heimleitungen nicht geteilt wird. Der wichtigste Punkt, der zu beachten ist, ist der: Es muss niemand diesen Weg wählen; er ist absolut freiwillig. Für Personen, die mit einer ausgereiften Palliativpflege fürsorglich und möglichst schmerzarm betreut werden und die trotzdem keinen anderen Weg sehen, die alle seriös abgeklärten Massnahmen erfüllen, sollte es möglich sein, auf ihren Wunsch einzugehen. Lieber ein begleiteter Suizid als ein gewaltsamer als letzter Ausweg. In diesem Sinne wird die Mehrheit der CVP-Fraktion dem Stadtrat folgen und die Motion ablehnen. Eine Minorität wird die Motionäre in ihren Anliegen unterstützen.

Jules Gut: Der Bericht zur Regelung der Beihilfe zum Suizid wurde in einem mehrjährigen Prozess sehr umsichtig und gewissenhaft erarbeitet. Auch die eingeholten Rückmeldungen aus den Heimleitungen lassen erkennen, dass die nun vorliegende Form eine Akzeptanz findet. Die heutige Gesellschaft ist nicht mehr mit der Zeit vor 20 Jahren zu vergleichen. Genau so wird sich die Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten immer und immer wieder verändern. Eines der dominanten Themen in der heutigen Zeit ist das Recht jedes Einzelnen auf Selbstbestimmung. Das hat heute eine hohe Gewichtung. Während noch bei den Grosseltern des Sprechenden die Gesellschaft oder eben die Kirche die Entscheidungen getroffen hat (man hat es schon immer so gemacht), steht heute die eigene Person vermehrt im Zentrum. Die vorliegende Regelung klärt die Rollen der Beteiligten im Verfahren und bezeichnet die

verantwortlichen Akteure. Die Grenzen sind klar definiert.

Die Fraktion der GLP kann die Anliegen der Volksmotionäre verstehen. Aber sie ist – entgegen der Meinung der Motionäre – der Ansicht, dass die strittigen Fragen sehr kompetent und seriös aufgearbeitet und abschliessend geklärt wurden. Analog zum Stadtrat wird sie die Volksmotion ablehnen.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion hat am 1. Dezember 2012 zustimmend Kenntnis genommen vom B 22/2011. Ausschlaggebend war die Notwendigkeit einer klaren Regelung, die Gewährleistung von Palliativ Care und das Wahlrecht, in der Phase des schwersten Leidens nicht das städtische Heim verlassen zu müssen. Die Fraktion unterstützt die Weisungen des Stadtrates, die nur in sehr seltenen Fällen zur Anwendung kommen. In dessen logischer Konsequenz lehnt die Fraktion die Volksmotion ab.

Laura Grüter Bachmann trägt die Worte des verhinderten Daniel Wettstein vor, der das Thema auch in der Kommission vertreten hat. Auch die FDP-Fraktion wird diese Volksmotion ablehnen. Sie hat grossen Respekt gegenüber den Motionären, die eine andere ethisch-moralisch-religiöse Haltung zu dieser delikaten Fragestellung haben. Die Fraktion respektiert diese Haltung, ist aber auch der Meinung, dass es heute eine sehr weit verbreitete Haltung und den weit verbreiteten Wunsch nach Selbstbestimmung gibt. Die Heime und Alterssiedlungen der Stadt Luzern sind öffentlich und stehen darum allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit unterschiedlichen Haltungen offen. Das gilt es auch zu respektieren. Davon haben sich der Stadtrat und die Kommission im sorgfältigen Prozess leiten lassen. Aus dieser Situation heraus leitet die FDP-Fraktion auch die Pflicht ab, dass die Fragen rund um den Suizid zu klären sind, auch im Hinblick darauf, wie sich die Mitarbeitenden verhalten sollen. Nach Abwägung aller Aspekte und nach eingehender Diskussion in der Kommission und auch in der FDP-Fraktion schliesst sich diese der Meinung des Stadtrates und der Kommission an und lehnt die Volksmotion ab.

Theres Vinatzer: Das Wichtigste wurde von den anderen Fraktionen bereits gesagt. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Haltung der Sozialkommission. Ergänzend und vielleicht ein Stück weit zur Beruhigung der Volksmotionäre möchte die Sprechende sagen, dass es der Kommission und dem Parlament wirklich sehr wichtig ist, dass zuerst alle Möglichkeiten der Palliative Care ausgeschöpft werden in den Betagtenzentren der Stadt Luzern. Sie ist überzeugt davon, dass das auch so gehandhabt wird, und zwar auch darum, weil Palliative Care in den letzten Jahren in allen Institutionen der Stadt ein Schwerpunktthema war und das Personal, und zwar das ganze, gezielt geschult worden ist und weiterhin geschult wird. Das sollte die Ängste, die in dieser Motion zum Ausdruck kommen und welche die SP/JUSO-Fraktion ein Stück weit nachvollziehen kann, etwas mindern helfen. Und es soll auch zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Luzern mit der allergrössten Sorgfalt mit diesem Thema umgeht.

Sozialdirektor Ruedi Meier dankt für die Rückmeldungen. Sie bestätigen auch die Ergebnisse des gemeinsamen Prozesses der Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung zu diesem schwieri-

gen Thema, der nicht nur über Monate, sondern fast über Jahre ging. Die Haltung ist die, dass es in diesem schwierigen Thema, das viel zu tun hat mit Gefühlen, mit Emotionen, mit Glauben – und dem ist unter allen Titeln Rechnung zu tragen –, keinen (anderen) Standpunkt gibt, den man diffamieren sollte. Man ist angewiesen auf eine relativ grosse Toleranz und dass sich die einzelnen Vertreter/innen in diesen Fragen gegenseitig ernst nehmen. Festgestellt wurde auch, dass das Selbstbestimmungsrecht ein Recht ist, das hochgehalten werden soll. Und im Sinne des Selbstbestimmungsrechts wird ermöglicht, dass Beihilfe zum Suizid in einer Sonder-situation in Anspruch genommen werden kann. Das Selbstbestimmungsrecht beinhaltet aber auch, dass man die Beihilfe zum Suizid nicht in Anspruch nimmt, sondern eine möglichst gute palliative Pflege. Und diese versucht die Stadt Luzern wirklich sehr stark zu unterstützen. So gibt es z. B. im Betagtenzentrum Eichhof eine Spezialabteilung und in allen Heimen die integrierte Palliativpflege, und mit der Spitex Luzern Littau, die ein privater Verein ist, wird die ambulante Palliativpflege aufgebaut. Vor diesem Hintergrund ist die Stadt gut unterwegs. Im Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) wurde am vergangenen Freitag die Unterstützung der Geschäftsstelle Palliativpflege beschlossen. Diese hat den Auftrag, die Vernetzung der einzelnen Palliativangebote im ambulanten, aber auch im stationären Bereich zu fördern und die Vernetzung mit der Akutpflege in den Spitälern zu stärken. Der Sozialdirektor glaubt, dass man diesbezüglich nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kanton Luzern im stationären, im ambulanten und im akuten Bereich auf dem richtigen Weg ist.

Die Abstimmung im Kanton Waadt wurde wohl zur Kenntnis genommen: Danach muss in Institutionen, die öffentliche Subventionen erhalten, Beihilfe zum Suizid ermöglicht werden. In der Stadt Luzern ist das nicht so. Zwar erhalten auch die Heime, die vor dem Hintergrund einer christlich-katholischen Tradition geführt werden wie das Elisabethenheim, St. Raphael und Steinhof auch Subventionen. Aber die Regelung der Stadt Luzern wird diesen Heimen nicht aufgebürdet, weil sie spezielle Leitbilder haben aufgrund ihrer christlichen Einstellung und Tradition. Das wird geachtet. Sie sollen ihre eigene, selbstständige Betriebs- und Leitbildkultur haben. Die Heime, welche die Regelung betrifft, sind jene von Heime und Alterssiedlungen (HAS), die der Stadt Luzern gehören. Die Pflegerestfinanzierung leistet die Stadt aber bei allen Heimen, und Zugang haben alle zu allen Heimen; die Unterscheidung öffentlich/privat ist insofern nicht ganz unproblematisch. Für die Heime, die im Besitz der Stadt Luzern sind, soll es eine Regelung geben, welche das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet in dem Sinne, dass es möglich ist, von der Beihilfe zum Suizid Gebrauch machen zu können. Wichtig ist, dass wer eine solche Regelung unterstützt wie z. B. das Seelsorgeteam, nicht a priori für Beihilfe zum Suizid ist. Auch in der CVP-Fraktion gibt es offenbar eine Mehrheit, die dafür ist, dass das geregelt ist, aber das heisst nicht, dass es für alle in Frage käme. Eine so differenzierte Kultur muss in dieser Frage in der Stadt Luzern gepflegt werden.

Was würde passieren, wenn die Volksmotion angenommen würde? Das würde dazu führen, dass es bis zu einer Volksabstimmung kommt. Eine Volksabstimmung könnte dazu führen, dass dem Anliegen der Volksmotionäre Rechnung getragen wird und Beihilfe zum Suizid in der Stadt Luzern vollständig verboten würde. Es könnte aber auch das Umgekehrte passieren, sodass Beihilfe zum Suizid wohl überall zugelassen werden müsste. Man hätte ein Volksvo-

tum, das es Stadtrat und Parlament schwierig machen würde, das je nachdem differenzierter zu interpretieren. Vor diesem Hintergrund plädiert der Stadtrat dafür, die Volksmotion abzulehnen und der differenzierten Regelung, wie er sie in der Stadt Luzern praktizieren möchte, zu folgen.

Thomas Gmür: Eine Minderheit der CVP-Fraktion ist enttäuscht von der Antwort und von der Haltung des Stadtrates, der hier einem Anliegen einer Minderheit mehr Rechnung trägt als dem Anliegen der Mehrheit, die den Schutz des Lebens möchte. Sie ist überzeugt, dass man mit diesem Anliegen, mit dieser Regelung, nicht wirklich weiterkommt in der Stadt Luzern in der Betreuung der älteren Generation, die es verdient hätte, etwas ernster genommen zu werden, wie auch die Motionäre, die in der Antwort des Stadtrates nicht wirklich ernst genommen werden. Für diese Minderheit ist hier nicht der Sterbewillige im Zentrum; im Zentrum steht am Schluss eine Sterbeorganisation, die proaktiv in den Altersheimen Werbung betreibt, die in ihren Statuten stipuliert, dass sie auch gerne psychisch Kranke, die sterbewillig sind, unterstützen möchte, und das käme noch viel weniger in Frage als die Regelung, wie sie der Stadtrat vorsieht. Diese Minderheit wird dem Anliegen der Volksmotionäre folgen und sie entgegennehmen.

Theres Vinatzer möchte auf dieses Votum hin etwas richtigstellen: Es wird auch bei Ablehnung dieser Volksmotion niemals möglich sein, dass Sterbehilfeorganisationen in den Pflegeheimen Werbung machen können für ihre Organisation. Wenn man das Reglement liest, und der Prozess wird ja sehr gut aufgezeigt, steht am Anfang der Wunsch der Bewohnerin oder des Bewohners. Dieser muss mehrmals geäußert worden sein und er muss in mehrfachen Gesprächen sorgfältig vertieft und abgeklärt werden, ob der Wunsch wirklich bestehen bleibt oder ob er nicht mit allen Massnahmen aus der Welt geschafft werden kann. Erst dann, wenn die Bewohnerin oder der Bewohner sagt, er sehe nur diesen Weg und es sei sein fester Wille, diesen Weg zu gehen, wird eine Sterbehilfsorganisation eingeschaltet.

Die Volksmotion 257 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**8. Postulat 256, Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 1. Dezember 2011:
Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder
Pflegewohnungen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Melanie Setz: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die teilweise Entgegennahme des Postulates. Das Anliegen ist ihr natürlich nach wie vor wichtig, insbesondere aus den auch vom Stadtrat genannten Gründen und auch aus den im Postulat genannten. Weil der Stadtrat

das Anliegen nochmals prüfen will, ist die Fraktion einverstanden mit der teilweisen Überweisung. Sie ist sehr gespannt, was bei dieser Prüfung herauskommt, wenn der Versorgungsbericht vorliegt.

Verena Zellweger-Heggli: Der CVP-Fraktion geht dieses Anliegen zu weit, und sie lehnt auch die teilweise Überweisung ab. Der Stadtrat hat ausgeführt, dass er sich vermehrt an den Empfehlungen des Altersleitbildes des Kantons Luzern orientieren will. Diese Empfehlungen sind breiter fokussiert, und die CVP-Fraktion erachtet dies als gutes Entgegenkommen, gerade auch im Wissen um die finanzielle Situation der Stadt Luzern. Schaut man aber auch auf die statistischen Werte Luzerns, ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung beim Altersspektrum von 80 bis 89 aktuell sehr klein, und zwar allgemein, nicht nur aus dem mediterranen Raum. Schaut man in die Statistik der Zukunft, sieht man, dass der Anteil der ständigen Wohnbevölkerung aus einem ganz breiten Spektrum von Nationalitäten kommen, nämlich aus unzähligen Ländern Europas, z. B. auch aus Deutschland – das ist ein grosser Anteil – und auch von ausserhalb Europas. Wer sich heute in Luzern niederlassen will, wird im Namen der Stadt ganz freundlich empfangen, es stehen Integrationskonzepte bereit und Frühförderungsangebote für alle Zugezogenen. Für die künftigen Betagten der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist also das Eingebettetsein in Luzern vorgezeichnet und wird nicht mehr zu einem Fremdsein im Alter führen. Es ist natürlich so: Ältere Menschen können Heimweh haben nach ihrem früheren Leben oder nach ihrem Heimatland, indem sie vor der Emigration gelebt haben, aber es ist auch so, dass sich vielleicht ein Luzerner im Alter im Altersheim in Zürich fremd vorkommt oder jemand vom Land in der Stadt. Das hat generell damit zu tun, dass Gedanken im Alter an die frühere Zeit zurückgehen, das Leben reflektiert wird und an den Erinnerungen positiv festgehalten wird. Die CVP-Fraktion ist aber der Überzeugung, dass es am familiären Umfeld und am Freundeskreis liegt, dass sich diese Betagten in der Altersheimat wohl fühlen. Das kann und soll der Staat nicht auch noch leisten und das ist nicht Aufgabe der Stadt. Aber es bleibt natürlich privaten Heimen offen, ob sie solche Angebote anbieten wollen, aber dann natürlich innerhalb des Angebotes in der Hotellerie und sicher nicht in der Pflege. Darum **beantragt die CVP-Fraktion die Ablehnung dieses Postulates.**

Stefanie Wyss: Die G/JG-Fraktion dankt der SP/JUSO-Fraktion für diesen Vorstoss. Sie spricht damit ein wichtiges Thema an: Wie gehen Betagtenzentren mit Bewohnerinnen und Bewohnern um, die beispielsweise nicht gut oder gar nicht Deutsch sprechen? Wie gehen Betagtenzentren mit veränderten Bedürfnissen z. B. im Bereich des Essens um? Der Stadtrat zeigt auf, wo die Knackpunkte einer solchen Pflegewohngruppe sind. Momentan herrscht ein akuter Mangel an Pflegefachpersonen, und es wäre wahrscheinlich äusserst schwierig, geeignete Personen für eine solche Wohngruppe zu finden. Ausserdem ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass alles darangesetzt werden soll, dass diese Personen in bestehenden Wohngruppen integriert werden können. Die vorgeschlagenen Ideen des Stadtrates wie z. B. eine angepasste Menüplanung oder die Förderung transkultureller Kompetenzen unterstützt die Fraktion sehr. Und das soll auch geprüft werden. Darum ist die G/JG-Fraktion mit der teilweisen Überweisung des Postulates einverstanden.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Erarbeitung der Stellungnahme und den beiden Postulantinnen für das interessante Thema. Im Quartier wohnt man Tür an Tür, in der Schule sitzt man nebeneinander und im Betrieb arbeitet man füreinander. Warum soll man dann im letzten Lebensabschnitt, im Heim, in getrennten Abteilungen den Lebensabend verbringen? Die von den Postulantinnen vorgebrachten Argumente konnten die Fraktion nicht überzeugen. Kommt hinzu, dass die Heime heute unter einem hohen Kostendruck stehen, und gerade die schon heute nicht wirklich flexibel einsetzbaren fixen Pflegeteams auf den verschiedenen, fest zugeteilten Abteilungen schreiben bei einer Bettenunterbelegung schnell Defizite bzw. die Einnahmen können mit den Ausgaben nicht Schritt halten. Eine weitere Aufteilung der Pflegefachpersonen in verschiedene Sprachgruppen oder Nationalitäten wird den heutigen Zustand noch mehr fragmentieren, und das ist nicht zielführend, geht sogar genau in die entgegengesetzte Richtung. Das pragmatische Vorgehen des Stadtrates mit der vermehrten Berücksichtigung der entsprechenden Empfehlungen erachtet die GLP-Fraktion aber als guten Weg, die zweifellos vorhandenen Bedürfnisse der Bewohnenden in den städtischen Heimen abzudecken. Sie ist mit der teilweisen Überweisung des Postulates an den Stadtrat einverstanden. Die im Postulat gestellten Fragen sind aus ihrer Sicht aufzuarbeiten und zu klären. Für die Einrichtung von abgetrennten Spezialabteilungen für in der Regel wohl vor allem Migrantinnen, sieht die Fraktion jedoch keinen Handlungsbedarf.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates ist, medizinische Pflegewohngruppen separat zu entwickeln. Sie schliesst sich aus diesem Grund dem Ablehnungsantrag der CVP-Fraktion an.

Melanie Setz möchte nach den verschiedenen Voten und dem Ablehnungsantrag auf Folgendes eingehen: Mediterran heisst nicht, dass es nur gewisse Länder sind, sondern dass man allgemein ein Augenmerk hat auf Leute, die unsere Sprache nicht verstehen, und vor allem im Alter ist es eben sehr wichtig gerade z. B. bei demenzieller Entwicklung, dass man sich wieder in seiner Heimatsprache ausdrücken und in Erinnerungen schwelgen kann. Dass man das nicht abtrennen oder separieren kann, leuchtet ein. Das wäre sicher irgendwie anders zu machen, z. B. aufgehoben in einer bestehenden Wohngruppe oder Wohnform. Gerade in der Pflege ist es sehr essenziell, dass man die Sprachen versteht, dass man mit Bewohnern, die z. B. Italienisch, Spanisch oder Portugiesisch sprechen, in deren Muttersprache kommunizieren kann. Die SP/JUSO-Fraktion plädiert weiterhin für die teilweise Überweisung des Postulates.

Sozialdirektor Ruedi Meier: Wer die Antwort genau gelesen hat, auch etwas zwischen den Zeilen, konnte wahrnehmen, dass das eine Herausforderung ist für die Stadt, wie z. B. in der Elternarbeit in den Schulen konstatiert werden muss, dass die Bevölkerung von 2012 in der Stadt Luzern nicht mehr nur aus Nidwaldnern, Obwaldnern, Luzernern und Aargauern besteht, wie das vielleicht vor hundert Jahren noch war. Heute gibt es Leute aus der ganzen Welt. Entsprechend gross ist die Herausforderung, mit diesen Personen zu kommunizieren, sie

„abzuholen“. Kommunizieren und umgehen miteinander hat immer auch etwas zu tun damit, dass man auch ein gewisses kulturelles Verständnis hat. Besonders herausgefordert ist man natürlich vor dem Hintergrund, dass diese Leute hochbetagt sind und allenfalls Demenzerkrankungen haben. Da ist biographieorientierte Arbeit ein Ausdruck der Qualität der Pflege. Biographieorientiert heisst, dass im Interesse der Qualität aufgenommen wird, woher diese Leute zugewandert sind, das muss nicht unbedingt ein mediterranes Gebiet sein, es kann aus anderen Kontinenten oder auch aus Osteuropa usw. sein. Aber der Stadtrat sieht nicht unbedingt eigene Abteilungen. Vor diesem Hintergrund ist die teilweise Überweisung der Problemstellung eigentlich angemessen.

Theres Vinatzer: Die SP/JUSO-Fraktion beharrt nicht ausdrücklich auf einer Wohngruppe. Mit der massiven Zunahme von Demenzerkrankungen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern ergibt sich wirklich ein grosses Problem, weil sie häufig die Kompetenz des Spracherwerbs, die sie hatten, als sie in das ihnen fremde Land kamen, mit der Demenz wieder verlieren. Es ist zu beobachten, dass sehr viele Leute dann plötzlich nur noch ihre Muttersprache sprechen und verstehen. Das ist wirklich ein Problem. Man stelle sich vor, man ist irgendwo zuhause, kann sich aber nicht ausdrücken, kann nicht sagen, was man will. Es ist auch eine humanitäre Aufgabe, dem Rechnung zu tragen.

Markus Helfenstein hat vor dem finanziellen Hintergrund der Stadt und der Diskussion über die wenigen oder fast gar keinen Ressourcen, die immer wieder geführt wird, absolut kein Verständnis für solche Vorstösse. Und er versteht den Stadtrat nicht, dass er diesen noch teilweise entgegennimmt. Da ist der Sprechende offenbar in einer völlig anderen Welt. Wenn solche Forderungen kommen in einer Stadt, die um alles kämpfen muss, und der Vorstoss wird noch entgegengenommen – da hat er wirklich kein Verständnis.

Das Postulat 256 wird mit 25 Stimmen dafür bei 20 Stimmen dagegen teilweise an den Stadtrat überwiesen.

**9. Motion 239, Marcel Budmiger und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 19. September 2011:
Zahlbarer Wohnraum dank Landverkaufsgewinnen**

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Dominik Durrer: Dieser Vorstoss zur Förderung zahlbaren Wohnraums dank Landverkaufsgewinnen hat vor allem bezüglich Traktandierung, Verschiebung und Wiedertraktandierung schon eine längere Geschichte hinter sich; jetzt kann er endlich erledigt werden. Er nimmt Verbindung auf zwischen zahlbarem Wohnraum und der Preisentwicklung des städtischen

Baulandes. Die Stadt Luzern als Eigentümerin von Bauland hat dabei eine Rolle, und diese kann sie auf unterschiedliche Arten wahrnehmen: Sie kann sie einseitig gewinnmaximiert wahrnehmen, oder sie kann versuchen, sie nachhaltig wahrzunehmen. Beim Lesen der Antwort des Stadtrates fragt man sich, ob sich der Stadtrat dieser Problematik, dieses Spannungsfeldes, bewusst ist. Er liefert zuerst eine ordnungspolitische Abhandlung über die Zweckbindung von Einnahmen. Die ist zwar korrekt formuliert, geht aber eigentlich am Problem, am Anliegen und an möglichen Lösungen vorbei. Wenn der Stadtrat in seiner Antwort festhält, dass es bisher immer eine hohe Akzeptanz für die Landverkäufe gegeben habe, verkennt er die Zeichen der Zeit. Der Sprechende weist – das ist nun ein Vorteil, dass die Behandlung dieses Vorstosses immer wieder verschoben wurde – auf die Abstimmung zur Wohnrauminitiative hin, bei der es eine deutliche Zustimmung der Luzerner Bevölkerung gab, trotz Szenarien der Gegner wie die Stadt müsse ihr gesamtes Land quasi gratis an Baugenossenschaften abgeben und müsse auf der anderen Seite auf dem Markt teures Land einkaufen und dieses auch noch gerade unter den Baugenossenschaften verteilen. Trotz solcher Szenarien hat die Initiative in der Bevölkerung eine deutliche Zustimmung erhalten. Wenn gesagt wird, die Landverkäufe hätten bisher eine grosse Akzeptanz gehabt, ist zu entgegnen, dass sich zumindest die SP/JUSO-Fraktion bei verschiedenen Verkäufen in der Vergangenheit sehr widerwillig gezeigt und sie teilweise auch klar abgelehnt hat. Bei weiteren Verkäufen wird dies noch schwieriger, weil der Widerwille gegen diese Politik zunimmt. Die Gründe dafür sind, dass man auf der anderen Seite einfach zu wenig wohnpolitische Aktivitäten der Stadt sehen konnte. Der Sprechende ist in positiver Erwartung, dass sich das in nächster Zukunft ändert. Zweitens ist in der umfassenden städtischen Liegenschaftenpolitik, die in der Vorstossantwort erwähnt wird, nicht formuliert, dass nur verkauft, sondern dass andererseits auch eingekauft wird. Und der Teil Kauf fehlt. Der Sprechende hat sich Mühe gegeben, am Morgen Kurt Bieder gut zuzuhören, und wenn er ihn richtig verstanden hat, hat er sich in seinem Votum, in dem es auch um die Liegenschaftenpolitik ging, darüber beklagt, dass der Stadt die Instrumente fehlen, dass sie als Käuferin auf dem Liegenschaftensmarkt auftreten kann. Der neuen Baudirektorin garantiert die SP/JUSO-Fraktion ihre konstruktive Mitarbeit bei der Schaffung von Instrumenten, damit die Stadt auf dem Liegenschaftensmarkt aktiv werden kann. Weil die politisch gesteuerte Mittelverknappung im Moment aber noch dazu führt, dass die Stadt nicht aktiv werden kann, selbst wenn sie Instrumente hätte, hält die Fraktion an der Zweckbindung, wie sie diese im Vorstoss verlangt, fest und **hält darum auch an der Motion fest**.

Monika Senn Berger: Bei der städtischen Wohnraumpolitik steht die Stadt vor dem Problem, dass sie wenig Landreserven hat. Wenn noch mehr Land verkauft wird, wie steht es dann mit der nächsten Generation? Sie hat noch weniger Handlungsspielraum. Das will die G/JG-Fraktion nicht und **hält darum ebenfalls an der Motion fest**. Der Stadtrat begründet Landverkäufe mit der breiten Akzeptanz, die dank der Liegenschaftsstrategie zustande komme. Seit 2005 hat sich jedoch einiges verändert: Zahlbarer Wohnraum wird immer knapper, die Bodenpreise steigen, und bei der heutigen finanziellen Situation besteht die Gefahr, dass die wenigen Landreserven zum Löcherstopfen verwendet werden. Auch damit ist die G/JG-Fraktion nicht einverstanden.

Zahlbarer Wohnraum ist ein Hauptanliegen der Bürger/innen, wie sich durch die Zustimmung zur Initiative für zahlbaren Wohnraum gezeigt hat. Die Akzeptanz von Landverkäufen wird vermehrt bröckeln, ausser es wird jetzt nach neuen Möglichkeiten oder neuen Instrumenten gesucht. Anders als der Stadtrat sieht die G/JG-Fraktion eine Zweckbindung positiver. Sie ermöglicht mehr Flexibilität bei Landankäufen, zudem kann der Fonds zu Gunsten der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) eher nach Bedarf als nach dem Budget der laufenden Rechnung geäußert werden. Da die Aufteilung der Gelder je nach verfügbaren Objekten offen bleiben soll, wird sich der Stadtrat ja damit befassen, und so kann auch die Gefahr einer isolierten Betrachtungsweise vermindert werden. Mit der Zweckbindung werden Landreserven ausgeglichen und können nach dem Bedarf ausgerichtet werden, z. B. jetzt nach zahlbarem Wohnraum. Wenn die Landverkaufsgewinne zweckgebunden sind, kann sich die G/JG-Fraktion vorstellen, Landverkäufe eher zu akzeptieren. Sie wird diese Motion überweisen.

Werner Schmid: Der Stadtrat lehnt die Motion 239 in seiner Stellungnahme ab. Gleicher Meinung ist die SVP-Fraktion, denn einen Erlös aus Immobilienverkäufen seitens der Stadt Luzern zweckgebunden oder allenfalls in Gemeinschaftseinrichtungen einzuzahlen, erachtet sie als wenig sinnvoll. Im weitesten Sinne könnte man sagen, würde der Stadtrat so quasi zu einem Immobilienhändler. Und das gehört wirklich nicht zum Kerngeschäft einer Kommune. So wie der Stadtrat steht auch die SVP-Fraktion gegenüber weiteren Zweckbindungen von Einnahmen skeptisch gegenüber. Inskünftig wird zwangsläufig – und das nicht zuletzt wegen der Zunahme von neuen, gebundenen Ausgaben – der Spielraum für materielles politisches Handeln zweifellos sinken. Es besteht auch die Gefahr, wie der Stadtrat richtig feststellt, dass bei einem solchen Szenario allenfalls Fehlentscheide fallen könnten, die in ihrer Gesamtbetrachtung oder -gewichtung gar nie getätigt würden. Die SVP-Fraktion steht also klar zu der in den letzten Jahren betriebenen Umsetzung der städtischen Liegenschaftspolitik, deshalb lehnt sie die Motion ab.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion steht ebenfalls hinter der Haltung des Stadtrates. Sie folgt der Argumentation, dass Zweckbindungen von Einnahmen den Spielraum für finanzielles und politisches Handeln einengen. In der Debatte zur Wohnpolitik hat die Fraktion klar die Meinung vertreten, das Eigenkapital für die 170 Wohnungen sei bereitzustellen. Finanziert worden wäre das zwar aus der laufenden Rechnung, aber letztendlich auch durch Landverkaufsgewinne, wenn es solche gibt. Jetzt ist man bei der Wohnpolitik an einem anderen Punkt, wo man wieder anfängt, wie man damit umgeht. Aber das ist ein anderes Kapitel. Die Fraktion unterstützt die Ablehnung der Motion.

Rolf Krummenacher: Gewinne aus so genannten gewinnorientierten Baulandverkäufen für strategische Liegenschaftenkäufe für den gemeinnützigen Wohnbau einzusetzen ist im Prinzip etwas Gutes, aber es ist natürlich nur ein Element. Weil dieser Gewinn – man stört sich immer am Wort „gewinnorientiert“; das tönt nach etwas Schlechtem –, wie es in der Liegenschaftspolitik definiert ist, für die Stadtentwicklung eingesetzt werden soll. Das kann neben

dem Kauf für gemeinnützigen Wohnungsbau auch Wirtschaftsförderung oder Schuldenabbau sein oder auch dazu dienen, Handlungsspielraum zu gewinnen. Wenn man der Baudirektorin etwas mitgeben darf, dann sehr wahrscheinlich, dass man die Liegenschaftenpolitik noch einmal anschauen muss. Sie wurde vor Jahren definiert, auch mit dem Leistungsauftrag, und es ist schon so, dass es sicher an der Zeit ist, dies wieder einmal zu prüfen. Inzwischen ist eine Initiative angenommen worden, und gewisse Kategorien in den Leistungsaufträgen müssen sicher angeschaut werden. Und wenn der Sprechende, der bekanntlich kein Freund von „Kässeli“ ist, noch ein Zweites mitgeben darf: Es war schön, in der Antwort des Stadtrates zu lesen, dass „Kässeli“ den Handlungsspielraum einschränken, weshalb sehr zurückhaltend damit umzugehen ist. Er bittet den Stadtrat, das selber auch zu beherzigen und dafür zu sorgen, dass mit den vielen „Kässeli“ langsam aufgeräumt wird im Interesse der Transparenz für die Politiker und, auch wenn sie dem Stadtrat eine gewisse Handlungsfreiheit geben, Zurückhaltung zu üben. Die FDP-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates schlüssig und lehnt die Motion ab.

Thomas Gmür: Die CVP-Fraktion lehnt diese Motion ebenfalls ab. Vor Jahren wurde in diesem Rat die Liegenschaftenpolitik formuliert. Die Sozialdemokraten und die Grünen waren auch dabei und haben sie unterstützt. Bei jedem Liegenschaftsgeschäft wird abgeklärt, welche Auswirkungen es hat; es gibt eine Checkliste, wozu der Verkauf dient und wozu er nicht dienen soll, und das wird seit Jahren so gemacht. Die Motionäre monieren, es sei keine Nachhaltigkeit bei diesen Liegenschaftengeschäften. Der Sprechende erinnert daran, dass bei praktisch jedem Liegenschaftsgeschäft in letzter Zeit auch formuliert wurde, welcher Minergiestandard vom Käufer oder allenfalls vom Baurechtsnehmer erwartet wird. Es sei auch daran erinnert, dass eines der grössten Liegenschaftsgeschäfte der letzten Jahre in Tribtschenstadt zu einer nachhaltigen, erfolgreichen Entwicklung der Stadt Luzern geführt hat, und auch daran, dass beim nächsten Liegenschaftsgeschäft, bei der Industriestrasse, nachhaltig eine Mehrwertabschöpfung im Vertrag stipuliert worden ist. Das sind Gründe, die durchaus für die Nachhaltigkeit der Liegenschaftsgeschäfte sprechen. Die CVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass eine Zweckbindung – also das „Kässelidenken“ – nicht viel weiter bringt. Für die Musikschule hätte man dann nur noch jene Einnahmen, die aus den Schulgeldern stammen oder könnte man dann auch andernorts anzapfen? Das ist das Problem der „Kässeli“: Für jede Aufgabe gäbe es ein separates, und das entspricht durchaus nicht einer weitsichtigen Finanzpolitik. Im letzten Herbst hat dieser Rat eine Gesamtplanung verabschiedet, und in dieser sind auch Liegenschaftsverkäufe enthalten. Als Auswuchs dieser Gesamtplanung wurde dann auch dem Budget zugestimmt, und die Bevölkerung hat dieses Budget mit überwältigendem Mehr angenommen. In diesem sind auch Einnahmen aus Liegenschaftsgeschäften enthalten, die nicht in ein „Kässeli“ fliessen, sondern in die Gesamtkasse. Es entspricht daher wohl auch der Volksmehrheit, wenn diese Motion abgelehnt wird.

Finanzdirektor Stefan Roth: Der Stadtrat wird inskünftig einige Herausforderungen zu meistern haben, in allen Dimensionen. Das bedeutet, dass die Ressourcen, die alles notwendig machen, auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden müssen. Das heisst mit anderen Worten,

dass man ausgewogen an die Thematik herangehen muss; man muss schauen, was priorisiert gemacht werden kann und das Ganze unter dem Motto, dass die Stadt weiterhin, wie es in der Gesamtplanung heisst, im Gleichgewicht ist. Es wird nach Annahme dieser Initiative auch über die Wohnraumpolitik zu diskutieren sein. Der Stadtrat sagt in der Antwort klar, dass er die GSW unterstützen wird, aber eben nicht über Fondslösungen, sondern über die laufende Rechnung, und zwar dann, wenn die GSO auch tatsächlich die Mittel für eine ganz konkrete Akquisition braucht. Landkäufe wurden angesprochen. Auch diesbezüglich hat der Stadtrat mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass man sich darüber unterhalten muss, was es für Instrumente braucht, um rascher am Markt reagieren zu können. Das bedingt vielleicht, dass er eine grössere Kompetenz erhält, denn auf dem Immobilienmarkt bewegt sich die Stadt im Wettbewerb; sie ist nicht allein Nachfragerin. Auch das werden künftige Herausforderungen sein.

Baudirektor Kurt Bieder ist vom SP/JUSO-Sprecher direkt angesprochen worden und möchte eine Antwort geben. Es ist sehr richtig, dass die Liegenschaftenpolitik, die gemeinsam im Jahr 2005 – vielleicht nicht einstimmig, aber sicher grossmehrheitlich – beschlossen wurde, überprüft und allenfalls angepasst wird. Der Sprechende wird dann nicht mehr dabei sein, wird das aber aufmerksam in der Zeitung verfolgen; er hat den Eindruck, dass die damals miteinander verabschiedete Liegenschaftenpolitik gar nicht so schlecht ist. Man müsste sie wieder einmal lesen und sich damit auseinander setzen. In Ergänzung zu dem, was Thomas Gmür sagte, sei daran erinnert, dass die Stadt bei jedem Liegenschaftengeschäft nicht einfach nur gewinnorientiert handelt. Natürlich wird darauf geachtet, ein anständiges Entgelt zu bekommen – das gehört dazu, wenn man die Interessen der Stadt verfolgt –, aber zusätzlich wird mit einem Geschäft immer auch die Strategie, wie sie in der Gesamtplanung aufgezeigt ist, unterstützt. Jedes Geschäft, das diesem Parlament vorgelegt worden ist, hatte insbesondere auch das zum Inhalt und ist in aller Regel von einer grossen Mehrheit dieses Rates getragen worden. Eine grosse Strategie ist, dass die Wohnstadt gefördert werden soll. Mit den Liegenschaften soll ein Beitrag geleistet werden, damit das Angebot vergrössert wird. Einer der grössten Fehler aus Sicht des Sprechenden und auch nach Meinung des Stadtrates war, dass Land brach liegen zu lassen, es nicht zu überbauen, nichts daraus zu machen. Das ist natürlich kein haushälterischer Umgang. Vielleicht haben das die Ratsmitglieder vor einigen Tagen im Stadtanzeiger gelesen: Die Wohnraumpolitik geht auf die Jahre 1920/25 zurück, als die städtische Stimmbevölkerung entschied, dass nicht die Stadt selber Wohnraum schaffen soll, sondern dass dies den Wohnbaugenossenschaften überlassen werden soll. Das ist ein Grund, warum es in der Stadt Luzern 14 Prozent gemeinnützig verantworteten Wohnbau gibt – das viertbeste Resultat in der Schweiz. Die Stadt Luzern steht beim gemeinnützigen Wohnungsbau also an der viertbesten Stelle. Das ist zum Teil etwas unausgewogen dargestellt worden. Es stehen einzelne Instrumente zur Verfügung, um die Wohnraumsituation zu beeinflussen. Als der Stadtrat die neue Gemeindeordnung vorlegte, hat insbesondere die SP-Fraktion bekämpft, dass der Stadtrat mehr Kompetenzen erhält, um bei der Erwerbspolitik anders agieren zu können. Diese Kompetenzen hat der Stadtrat nicht erhalten. Das war ein bewusster Entscheid dieses Parlaments. Vielleicht wird es Manuela Jost gelingen, dass das Parlament dies

anders sieht. Der Stadtrat hat immer darauf hingewiesen, dass er mit „Waffen“ ausgestattet werden muss, wenn er agieren können soll auf dem Markt. Er hätte zum Beispiel gerne eine Liegenschaft an der Pilatusstrasse erworben, konnte es aber schlichtweg nicht, weil er die Möglichkeit gemäss den bestehenden Institutionen nicht hatte. Sie wurde dann anderweitig verkauft. Wenn man sich damit auseinandersetzt, sollte man die Situation umfassend diskutieren. Die Wohnrauminitiative war natürlich sehr verlockend. Wenn man der Bevölkerung sagt, man habe es in der Hand, dass das Ganze preisgünstiger wird und alle profitieren, hat der Sprechende Verständnis, dass die Stimmbevölkerung dazu Ja sagt. Die Umsetzung ist mit den Möglichkeiten, welche die Stadt hat, dann allerdings ausserordentlich schwierig. Etwas provokativ gesagt: Selbst wenn fünf SP-Mitglieder im Stadtrat sitzen würden und selbst wenn alle 48 Parlamentsmitglieder von der SP wären, wäre es unglaublich schwierig, die Anliegen dieser Initiative umzusetzen.

Dominik Durrer: Das ist natürlich ein sehr verlockendes Angebot, dass sich die SP so ausbreiten könnte. Interessanterweise wurde von den gleichen Kreisen, die jetzt sagen, dass die Umsetzung schwierig sei, gesagt wurde, der Gegenvorschlag sei eigentlich ganz nahe bei der Initiative, und diesen könne man relativ problemlos umsetzen. Da gibt es argumentative Lücken, die in der nächsten Legislatur vielleicht gemeinsam gefüllt werden können. Zur Frage der Instrumente und der Kompetenzen erneuert der Sprechende das Angebot der SP/JUSO-Fraktion, diese zu stärken, damit die Stadt sich zeitgerechter auf dem Liegenschaftenmarkt als Käuferin einbringen kann und Möglichkeiten hat, auch etwas zu erwerben. Dieser Diskussion gegenüber ist die Fraktion offen. Auf zwei Punkte aus der Diskussion möchte der Sprechende noch eingehen. Zuerst zur „Kässeli“-Diskussion: Wenn er sich nicht ganz falsch erinnert, hat eine Mehrheit dieses Rates die Auslagerung von HAS damit begründet, dass die Einnahmen zweckgerecht für Investitionen in und den Betrieb von HAS verwendet werden und sie nicht in einer gesamtstädtischen Prioritätensetzung abgewogen werden. Das ist dann allerdings kein „Kässeli“, sondern eine Kasse. Und wenn es schon um Wortspielereien geht: Nachhaltigkeit ist nur eine Gebäudehülle. Wenn bei Verkäufen darauf geachtet wird, dass das Minergie-Label dranhängt, ist das natürlich nicht abschliessend eine nachhaltige städtische Politik; die geht dann doch noch deutlich weiter.

Markus Helfenstein: Die Gegner dieser Initiative haben nicht gesagt, dass die Wohnungen laut Gegenvorschlag aus dem Ärmel geschüttelt werden können. Sie haben gesagt, dass die 1000 Wohnungen eine grosse Herausforderung sein werden. Bruno Koch von der ABL fragte: Wer baut die 1000 Wohnungen? Man sollte den Leuten richtig zuhören. Es wurde nicht gesagt, dem Gegenvorschlag sei locker nachzuleben; es wäre so oder so schwierig gewesen, die 1000 Wohnungen zu realisieren. Jetzt, wie es mit der Initiative daherkommt, ist es noch schwieriger.

Rolf Krummenacher entgegnet Dominik Durrer, dass das Beispiel mit den „Kässeli“ sehr an den Haaren herbeigezogen, ja fast demagogisch ist. Das ist kein „Kässeli“, sondern ein in sich geschlossener Kreislauf. Was will er denn bei der ewl und bei der vbl sagen, wenn diese Busse

kaufen oder in ihre Infrastruktur investieren? Das gehört zu ihrem Kerngeschäft. Die HAs können selber zu ihrem Geschäft und zu ihrer Infrastruktur schauen, aber das als „Kässeli“ zu bezeichnen, ist nicht legitim, denn die „Kässeli“, die der Sprechende oben angesprochen hat, haben ganz andere Namen, und in diese müsste man „hineingehen“; in der GPK wurde schon einmal darüber diskutiert.

Die Motion 239 wird abgelehnt.

- 10. Postulat 281, Ivo Durrer und Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion sowie Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. Januar 2012:**
Massnahmen bei Arbeitsvergaben und Beschaffungen von Unternehmungen mit eigenem Stammpersonal

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass bezüglich Überweisung kein anderslautender Antrag gestellt wird und das Postulat 281 somit an den Stadtrat überwiesen ist.

Ivo Durrer: Die Begründungen des Stadtrates sind inhaltlich und wohl auch rechtlich korrekt. Im Grundsatz ist der Sprechende damit einverstanden. Erstaunlich ist, dass der Stadtrat die 50-Prozent-Regelung ablehnt, dies mit der Begründung, diese Massnahme sei unzweckmässig. Erstaunlich ist dies deshalb, weil das Astra diese Regelung seit Jahren durchsetzt. Bezüglich Gus und ARGEs können problemlos Sonderregelungen getroffen werden. Es ist festzustellen, dass der Stadtrat nicht weiss, was zurzeit auf dem Bau abgeht. Die erwähnte Selbstdeklaration ist ein eigentliches Lügenblatt, welches leider nicht kontrolliert und schon gar nicht durchgesetzt wird. Wer kontrolliert schon, wer für wen auf den Baustellen arbeitet? Der Sprechende persönlich hat es noch nie erlebt, dass auf einer Baustelle eine diesbezügliche Kontrolle stattgefunden hat.

Es gibt Firmen, welche über kein eigenes oder über ungenügend Stammpersonal verfügen und Grossaufträge annehmen. Aufträge werden dann an so genannten Unterakkordanten und Scheinselbstständige weitervergeben. Preise und Qualität sinken; der Wettbewerb wird verzerrt. Wer mit eigenem Stammpersonal arbeitet, ist in diesem Fall der Geprellte. Soziale Verantwortung und Arbeitsplatzsicherheit kontra Billiglohnvergaben.

Es wäre zudem nicht förderlich für die Stadt, wenn eine Kontrolle der tripartiten oder der paritätischen Berufskommission solche unrühmlichen Fälle aufdecken und die Stadt als Auftraggeberin in ein schlechtes Licht stellen würde. Die Stadt hat eine grosse Verantwortung und hat diese wahrzunehmen. Die Stadt als Auftraggeberin muss dieser negativen Entwicklung entgegenwirken und Missbräuche sanktionieren. Firmen, welche falsche Angaben machen und ohne Bewilligung der Auftraggeberin Aufträge für die Stadt ausführen, sind vom Wett-

bewerb auszuschliessen.

Der Sprechende erwartet, dass diesem Umstand in den Werkverträgen verbindlich und unmissverständlich Rechnung getragen wird. Dass das Postulat überwiesen wird, ist eine logische Konsequenz. Der Abschreibung opponiert er, da die Massnahmen zuerst umgesetzt werden und greifen müssen.

Marcel Budmiger möchte sich zur Solidarhaftung äussern. Der Stadtrat weist in seiner Antwort zum Postulat, das eben überwiesen worden ist, darauf hin, dass es bereits genug Instrumente gegen Scheinselbstständige und nicht gemeldete Subunternehmen gebe. Immer mehr Unternehmer, Gewerkschaften und selbst die Parteipräsidenten der schweizerischen CVP und der FDP sehen das aber anders. Bekanntlich will man jetzt in Bern auch etwas machen; es ist etwas in der Pipeline. Aber es gibt in Bern einige „Slalomfahrer“, weshalb die Einführung der Solidarhaftung im Herbst leider alles andere als gesichert ist. Die Stadt könnte da ein Zeichen setzen: Schweizer Unternehmen, die zu Schweizer Bedingungen offerieren, sollen weiterhin konkurrenzfähig sein können. Eine einzige Klausel im Submissionsvertrag würde das eigentlich schon bewerkstelligen; Erfahrungen in anderen Schweizer Städten bestehen, im Ausland auch. Gemäss der Antwort ist der Stadtrat aber nicht gewillt, die Solidarhaftung einzuführen. Damit stellt sich die Frage, weshalb er das Postulat trotzdem zur Annahme empfohlen hat. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Abschreibung dieses Postulates deshalb ab, damit der Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung noch einmal die Chance hat, ein klares Zeichen gegen Lohndumping zu setzen.

Christian Hochstrasser: Das Meiste wurde von Ivo Durrer und Marcel Budmiger gesagt. Die G/JG-Fraktion betrachtet die Antwort als differenziert und gut, aber der Stadtrat sagt, die Hauptforderung des Postulates sei nicht zweckmässig. Umso mehr erstaunt es, warum er die Schlussfolgerung zieht, dass er das Postulat entgegennehmen will. Der Rat hat das Postulat in der Zwischenzeit überwiesen, umgesetzt ist es aber nicht, weshalb die G/JG-Fraktion gegen dessen Abschreibung ist.

Das Postulat 281 wird nicht abgeschrieben.

- 11. Postulat 270, Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, Franziska Bitzi Staub und Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion und Manuela Most namens der GLP-Fraktion, vom 20. Dezember 2011:
Kontrollen gegen Lohndumping**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass bezüglich Überweisung kein anderslautender Antrag gestellt wird und das Postulat 270 somit an den Stadtrat überwiesen ist.

Marcel Budmiger: Hier liegt das gleiche Problem vor: Der Stadtrat hat das Postulat entgegen-
genommen und der Grosse Stadtrat hat es soeben überwiesen, aber eigentlich hat der Stadt-
rat das Anliegen nicht unterstützt. Das Anliegen wären vermehrte Lohnkontrollen gegen
Lohndumping, und das auch bei einheimischen Unternehmen, weil es leider überall schwarze
Schafe gibt. Wenn der Stadtrat in seiner Antwort ausführt, dass bereits genügend getan wer-
de gegen Lohndumping, ist das eine relativ gefährliche Haltung. Denn der Unmut über
Lohndrücker nimmt zu, und mittlerweile hat man auch beim Bund gemerkt, dass die flankie-
renden Massnahmen Lücken haben. Werden die bestehenden Probleme kleingeredet, ge-
fährdet man mit dieser Haltung letztlich die bilateralen Verträge mit der EU. Würde das Pos-
tulat jetzt als erledigt abgeschrieben, würde das diesem Kleinreden von Problemen gleich-
kommen. Verkehrssicherheit schafft man auch nicht, indem man von den Neulenkern eine
Selbstdeklaration verlangt, dass sie die Verkehrsregeln einhalten, und dann haben sie freie
Fahrt und niemand kontrolliert, sondern man muss auch Radarkästen aufstellen oder Polizis-
ten müssen kontrollieren. Das Gleiche gilt beim Lohndumping. Auch da gilt der Grundsatz
„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“.

Christian Hochstrasser: Die Einhaltung von Regeln und Vertragsbestandteilen, wie schon im
vorherigen Postulat besprochen, ist eine wichtige Aufgabe. Eine klare Zeichensetzung, dass
Kontrollen vorgenommen werden, führt zu gegenseitiger Marktbeobachtung – so steht es im
Postulat – und der Stadtrat zeigt auf, welche Mechanismen spielen und wo aus seiner Sicht
kein Handlungsbedarf besteht. Das Postulat fordert, dass der Stadtrat die Einhaltung der
Vergabekriterien nach erteiltem Zuschlag mit Kontrollen durchsetzt. Der Stadtrat schreibt, die
Durchführung sei aufgrund der Rechtslage nur in Einzelfällen möglich. Trotzdem nimmt er
das Postulat entgegen – auch hier ist wieder auf denselben Widerspruch hinzuweisen. Die
G/JG-Fraktion ist einverstanden mit dem Inhalt des Postulates, darum ist es ja auch überwie-
sen worden, und damit, dass Kontrollen vorgenommen werden. Es jetzt abzuschreiben wäre
falsch; sie ist gegen dessen Abschreibung.

Markus Helfenstein: Mit den Worten von Marcel Budmiger, „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist
besser“, erachtet auch die CKVP-Fraktion die geforderten Kontrollen als absolut nötig. Dabei

können auch Kontrollorgane wie z. B. paritätische Berufskommissionen oder tripartite Kommissionen beigezogen werden. Als weitere Massnahme kann bereits vor der Auftragserteilung bei den zuständigen paritätischen Berufskommissionen nachgefragt werden, ob gegen einen Bewerber Einwände bezüglich Einhaltung von GAV-Bestimmungen vorliegen oder nicht, und zwar nur für die ersten zwei Bewerber; man muss dieses „Spiel“ nicht für alle durchziehen. Gemäss Auskunft der paritätischen Berufskommission für das Bauhauptgewerbe macht aber die Stadt Luzern entgegen den Ausführungen auf Seite 3 der Stellungnahme des Stadtrates immer noch sehr spärlich von dieser Dienstleistung Gebrauch. Das ist schade, denn nur eine aktuelle Bestätigung ist verlässlich. Das sagt der Stadtrat in seiner Antwort ja selber, wenn er das Thurgauer Modell mit der ständigen Liste – eben dem so genannten Persilschein – als nicht tauglich beurteilt. Die Aussage, dass Reputation, Bonität, Qualität, Arbeit und Leistungsfähigkeit der meisten Anbieter den zuständigen Stellen bekannt sind, ist ein Klassiker. Das darf aber nicht davon abhalten, dass man vor jeder Auftragsvergabe die nötigen Auskünfte einholt und die Firmen bezüglich GAV-Konformität periodisch überprüft oder überprüfen lässt. Die CVP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulates, aber nicht für dessen Abschreibung. Der Nachweis über die Einhaltung dieser Bestimmung und über Kontrollen nach dem erteilten Zuschlag muss klarer geregelt und vor allem auch gelebt werden. Diesbezüglich erwartet die CVP-Fraktion gelegentlich eine Vollzugsmeldung.

Ivo Durrer schliesst sich dem Vorredner an. Die FDP-Fraktion ist ebenfalls mit der Überweisung einverstanden und opponiert gegen die Abschreibung.

Manuela Jost schliesst sich ebenfalls den Vorrednern an. Es ist absolut wichtig, dass richtig kontrolliert wird. Lohndumping ist inakzeptabel und passt nicht zu einem verantwortungsvollen Staat; die Stadt hat da eine Verantwortung. Die GLP-Fraktion ist ebenfalls für Überweisung und Nichtabschreibung. In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, dass zum Thema öffentliches Beschaffungswesen an der Hochschule Luzern Wirtschaft Vorarbeiten gestartet worden sind zu einem Forschungsprojekt, das die Unternehmensethik im Bereich öffentliche Verwaltung insbesondere am Beispiel des öffentlichen Beschaffungswesens untersucht, und solche Themen werden dabei sicher auch behandelt.

Das Postulat 270 wird nicht abgeschrieben.

12. Interpellation 272 und Postulat 276

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch schlägt diese beiden Vorstösse gemeinsam zu diskutieren. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.

**12.1 Interpellation 272, Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion, vom 22. Dezember 2011:
Zebrastreifen in Luzern: Sind auch unsere Fussgänger einem hohen Unfallrisiko ausgesetzt?**

**12.2 Postulat 276, Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012:
Neugestaltung der Fussgängerstreifen zur Verbesserung der Sicherheit**

Der Stadtrat nimmt das Postulat 276 entgegen.

Hugo P. Stadelmann: Der Interpellant und auch die FDP-Fraktion sind mit den Antworten des Stadtrates auf die Interpellation 272 einverstanden. Sie sind aber auch mit den Antworten auf das Postulat 276 und mit dessen Überweisung einverstanden. Für die ausführlichen Antworten und die geplanten Aktivitäten danken sie dem Stadtrat. Sie sind sich bewusst, dass die Überprüfung sämtlicher 650 Fussgängerstreifen und die Realisierung von Massnahmen zeit- und kostenintensiv ist. Im Sinne einer Verbesserung der Sicherheit und des Verhinderns von weiteren tödlichen Unfällen erachten sie die entstehenden Kosten aber als gerechtfertigt. Im Weiteren sind sie sich auch bewusst, dass auch noch so sichere Fussgängerstreifen kein Garant für ein unfallfreies Überqueren der Zebrastreifen sind. Der Fussgänger hat zwar Vortritt, darf aber sein Recht nicht erzwingen und nicht einfach auf die Strasse laufen. Aber auch der Autofahrer (und der Velofahrer) ist (sind) in der Pflicht, dem Fussgänger den Vortritt zu gewähren, wenn dieser vor dem Fussgängerstreifen steht und die Strasse zu überqueren wünscht. Ein verstärktes Augenmerk der Polizei auf diesen Sachverhalt und ein vermehrtes Einschreiten (inkl. das Aussprechen von Bussen bei krassen Verstössen) wäre sicher ebenfalls im Interesse der Sicherheit. Übrigens führt der TCS am 9. Juli 2012 einen eigenen neutralen Fussgängerstreifentest in Luzern durch. Dies vor allem deshalb, weil Luzern schlecht abgeschnitten hat. Man sei gespannt auf dessen Resultate. Vielleicht ergibt sich ja aufgrund der Resultate ein Anknüpfungspunkt zur Stadt Luzern zur Realisierung von Massnahmen.

Markus Mächler: Die beiden Vorstösse, um die es hier geht, wurden aufgrund von tödlich verlaufenen Unfällen auf Zebrastreifen in der Stadt Luzern im letzten Spätherbst eingereicht. Die Betroffenheit war gross, auch in der CVP-Fraktion, und sie ist es heute noch. Es muss eigentlich selbstverständlich sein, dass die Behörden immer wieder überprüfen, analysieren und verbessern, gerade auch im Verkehrsbereich. Als Präsident der Verkehrskommission konnte sich der Sprechende aber immer wieder selber davon überzeugen, dass die mit der Verkehrssicherheit betrauten Personen in der Verwaltung sehr umsichtig sind und ihre Aufgabe ver-

antwortungsvoll gelöst haben und das eigentlich auch immer noch tun. Ein Beispiel dafür: Der Sprechende war der Meinung, dass eine potenzielle Gefahr bestehe beim Abbiegen bei der Einmündung von der Moosstrasse in die Obergrundstrasse. Er hat das gemeldet; das wurde innert zweier Tage analysiert, seine Hinweise als teilweise richtig empfunden, und es wurde ummarkiert, um genau diese Gefahr zu entschärfen. Ihn erstaunte, dass dies so schnell ging; er war aber sehr glücklich darüber und kann der Verwaltung damit ein Lob aussprechen. Allerdings kann die Verwaltung und auch die Technik Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern nie ausschliessen, nie verhindern. Damit muss man lernen zu leben.

Nun soll durch dieses externe Büro eine vertiefte Überprüfung von kritischen Zebrastreifen erfolgen. Die CVP-Fraktion kann diese Untersuchung unterstützen, und wenn sich eine Verbindung, ein Benchmark, zu Verbänden ergibt, die so etwas ebenfalls tun, wie das der TCS macht, ist sogar ein Vergleich mit anderen Städten möglich. Solche Zusammenarbeit ist natürlich sehr zu befürworten. Was die Fraktion allerdings nicht unterstützen kann, im einen Vorstoss aber auch gefordert wird, ist eine für die Stadt Luzern speziell festgelegte Regelung mit bisher unüblichen Markierungen. Hier gilt es, sich genau an die Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Bundes zu halten; alles andere würde die Verkehrsteilnehmer verunsichern, nicht schützen, und würde die Gefahren eher sogar noch erhöhen. Festgehalten werden soll an dieser Stelle allerdings auch, dass der Druck in der Öffentlichkeit manchmal gross ist, etwas Schnelles und darum vielleicht nicht ganz Konformes zu machen. Der Sprechende denkt da beispielsweise an Quartiervereine oder bestimmte Bewohnergruppen, die solche Forderungen stellen, und die dann die Risikoabwägung, welche die Verwaltung dann macht, sogar noch medial unterstützen und Druck aufsetzen, und dann wird es sehr schwierig. Das Fazit der CVP-Fraktion: Die Haltung des Stadtrates scheint ihr zielführend, sinnvoll zu sein, und die Fraktion unterstützt sie. Auch mit der ausserordentlichen externen Unterstützung ist sie einverstanden, auch wenn das ein paar Franken kostet. In diesem Sinne wird sie das Postulat 276 an den Stadtrat überweisen.

Nico van der Heiden: Auf nationaler Ebene gibt es die Vision Zero. Sie besagt, dass jeder Tote auf der Strasse einer zu viel ist. Das sollte man auch in der Stadt Luzern umsetzen, und da ist ein gewisser Widerspruch zum Vorredner zu sehen. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht der Meinung, dass man damit leben können muss, sondern die Stadt muss alles daransetzen, was sie kann, um Unfälle zu vermeiden. Dass Fussgängerstreifen nicht immer die Sicherheit bieten, die sie besprechen, ist eine traurige Tatsache. Das sollte die Stadt aber nicht daran hindern, alles zu unternehmen, was sie kann. Insbesondere Temporeduktionen haben erwiesenermassen einen Einfluss auf die Häufigkeit von Unfällen bei Fussgängerstreifen und – fast noch wichtiger – auch auf die Schwere der Verletzungen, wenn es dann leider doch zu einem Unfall kommt. Je geringer die Geschwindigkeit, desto geringer die Verletzungen.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er das Postulat entgegennimmt und die Fussgängerstreifen in der Stadt überprüfen will und dass er zusätzliche Massnahmen ergreift, wo das notwendig ist. In der Vergangenheit ist das leider noch zu wenig passiert. Man weiss es, die Stadt Luzern steht im Städtevergleich in dieser Rangliste leider zu weit oben. Auch hat man – so erinnert sich der Sprechende – bei der Sanierung des Cityrings versprochen, das

Problem beim Fussgängerstreifen auf der Obergrundstrasse vor dem Stadthaus anzugehen. Nach seiner subjektiven, nicht fundierten Auffassung, ist dieser Fussgängerstreifen über vier Spuren ohne Mittelinsel sehr gefährlich; gegangen ist bis heute dort nichts. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Stadtrat auch in seiner Position, dass die Aufhebung von Fussgängerstreifen die absolute Ausnahme bilden soll. Es sind zuerst alle anderen Massnahmen zu prüfen, denn die Logik, dass sich der Fussgänger dem Autoverkehr anpassen muss, ist heute Gott sei Dank passé. Aber auch in diesem Rat wurde das Recht des motorisierten Individualverkehrs auf möglichst schnelles Fortkommen schon höher gewichtet als die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger: Die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen haben es abgelehnt, Tempo 30 auf jenen Strassen zu prüfen, auf denen es zu tragischen tödlichen Unfällen gekommen ist, und auch der Interpellant, der sich lobenswerter um das Unfallrisiko der Fussgänger kümmert, hat bei der damaligen Diskussion im Rat darauf verwiesen, dass das im Rahmen des Agglomerationsprogramms angeschaut werden könne, also später. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich, wenn nun auf bürgerlicher Seite ein entsprechendes Umdenken stattgefunden hat und ein gemeinsamer Einsatz für die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer möglich ist. In diesem Sinne ist sie ebenfalls für die Überweisung des Postulates.

Ali R. Celik: Die G/JG-Fraktion begrüsst die positive Haltung des Stadtrates zur Interpellation, zum Postulat und zu dessen Entgegennahme. Das Postulat wurde im Gegensatz zur Aussage von Markus Mächler nicht nur vor dem Hintergrund der zahlreichen Unfälle auf Fussgängerstreifen gegen Ende 2011 eingereicht, sondern auch aufgrund dessen, dass im Alltag solche Probleme in der Bevölkerung oft ein Thema sind. Dass Fussgängerstreifen nicht alle Sicherheitsfragen lösen können, ist der Fraktion bewusst. Sie sind aber ein wichtiger Faktor in der ganzen Komplexität. Auch der Stadtrat weist in der Antwort auf die Interpellation darauf hin, dass Fussgängerstreifen in der Stadt Luzern für die Sicherheitsfrage, insbesondere im Bereich von Kreisverkehrsplätzen, nicht optimal sind. Die Unfälle von Fussgängerinnen und Fussgängern können nicht immer mit menschlichem Versagen erklärt werden. Es hat vor allem mit Platzmangel für Fussgängerinnen und Fussgänger, aber auch mit zu dichtem Verkehr im Agglomerationszentrum Luzern zu tun. Die G/JG-Fraktion begrüsst die Haltung des Stadtrates, dass er Bemühungen unternimmt, um ein ausreichendes Sicherheitsniveau für Fussgängerstreifen sicherzustellen. Es ist auch wichtig, dass die ewl in die Überprüfung der beleuchtungstechnischen Aspekte mit einbezogen wird.

Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt von sich aus keine Pilotprojekte initiieren kann, wenn es sich um neue Formen von Massnahmen handelt, da diese an die eidgenössischen Gesetze und Normen gebunden sind. Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme schildert, existieren in der Stadt Luzern Fussgängerstreifen, die nicht dem Sicherheitsoptimum entsprechen und die die Lancierung neuer Ideen erfordern. Die G/JG-Fraktion ist der Auffassung, dass der Stadtrat die Lancierung neuer Ideen in die Wege leiten und deren Umsetzung beim Bundesamt für Strassen anfragen kann. Der Fraktion ist bewusst, dass bei der Umsetzung bzw. Verbesserung der Fussgängerstreifen finanzielle und personelle Ressourcen eine wichtige Rolle spielen. Es darf nicht sein, dass aus Ressourcengründen die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Fuss-

gängerstreifen bzw. für den Fussverkehr vernachlässigt werden.

András Özvegyi: Die Grünliberale Fraktion dankt ebenfalls für die Antworten und die Informationen auf die Interpellation und das Postulat. Sie wird den Stadtrat in seinen Tätigkeiten zur Verbesserung der Sicherheit der Fussgänger selbstverständlich auch unterstützen. Zu den Antworten noch einige Bemerkungen: Die Sicherheit bei Fussgängerstreifen muss immer beachtet werden. Häufen sich irgendwo Unfälle, muss die Situation vor Ort überprüft werden. Jeder Verkehrsplaner weiss, dass es bei Anpassungen einer Strasse oder eines Knotens zu den Grundlagen gehört, die Unfallstatistik der Polizei einzufordern. Das ist das Thema der Frage 1 der Interpellation: Das macht man nicht erst heute, sondern schon seit zwanzig, dreissig oder vierzig Jahren so. Zur Frage 2, zu Fussgängerstreifen, die besonders heikel sind, teilt die GLP-Fraktion die Antwort des Stadtrates, dass es vor allem dort heikel ist, wo der Verkehrsteilnehmer überfordert ist. Das ist speziell bei Kreisverkehr der Fall. Auf Luzern bezogen kann man das täglich beim Bundesplatz beobachten. Ein wirksames Mittel für mehr Sicherheit ist – das wurde in diesem Rat schon verschiedentlich gesagt, und dazu ist auch eine Motion hängig – ist eine Temporeduktion, das heisst: Tempo 30. Das überfordert viele Leute weniger. Neben dem Risiko, das kleiner werden würde, käme hinzu, dass die Unfallschwere, sollte es doch zu einem kommen, geringer wäre. Generell möchte der Sprechende zu diesem Thema die 3-V-Regel in Erinnerung rufen: Verkehr vermeiden, verlagern, verträglicher machen. Hier geht es eigentlich um den dritten Punkt: verträglicher machen durch weniger Unfälle. Man sollte nie vergessen, dass man den Verkehr vermeiden oder verlagern sollte.

Noch ein letzter Punkt: Die grösste Gefahr, von Fachleuten bestätigt, ist die Unvorsichtigkeit von Autofahrern. Man kann z. B. wenn man auf dem Luzernerhof auf den Bus wartet, feststellen, was abgeht, wenn die Autos um die Kurve kommen: Da wird z. B. am Handy hantiert, was eines der grössten Risiken ist. Das Handyverbot wird eigentlich nicht durchgesetzt; fast jeder zweite Autofahrer ist dort am Telefonieren und versucht, mit einer Hand am Steuer um diese Ecke zu fahren. Auch das Telefonieren am Steuer mit einer Anlage ist nicht unproblematisch. Oder das Herumhantieren am Autoradio, wie der Sprechende bei sich selber feststellt, weil er den Sender wechseln will, weil zu viel Werbung kommt. Da ist man schon wieder unvorsichtig. Weitere Ablenkungen vom so gefährlichen Strassenverkehr sind Rauchen im Auto oder lautes Musikhören.

Joseph Schärli: Es ist davon auszugehen, dass alle Verkehrsteilnehmer eine Eigenverantwortung haben. Da ist auch der Fussgänger mit eingeschlossen. Wesentlich ist, dass die Antworten des Stadtrates aussagekräftig sind und dieser bereit ist, die Prüfung der Fussgängerstreifen an die Hand zu nehmen; den entsprechenden Auftrag hat er dem Tiefbauamt bereits erteilt, wie aus der Antwort hervorgeht. Das ist ein leidiges Problem, weil die Fussgängerstreifen zu wenig stark beleuchtet oder sie nicht am richtigen Standort sind. Auch ein Fussgänger muss manchmal etwas laufen; er kann nicht einfach auf die Strasse hinaus gehen, wo er will. Wenn gefordert wird, Tempo 30 einzuführen, um den Fussgänger besser zu schützen, ist die SVP-Fraktion absolut dagegen. Man fahre doch einmal in Stosszeiten durch die Stadt: Man fährt mit Tempo 10 oder 20; Tempo 30 kann gar nicht eingehalten werden, man muss langsa-

mer fahren. Nachts hat es viel weniger Fussgänger auf den Strassen, und dann ist Tempo 50 angezeigt. Dass man die Beleuchtung an Orten, wo der Fussgänger besonders gefährdet ist, überprüft, scheint der SVP-Fraktion richtig. Aber das überall durchzuführen wäre sehr kostenintensiv. Es gibt sicher einzelne Stellen, wo man das überprüfen muss auch diesbezüglich, damit man den Fussgänger bei entsprechender Witterung besser erkennt. Der Fussgänger selber muss sich aber auch korrekt verhalten: Er darf nicht provozieren, über die Strasse schlendern usw. Wer durch die Baselstrasse fährt, sieht, wie dort über die Strasse geschlendert wird, teilweise mit Ohrmuscheln oder mit dem Handy telefonierend. Beim Bundesplatz ist es genau dasselbe; das hat der Sprechende schon mehrfach selber beobachtet. Oder Velofahrer fahren bei Rotlicht einfach durch, egal, was passiert, oder sie fahren mit dem Velo auf das Trottoir und gefährden dort die Fussgänger. Dann heisst es immer, der Autofahrer sei schuld. Der Autofahrer ist nicht immer schuld. Es haben alle eine Eigenverantwortung im Verkehr, der heute recht intensiv ist. Auch die Fussgänger können mit ihrem Verhalten zur Verkehrssicherheit beitragen. Die SVP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt und sie dankt ihm für die ausführlichen Stellungnahmen zu beiden Vorstössen.

Markus Mächler möchte auf das Votum von Nico van der Heiden reagieren, der ihn als Voredner zitiert hat, und zwar in dem Sinne, dass man lernen müsse, mit Todesfällen im Verkehrsbereich leben zu lernen. Markus Mächler hat aber etwas anderes gesagt, und er zitiert sich selbst: „Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern können wir, kann die Verwaltung, kann die Technik nie ausschliessen, nie verhindern, Damit müssen wir leben lernen.“ Er kann also unmöglich damit gemeint gewesen sein, weshalb er ihm deshalb auch gar nicht böse ist. Dann noch ein Tipp: Er hat die Frage des Zebrastreifens auf der Obergrundstrasse in den Raum gestellt: Da gibt es zwei segensreiche Einrichtungen dazu: Die eine sind die Kommunikationsmittel. Es gibt Telefon oder E-Mail, und die Leute von der Verkehrsplanung geben gerne Auskunft zu Fragen, die im Raume stehen und die schon lange gestellt worden sind. Die zweite ist die Verkehrskommission. Da war aber von der SP – und da sind mehrere Mitglieder der SP dabei – diese Frage noch nie zu hören. Da könnte man das auch melden, und das würde sogar traktandiert. Solche Fragen gehören eigentlich in die Verkehrskommission.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Natürlich ist es so, dass alle Verkehrsteilnehmenden auch verantwortlich sind für die Sicherheit, aber es ist auch eine Tatsache, dass die Fussgänger/innen die schwächsten Verkehrsteilnehmer/innen sind. Hier stehen sie im Zentrum; sie, von denen man eigentlich relativ wenig spricht. Man spricht vom MIV, vom ÖV, vom Veloverkehr, aber in einer Stadt ist es wichtig, dass jene, die zu Fuss gehen, im Mittelpunkt stehen. Die Zusammenarbeit mit dem TCS bei der Überprüfung der Zebrastreifen ist geplant. Die Stadt hat ja auch ein Projekt, und die UVS-Direktorin ist nach der heutigen Diskussion sicher, dass der Stadtrat diesem zustimmen wird. Es wurde in der Verkehrskommission schon vorgestellt. Dieses Projekt steht auch im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept; ein Punkt ist dort neben dem Thema Tempo das Thema Verkehrssicherheit, und das wird nicht irgendwann gemacht, sondern dazu hat dieser Rat an seiner letzten Sitzung den Startschuss gegeben. Bezüglich Handykontrollen gibt es immer wieder die gleichen Diskussionen. Offen-

sichtlich ist der Mensch so, dass er sich nicht an Regeln hält. Die Luzerner Polizei macht aber regelmässig Kontrollen: einmal bei den Velos, dann ob mit Handys telefoniert wird, einmal wegen zu schnellen Fahrens usw. Es werden sehr regelmässig Kontrollen gemacht, aber es ist natürlich nicht so, dass alle 50 Meter ein Polizist steht. Auch hier gilt, dass man selber verantwortlich ist und diese Verantwortung auch wahrnimmt.

Die Überprüfung wird also durchgeführt, nicht zuletzt auch, weil sowohl Stadt als auch Kanton Luzern – das Astra hat eine Überprüfung gemacht und das nicht aktiv kommuniziert, aber mitgeteilt – bei den Verkehrsunfällen auf Platz 1 sind. Und zwar mit Abstand auf Platz 1. Es wird aber auch der Benchmark überprüft, ob unter gleichen Voraussetzungen und auf gleiche Art gezählt wurde. Die Stadt möchte aber in diesem Bereich auf jeden Fall besser werden.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass zum Postulat 276 kein Ablehnungsantrag vorliegt und dieses somit an den Stadtrat überwiesen ist.

Die Interpellation 272 ist damit erledigt.

13. Postulat 275, Ali R. Celik und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012:

Die Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger auf den Trottoirs der Strasse Inseliquai soll verbessert werden

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Ali R. Celik: Diese Stellungnahme ist im Gegensatz zur vorhergehenden irritierend und inhaltlich nicht logisch nachvollziehbar. Im ersten Teil der Stellungnahme wird das Problem vom Stadtrat klar definiert. Er sieht es auch als Problem, dass die Passage unter der Arkade zu eng ist und die Benützung durch Fussgänger mit dem Bezug von Citybay und Universität zugenommen hat, dass eine Ausweitung der Passage wünschenswert wäre. Diesen Punkt hat sogar die Luzerner Zeitung aufgenommen. Im zweiten Teil aber setzt der Stadtrat dann einen völlig anderen Akzent; er sucht quasi einen Umweg, warum er das Postulat nicht annehmen möchte: Die Problemstellung des Stadtrates wird von diesem wieder relativiert. Die Fussgänger seien in der Lage, sich angemessen zu verhalten, oder es gebe beim Inseli äusserst attraktive Alternativen durch den Park oder dem See entlang zu laufen, durch einen Spaziergang um die Werft herum usw., dann habe man das Problem gelöst. Wenn der Stadtrat dort selber einen Spaziergang gemacht hätte, hätte er wahrscheinlich eine andere Antwort gegeben. Das Parkieren sei verboten im Güterumschlag: Wer dort täglich vorbeigeht oder vorbeifährt, sieht dort – ob verboten oder nicht – dauernd Parkierende.

Dass die gemeinsame Benützung von Fussgängern und Zubringerdiensten eine Gefahr ist, ist neu: Das ist in der ganzen Neustadt eigentlich überall so: Zubringerdienste laden Sachen ab und gleichzeitig gibt es dort Fussgänger. Warum das beim Inseliquai ein Problem wäre, ist auch nicht nachvollziehbar. Im Vorstoss wurde nicht verlangt, dass der Stadtrat eine Regelung

erlassen soll, wo sich Fussgängergruppen aufzuhalten haben, sondern es wurde eine Umgestaltung gefordert. Diesbezüglich weicht der Stadtrat wieder aus. Das ist nicht glaubwürdig, weil der Stadtrat vor zwei Wochen einen Bericht zum Gesamtverkehrskonzept vorlegte und diskutieren liess und zwar weil man in der Stadt bei allen Arten von Verkehr, auch dem Fussverkehr, Probleme feststellte. Hier stellt der Stadtrat das Problem fest, lehnt das Postulat aber trotzdem ab. **Die G/JG-Fraktion hält an der Überweisung fest.**

Marcel Lingg: Offensichtlich nehmen die Auswirkungen der Verkehrsbelastung in der Stadt Luzern neue Dimensionen an. Es ist nicht nur so, dass die vbl-Busse sich bei der direkten Zufahrt zum Bahnhof gegenseitig behindern. Es ist nicht so, dass nur noch die Autos im Stau stehen, Stossstange an Stossstange. Es ist nicht nur so, dass es Sicherheitsprobleme auf den Fussgängerstreifen gibt. Nein, offensichtlich behindern sich die Fussgänger an neuralgischen Stellen nun massiv gegenseitig. Ganz neu ist dieses Phänomen eigentlich nicht: Es ist bekannt, dass z. B. an Fasnachtstagen auf dem Rathaussteg ein Einbahnregime für Fussgänger eingeführt und durchgesetzt werden musste, und es gibt auch bereits Prognosen für den nächsten Samstag, die auf der Achse Bahnhof–Schwanenplatz–Schweizerhofquai trotz des Zurverfügungstellens von vier zusätzlichen Autofahrbahnen massive gegenseitige Behinderungen von Fussgängern vorsehen. Aber um ernst zu bleiben: Nach Ansicht der SVP-Fraktion besteht beim Inseli schlichtweg kein Fussgängerproblem. Die Problematik, die im Postulat aufgeworfen wird, ist ihr nicht bekannt. Dementsprechend braucht es keine zusätzlichen baulichen Massnahmen oder Erweiterungen zur Erstellung von Gehweganlagen. Es braucht nach ihrer Ansicht weder Gebote noch zusätzliche Verbote, die ein neues Fussgängerregime vorsehen. Die SVP-Fraktion empfiehlt dieses Postulat daher zur Ablehnung, und sie geht weiterhin davon aus, dass die Fussgänger – ob am Altstadtfest entlang der Seebrücke oder im Alltag entlang dem Inseli – sich problemlos miteinander und gegeneinander bewegen können.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für das Postulat und stellt fest, dass sie mit der Antwort des Stadtrates nicht zufrieden ist und für die Überweisung des Postulates ist. Wer es nicht glaubt, flaniere doch am Abend mit einem Partner auf dem linken Ufer – und zwar nicht an der Fasnacht und nicht am Altstadtfest, sondern an einem normalen Abend, und er wird erkennen, wie schwach der Stellenwert des Fussgängers, des schwächsten Verkehrsteilnehmers, dort ist. Es werden nicht einmal zwei Personen nebeneinander gehen können, und wenn sie am Abend zurückgehen, haben sie hinter den Säulen „Überfallverstecke“, sie werden sich bedroht fühlen. Es ist richtig: Die Fussgänger gehören dort auf ein breites Trottoir. Es ist auch richtig, dass die Einbuchtungen für den Güterumschlag gedacht sind und nicht für das Parkieren. Nur eben, wenn man dort geht, sieht man dort immer Autos stehen, immer. Das muss besser kontrolliert und durchgesetzt werden. Benützt man dort den Velostreifen, muss man immer in die Strassenmitte ausweichen. Das ist wenig Werbung für eine Velostadt, für die Kantizufahrt oder für eine schweizweite Radroute. Dritter Punkt ist, dass das Postulat fordert, die Aufhebung zu Gunsten von Trottoirflächen sei zu prüfen. Eine Prüfung ist nicht gleichzusetzen mit der sofortigen baulichen Umsetzung. In der Antwort des Stadtrates werden Kosten von 100'000 Franken erwähnt; die GLP-Fraktion

möchte wissen, für was für eine Variante dies gilt; es gibt sicher auch andere, einfachere Varianten. In diesem Zusammenhang interessiert auch die vielbesagte Gestaltung des linken Ufers; die Neugestaltung des Inselquais, über die viel gesprochen wurde, wurde ja immer wieder hinausgeschoben. Wie ist der diesbezügliche Stand? Zum Schluss noch ein Tipp, den die Fraktion hier auch schon einbrachte: Das wäre ein typisches Thema für eine Masterarbeit, die man bei der Hochschule in Auftrag geben könnte, denn im Bereich Verkehrsplanung werden jeweils solche Themen gesucht. Das würde fix nur 800 Franken kosten.

Andreas Wüest: Die SP/JUSO-Fraktion sieht im Gegensatz zur G/JG- und zur GLP-Fraktion an dieser Stelle keinen eigentlichen Handlungsbedarf, zumindest grossmehrheitlich nicht. Persönlich bewegt sich der Sprechende auch hie und da in diesem Umfeld, und er schätzt die Arkade sehr, wenn es regnet. Je nachdem, woher er kommt, nimmt er dann sehr schnell die Überführung beim Hotel Radisson. Er hat den Eindruck, dass die Kapazitäten für Schlechtwettertage grundsätzlich momentan noch ausreichend sind, auch für Nichtschirmträger. An schönen Tagen nimmt er die weiteren, schöneren Wege, wie sie der Stadtrat beschrieben hat. Von daher ist an dieser Stelle die Notwendigkeit nicht zu sehen. Zudem kommt, dass es sich bei den Pfeilern der Arkade vermutlich um tragende Pfeiler handelt, die man nicht einfach für einen Fussweg auseinandersägen kann. Und ob das in Bezug auf die Uni-Studenten wirklich ein grosser, bedeutender Fortschritt wäre, ist nicht so recht vorstellbar. Stausituationen hat der Sprechende dort drin bisher nicht erlebt. Die SP/JUSO-Fraktion wird dieses Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion wird das Postulat ebenfalls ablehnen. Sie hat Verständnis für die Haltung des Stadtrates und möchte noch einige Bemerkungen anbringen, zum ersten zu den Haltebuchten: Der Güterumschlag findet dort statt. Der Sprechende kennt das Gebiet sehr gut; er hält sich oft da auf, manchmal sogar mehrmals am gleichen Tag. Zum Flanieren mit einer Partnerin würde er den Inselipark empfehlen; dem See entlang ist es wunderbar. Auf dem schmalen Trottoir hingegen wird eigentlich nur geeilt; es pressiert immer. Flanieren sieht man dort nie jemanden. Würde man die Haltebuchten aufheben, würde der Güterumschlag und somit das Abstellen der entsprechenden Autos und Lieferwagen trotzdem passieren, und dann hätte man für die Velofahrenden eine noch viel grössere Gefahr. Wenn man andererseits die Touristenströme anprangert und sagt, man müsse etwas unternehmen wegen der Massierungen auf dem Trottoir, ist festzuhalten, dass es solche in der ganzen Stadt gibt. Beispielsweise sind vor jedem Schulhaus nach Schulende die Trottoirs verstopft, und es gibt sie auch, wenn Touristengruppen die Strassenseite wechseln. Da sollte man etwas Verständnis dafür haben. Letzten Endes ist Luzern eine Touristenstadt und lebt von den Einnahmen dieser Fremden. Man sollte sich deshalb nicht ärgern, wenn man einmal wegen so einer Gruppe einen kleinen Umweg machen muss.

Katharina Hubacher möchte ein paar Sachen richtigstellen. Es geht nicht um Feste, Fasnacht und Ähnliches, sondern um den Alltag, den Alltag sehr vieler Studierenden, die dort hin und her gehen, und von Leuten, die geschäftlich dort unterwegs sind. Es geht also nicht einfach

um eine Gruppe, die kurz kommt und dann nicht mehr da ist, sondern es geht darum, dass dort viele Leute hin und her gehen. Der Vorschlag der G/JG-Fraktion ist, die Haltebuchten aufzuheben, damit man dort geradeaus weiterlaufen kann, damit der Durchgang für die Fussgänger breiter ist. Das wäre es bereits: Halten kann man auf der anderen Strassenseite, wenn man dort unbedingt halten muss. Auch die Sprechende hat darauf geachtet, und es ist tatsächlich so: Dort stehen immer Autos, und die laden nicht einfach ein oder aus, sondern sie parkieren dort in der Hoffnung, dass sie nicht gleich eine Busse erhalten. Die Situation ist etwas speziell: Eben wurde noch gesagt, dass die schwächsten Verkehrsteilnehmer im Verkehr geschützt werden müssen, und wenn es dann konkret um kleine, wirklich kleine, aber wirk-same Massnahmen geht, findet man, man könne das jetzt vernachlässigen, und die sollen sel-ber schauen, wie sie dort durchkommen. Das ist nicht sehr verantwortungsvoll.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Die Verkehrsfachleute haben das beurteilt und festge-stellt, es bringe zu wenig für die Lösung dieses Problems. Und ein Zweites ist, dass, wenn man dort wirklich etwas machen möchte, dies grosse Kosten auslösen würde und einige andere Sachen im Moment wirklich wichtiger sind. Der Sprechenden ist wichtiger, dass jetzt die Fuss-gängerstreifen überprüft werden. Sie kennt die Situation am Inseliquai auch, und sie kennt zig andere Situationen, wo es für die Fussgänger/innen eng ist, aber noch Trottoirbereich. Da muss man aufeinander Rücksicht nehmen, das ist klar, aber es ist Trottoirbereich und in die-sem Sinne keine Gefährdung. Das vorher behandelte Postulat macht auch Vorschläge, aber es werden wahrscheinlich nicht alle umgesetzt werden. Hier ist einfach klar, dass es im Moment kein Projekt gibt, dass diese Problematik lösen könnte und das in das Investitionsprogramm aufgenommen werden könnte. Von daher ist es ehrlich, wenn das Postulat abgelehnt wird.

Das Postulat 275 wird abgelehnt.

**14. Interpellation 295, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion
sowie Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion,
vom 16. Februar 2012:
Auswirkungen des neuen Seetalplatzes für die Stadt Luzern**

Nico van der Heiden beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Nico van der Heiden: Der Zeitpunkt dieser Diskussion ist etwas speziell. Die Abstimmung ist vorbei, und der Sprechende ist kein schlechter Verlierer. Das Votum des Volkes war klar, und das gilt es zu akzeptieren. Aus seiner Sicht muss die Stadt Luzern alles unternehmen, was sie kann, um allfällige negative Auswirkungen dieses Megaprojekts auf Stadtgebiet zu vermei-den. Und den Antworten des Stadtrates entnimmt er, dass dieser grundsätzlich bereit ist, den ÖV, den Fuss- und den Veloverkehr in diesem Gebiet prioritär zu behandeln. Insofern dankt er dem Stadtrat für seine Ausführungen.

Bei den Ausführungen zum motorisierten Individualverkehr gehen die Meinungen dann wohl doch etwas mehr auseinander. Der Sprechende dankt dem Stadtrat dafür, dass er transparent aufzeigt, dass das Projekt Neugestaltung Seetalplatz zu deutlichem Mehrverkehr auf einzelnen städtischen Strassen führen wird und zu einer sehr leichten Reduktion auf anderen. Der Stadtrat schreibt auch, dass er daraus keinen Widerspruch zur Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität sieht. Es sei erlaubt, einen Satz aus dieser Charta zu zitieren: „Die Verkehrsbelastung auf dem städtischen Hauptstrassennetz soll nicht weiter zunehmen.“ Auf der Hauptstrasse zwischen Reussbühl und der Lindenstrasse wird der MIV aber um sagenhafte 31 Prozent zunehmen bis 2030 gemäss den Berechnungen des Kantons; auf anderen Strassen wird er auch zunehmen. Es wird eine sehr grosse Herausforderung sein, mit diesem Mehrverkehr umzugehen, und dieser ist leider doch ein Widerspruch zur Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität. Wenn man den Modalsplit wirklich zu Gunsten des ÖV, des Fuss- und Langsamverkehrs verbessern will, stehen massive Kapazitätssteigerungen für den MIV doch recht quer in der Landschaft.

Christian Hochstrasser: Mehr Strassenkapazitäten führen zu mehr Verkehr. Man kann sagen, diese Aussage sei ideologisch; es war aber immer so, alle vergangenen Projekte weisen darauf hin, und das wird auch am Seetalplatz so sein, wie es wohl auch am Gotthard sein würde. Um die Ziele des Reglements zu erreichen, braucht es auf dem bestehenden Strassenraum eine Priorisierung innerhalb der Verkehrsträger. Am Seetalplatz werden 25 Prozent zusätzliche Verkehrskapazitäten geschaffen und der Verkehr Richtung Stadt auf der Baselstrasse im Bereich Kreuzstutz soll evtl. sogar gar nicht zunehmen, und das mit der Argumentation, dass der MIV über die Autobahn abfliessen würde. Dann hat es zu wenig Platz auf der Autobahn, dann braucht es den Bypass, dann reicht der Seetalplatz wieder nicht – das ist die unsägliche Verkehrsspirale, an die man sich in den letzten Jahrzehnten gewöhnt hat. Die flankierenden Massnahmen zum Seetalplatz sind, wie in der Interpellation ausgeführt, in den Töpfen B und C des kantonalen Strassenbauprogramms. Das heisst, es sind Massnahmen von geringerer Priorität, die verschiebbar sind. Man kennt das leider vom Rontalzubringer, der inzwischen in Betrieb ist, von den flankierenden Massnahmen ist zum grössten Teil keine Spur zu finden. In Ebikon und rund um die Einfahrt Buchrain kommt es jetzt zu negativen Auswirkungen, zur Überlastung der Strassen. Die Zentren der Orte konnten nicht wie versprochen entlastet und beruhigt werden, weil die flankierenden Massnahmen aufgrund finanzieller Engpässe nicht umgesetzt werden konnten. Die Antwort auf die Interpellation 295 hat zugegebenermassen irritiert. Sie trotzt aus obigen Überlegungen vor Widersprüchen. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität fordert eine Plafonierung des MIV, gleichzeitig steht in der Antwort, dass es je nachdem doch deutlich mehr MIV geben könnte. Wenn man die Argumentation des Stadtrates liest, fragt man sich, und der Sprechende fragt das an dieser Stelle die UVS-Direktorin Ursula Stämmer, ob diese Antwort wirklich die Stadt verfasst hat oder ob die Antworterstellung direkt an das zuständige Amt beim Kanton ausgelagert worden ist. Leider ist die verkehrspolitische Argumentation alles andere als im Sinne einer nachhaltigen städtischen Mobilität.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Selbstverständlich wurde die Antwort von der Stadtverwaltung verfasst, und selbstverständlich ist es so, dass das Seetalprojekt auch ein MIV-Projekt ist. Es handelt sich dabei um einen sehr wichtigen Verkehrsknoten. Für die Stadt war wichtig, dass die Lösung auch städtebaulich gut ist und dass auch der Hochwasserschutz erhalten ist. Die Autos wird man nie völlig wegbringen, und es wird auch nie gelingen, den ganzen Kanton so gut an den ÖV anzuschliessen wie die Wohnung der Sprechenden in der Stadt Luzern. Die Aufgabe ist, gute Lösungen zu finden. Es wird tatsächlich auf einzelnen Strassen Mehrverkehr geben, aber unter dem Strich geht es darum, den Mehrverkehr mit ÖV zu kompensieren. Diesbezügliche Leitlinien werden im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts auch in der Verkehrskommission und in diesem Parlament zu behandeln sein.

Die Interpellation 295 ist damit erledigt.

**15. Postulat 319, Melanie Setz, Marcel Budmiger und Luzia Vetterli
namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Ali R. Celik und Monika Senn Berger
namens der G/JG-Fraktion, vom 5. April 2012:
Ideen und Projektwettbewerbe der Stadt Luzern – Einbezug des Parlaments**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Melanie Setz: Die SP/JUSO-Fraktion dankt für die Antwort und die ausführlichen Erklärungen über die Grundlagen der Gewaltenteilung. Selbstverständlich achtet sie die Gewaltentrennung und kann diese Auslegungsweise nachvollziehen. Ein Umsturz war mit diesem Postulat nicht geplant, sondern die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, wie darin beschrieben, den Einbezug z. B. der Baukommission bei Wettbewerbsvorgaben zu prüfen. So lange die Stadt Luzern nämlich weiter vorhat, wertvolle und strategisch wichtige Grundstücke aus dem Finanzvermögen zu verkaufen, erachtet es die Fraktion als wichtig, dass das Parlament oder ein Teil davon wenigstens über die grundlegenden Vorgaben im Wettbewerb informiert wird und dass dessen Bedenken oder Zustimmung angehört wird. Auch wenn eine Wettbewerbsgestaltung in der Kompetenz der Exekutive liegt, wäre es zielführend, besonders bei umstrittenen Projekten die Vorgaben schon im Vorfeld offen zu legen. Es geht dabei nicht um Einzelfälle oder eine Zwängerei, und die Kompetenz und Handlungsfähigkeit des Stadtrates soll auch nicht eingeschränkt werden. Sondern es geht darum, solche Grossprojekte schon früh in der politischen Diskussion zu verankern. In der Antwort im dritten Absatz steht es ja: Die politische Bedeutung eines Geschäfts soll berücksichtigt werden. Der Sprechenden kam es im Übrigen etwas seltsam vor, wie defensiv der Stadtrat auf das Postulat reagierte. Es soll doch hauptsächlich zu einer besseren Kommunikation beitragen und dazu, sich abzeichnende Probleme frühzeitig abzufangen. **Die SP/JUSO-Fraktion hält an der Überweisung des Postulates fest.**

Ali R. Celik: Im Postulat wird der Einbezug, nicht Mitbestimmung verlangt, also eine Anhö-

rung, was nicht ein Unterlaufen der Gewaltentrennung ist. Der Stadtrat als oberste leitende und vollziehende Behörde ist für die Durchführung eines Investorenwettbewerbs zuständig. Die G/JG-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass auch bei Wettbewerben für Liegenschaften des Finanzvermögens der Dialog zwischen Direktion und Kommission wichtig ist. Ein solcher Dialog verbessert die Einschätzung des öffentlichen Interesses, besonders wenn es bei der Gesamtplanung unterschiedliche Meinungsäusserungen gibt.

Im Postulat wird auf die Zusammensetzung der Jury hingewiesen. Dazu äussert sich der Stadtrat in seiner Stellungnahme nicht. Ist etwa die teilweise Entgegennahme des Postulates der G/JG-Fraktion zur Zusammensetzung von Planungs- und Entscheidungsgremien für eine nachhaltige städtische Entwicklung im Oktober 2011 vergessen gegangen? Da erklärte sich der Stadtrat bereit, bei bedeutenden Stadtentwicklungsprojekten Vertreter/innen, welche die Interessen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen wahrnehmen, beizuziehen. Es ist deshalb naheliegend, wenn der Grosse Stadtrat jeweils über die Zusammensetzung informiert wird und seine Meinung dazu äussern kann. Selbstverständlich liegt die Entscheidung dann beim Stadtrat. Dieser weist in seiner Stellungnahme auf das Beispiel Industriestrasse hin. Hier wurde im Vorfeld tatsächlich aufgrund von Vorstössen einiges diskutiert, das Einfluss hatte auf die Ausschreibung des Investorenwettbewerbs: Mietwohnungen, Ateliers für Kleingewerbe bis hin zur Möglichkeit der Landabgabe im Baurecht. Auch die Auswahl des Siegerprojekts ist korrekt gelaufen. Nun kommt die Gewaltenteilung zum Zug: Parlament und Volk werden entscheiden, ob die Vorlage des Stadtrates dem öffentlichen Interesse entspricht. Obwohl der Ausgang bei diesem Beispiel noch offen ist, ist es wichtig, dass Erfahrungen aufgenommen und die Kommunikationsabläufe zwischen Exekutive und Legislative verbessert werden. **Deshalb hält auch die G/JG-Fraktion am Postulat fest.**

Franziska Bitzi Staub: Dieses Postulat ist ein Misstrauensvotum mit der Aussage: Wenn das Ergebnis eines Projektwettbewerbs hin und wieder nicht allen gefällt, soll es die Legislative doch gleich selber machen. Die CVP-Fraktion hat eine andere Vorstellung: Gewaltenteilung ist in der Demokratie wichtig. Bei der operativen Vorbereitung soll vom Parlament her nicht dreingeredet werden. Wenn ihm das Gesamtergebnis nicht gefällt, kann es dieses dann ja zurückweisen. Melanie Setz hat es vorhin sehr sympathisch begründet: Gegen Kommunikation, Austausch usw. ist nichts einzuwenden. Aber die Verwaltung muss auch effizient arbeiten können. Demokratie ist leider nicht immer so effizient, wie das verlangt wird. Hin und wieder muss eine Entscheidung gefällt werden. Die CVP-Fraktion geht davon aus, dass Stadtrat und Verwaltungsangestellte das Beste für die Stadt wollen, dass die Verwaltung z. B. die Nutzungsfragen kennt und dass der Stadtrat auch öffentliche Interessen berücksichtigt. Gute Mitarbeitende brauchen nicht nur Lohn und Ferien, sondern auch Vertrauen, Gestaltungsfreiraum und Verantwortung. Das ist auch ein Beitrag zur Motivation und zum Erhalt von qualifiziertem Personal. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jules Gut: In der Schweiz kennt man das Prinzip der Gewaltentrennung, und so verhält es sich auch bei der Ausschreibung von Ideen- und Projektwettbewerben. Das Parlament beschliesst über Sachgeschäfte, und es kann mittels Vorstössen den Stadtrat beauftragen, eine Vorlage

zuhanden des Parlaments zu erarbeiten. Es kann aber nicht die Idee sein, dass das Parlament oder einzelne Mitglieder oder gar eine ganze Baukommission Teil einer Jury oder Kommission sein sollen. Auch – oder vielleicht erst recht – in der Planung und in der Architekturszene verderben zu viele Köche den Brei. Als Parlament hat dieser Rat heute schon genügend Möglichkeiten, dem Stadtrat die zur Auswahl stehenden Gewürze bereitzustellen – oder sie ihm eben nicht zu geben. Wenn es will, kann es bereits heute den Energiestandard oder die Anzahl Parkplätze oder den Wohnanteil regeln. Auch wenn es für die GLP-Fraktion bekanntermassen nie zu wenig Minergie sein kann, muss sie doch ablehnende oder andere Meinungen zum Thema akzeptieren. Dass sie deshalb auf der Stufe Wettbewerb als Mitglied dabei sein muss, ist sicher nicht der richtige Weg.

Der Einzelfall Industriestrasse kann vom Prozess her und von den anderen politischen Anliegen her allenfalls kritisiert werden, aber nicht von den grundsätzlichen Zuständigkeiten im System her. Der Stadtrat muss die Kompetenz haben, Ziele der Gesamtplanung wie die Entwicklung der Schlüsselareale entsprechend mit Wettbewerben und Ausschreibungen umzusetzen. Wenn Baukommission und Parlament in ausführenden Schritten mitreden, gibt das nicht nur zeitliche Verzögerungen, sondern auch eine Durchmischung der Zuständigkeiten. Das lehnt die GLP-Fraktion ganz klar ab. Hingegen kann und muss die jeweilige Kommission durchaus frühzeitig informiert werden, die Haltung der Kommission und des Parlaments soll und muss aktiv eingeholt werden. In diesem Punkt unterstützt die Fraktion das Kernanliegen der Postulanten; da sind sicher Verbesserungen richtig und wichtig, auch im Interesse des Gelingens zukünftig anstehender Projekte. Es liegt aber auch an den Parlamentariern, die Führungskräfte der Verwaltung bis und mit Stadtrat bzw. eben Stadträtin von ihren Ideen zu überzeugen. Die GLP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Luzia Vetterli möchte darauf hinweisen, dass solche Informationen und ein frühzeitiger Einbezug des Parlaments mit der Überlegung, dass politische Entscheide später eher akzeptiert werden, in anderen Bereichen durchaus Realität sind. So ist z. B. die GPK frühzeitig einbezogen worden in der Frage der Steuererhöhung und der Umstände dazu. Diesbezüglich möchte die Sprechende dem Stadtrat ein Kränzlein winden, wie sorgfältig das geschehen ist, wie sehr man sich Zeit genommen hat, die Kommission über die geplanten Massnahmen zu informieren und wie sehr auch Rücksicht genommen worden ist auf die Rückmeldungen aus der GPK: Es ist schwer zu verstehen, wieso das in anderen Bereichen der Stadtverwaltung, gerade im Bauwesen, bei ganz wichtigen Geschäften – und Verkäufe von Grundstücken sind ganz wichtige Geschäfte – nicht gleich gehandhabt werden kann.

Stadtpräsident Urs W. Studer: Es wurde jetzt viel gesagt unter den Titeln Kommunikationsprobleme und Gewaltenteilung. Der Stadtpräsident möchte jetzt nicht auf Montesquieu verweisen, sondern lediglich noch Folgendes anfügen: Selbstverständlich ist der Stadtrat und sind die einzelnen Direktionsverantwortlichen dialogbereit und auch dialogfähig. Die Verwaltung hat eine rollende Planung, die auch dem Parlament spiegelt, was in nächster Zeit auch baulich vorgesehen ist (Gesamtplanung, Bauprojekte), in Kenntnis dessen kann dieser Rat mittels Vorstössen die Geschäfte in eine bestimmte Richtung, wie es ihm lieb ist und wie es

dann ausgemehrt wird, beeinflussen. Aber grundsätzlich muss der Sprechende im Auftrag des Stadtrates, wobei das auch seine tiefe persönliche Überzeugung ist, daran festhalten, dass die Verwaltung machen können muss, was Verwaltungsangelegenheit ist. Wenn sie nicht vorgängig durch den Grossen Stadtrat auf gewisse Problemstellungen aufmerksam gemacht worden ist, hat es dabei sein Bewenden in dem Sinne, als der Grosse Stadtrat das Geschäft erst im Nachgang beispielsweise zurückweisen oder ablehnen kann. Aber sicher nicht, dass sich der Stadtrat stellvertretend für die Verwaltung praktisch ständig mit dem Parlament bzw. den sachlich zuständigen Kommissionen austauscht, ob etwas richtig sei oder etwas anderes oder gar etwas Drittes.

Theres Vinatzer fügt als Beispiel die Sozialkommission an, die z. B. in Bezug auf das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, die Betreuungsgutscheine oder die Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen in einem mehrstufigen Verfahren mitgenommen wurde. Das ist wesentlich, damit die Kommission und der Rat später Sachen auch mittragen können.

Das Postulat 319 wird abgelehnt.

**16. Interpellation 307, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 12. März 2012:
Was kann aus dem Projekt „Starke Stadtregion“ gelernt werden?**

Albert Schwarzenbach beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Albert Schwarzenbach: Die Starke Stadtregion war eines der grossen Projekte des Stadtrates und auch der Mehrheit des Stadtparlamentes. Es ist seit Jahren in der städtischen Planung festgeschrieben, und viele haben sehr viel Energie in dieses Vorhaben gesteckt. Sie haben die Stadtbevölkerung davon überzeugen können, im neuen Stadtteil Reussbühl, der Emmen am nächsten liegt, sogar rund 67 Prozent. Und trotzdem heisst es zurück auf Feld 1, weil die Agglomerationsgemeinden Nein gesagt haben. Es muss eingestanden werden: Das Ziel wurde nicht erreicht. Jetzt heisst es kritisch Rückschau halten und die Lehren aus dem Prozess zu ziehen. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er dies noch in der alten Zusammensetzung getan hat, denn er hat diese Strategie zusammen mit der Ratsmehrheit entwickelt und verantwortet. Was er in seiner Antwort schreibt, ist in vielem richtig. Es macht in der Tat wenig Sinn, die Bevölkerung über Fusionsverhandlungen entscheiden zu lassen. Denn sie will wissen, wie eine Fusion aussieht, und sagt nachher dazu Ja oder Nein. Dafür müssen alle Karten, insbesondere die finanziellen, auf den Tisch. Zwischenschritte sorgen nur für Verwirrung und bedeuten Benzin in den Motor all jener, die sich Visionen verweigern, weil sie Angst vor dem Unbekannten haben. Was jedes erfolgreiche Unternehmen tut, wollen diese Leute der öffentlichen Hand nicht zugestehen: über den Jahresabschluss hinaus zu denken. Das Leben geht weiter. Kriens bleibt eine Nachbargemeinde von Luzern, Emmen auch. Die

Verkehrsprobleme sind die gleichen geblieben, die raumplanerischen Fragen auch, die Zentrumslasten erst recht. Nur fällt es jetzt ungleich schwerer, sie anzugehen. Der Wille, über den Gartenzaun hinauszuschauen, wird kleiner. Und doch muss man das tun; es braucht eine neue Agglomerationspolitik. Will man sie, so muss man verstehen, warum die Starke Stadtregion gescheitert ist. Man muss, und darum ist die Frage schon richtig gestellt, etwas aus dem Projekt lernen. Beispielsweise begreifen, dass die Uhren in Adligenswil und Kriens und früher auch in Horw anders ticken. Wenn in Adligenswil der Gemeindeschreiber bei einer Fusion um seinen Job fürchtet, der Neuzuzüger die Gemeinderätin im Nachbarhaus nicht verärgern will und der Kleingewerbler um seine Aufträge bangt, weil er meint, wenn er anders denkt als der Bauvorsteher, zeigt das schon etwas, wo das Problem liegt: Das ist eine andere Welt in den Vorortsgemeinden, eine kleine Welt. Dagegen vermögen die besten Studien der Hochschule nichts auszurichten. Man kann hundertmal argumentieren, der Sonnenberg bleibe grün oder der Flugplatz Emmen werde nicht ausgebaut – die Lufthoheit am Stammtisch haben andere, orchestriert von Parteien, die zum Teil nicht vor persönlichsten Angriffen zurückschrecken. Und hier gilt es anzusetzen. Es muss akzeptiert werden, dass die Agglomerationsgemeinden ihren eigenen Weg gehen wollen. Und auch die Stadt geht ihren eigenen Weg, zum Beispiel mit Einheimischentarifen bei Sportanlagen oder Kulturanlässen. Sie will eine neue Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, aber Geschenke macht sie keine. Sie orientiert sich am Nützlichen und Nötigen.

Beide Seiten werden sich in den nächsten Jahren bewegen müssen. Das könnte früher geschehen als viele denken. Die roten Zahlen in Emmen, Kriens und auch in der Stadt könnten bewirken, dass auch die grössten Gegner der Starken Stadtregion merken, dass die Region zu klein ist, als dass jeder seine Brötchen allein backen kann. Der Verlierer von heute kann zum Gewinner von morgen werden.

Edith Lanfranconi-Laube: Es ist sehr gut, dass diese Fragen gestellt worden sind, denn es ist sicher wichtig zurückzuschauen und zu sehen, was man daraus lernen kann. Der Fokus der G/JG-Fraktion liegt aber auf den Fragen zum Wie geht es weiter; sie interessieren also speziell die Fragen ab der fünften. Natürlich ist es sinnvoll zu schauen, was man allenfalls anders hätte machen müssen, denn im Gegensatz zu vielen anderen, welche glauben, dass das Thema Fusionen jetzt für lange Zeit auf Eis liegt, glaubt die Sprechende, dass man sich früher oder später wieder überlegen muss, wie es neu angegangen werden könnte. Die ganze Sache wäre nach wie vor sehr wichtig. Denn es gibt sehr viele Fragen, welche die Stadt nicht allein lösen kann. Die Urbanität als Gegensatz zum kleinkarierten Vorort möchte die Sprechende nicht zementieren, denn es geht jetzt wirklich darum, möglichst viel zusammenzuarbeiten. Auch sollte die Situation nicht mit Einheimischentarifen zementiert werden, sondern nach Meinung der G/JG-Fraktion sollte besser geklärt werden, ob es überkommunale Trägerschaften gibt, wie das der Stadtrat auch antönt. Oder als Beispiel das ganz aktuelle Thema der zweiten Gotthardröhre. Stefan Roth hat sich in der letzten Sonntags-NLZ sehr positiv geäußert, dass die Stadt Luzern diese auch nicht wolle. Aber die Stadt Luzern kann sich da allein nicht gross wehren. Da braucht es die Zusammenarbeit insbesondere auch mit den Vorortsgemeinden und natürlich darüber hinaus mit den Zentralschweizer Kantonen. Es ist also sehr wichtig,

dass das Ganze weitergeht; das ist dann ein Thema der Gesamtplanung 2014–2018 und somit des neuen Stadtrates und des neuen Parlamentes. Es ist wichtig, dass das sensibel und gut angegangen wird. Der G/JG-Fraktion ist es ein Anliegen, dass man nicht zu stark darauf herumreitet, dass es die anderen nicht wollten und deshalb jetzt selber schauen können, sondern dass versucht wird, die Probleme möglichst auf gleicher Augenhöhe anzuschauen.

Luzia Vetterli: Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass lange Analysen, was genau falsch gelaufen ist, müssig sind. Die Antwort des Stadtrates ist gut und sehr ausführlich, aber schlussendlich ist es doch ein Fischen im Trüben. Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn eine professionelle Analyse gemacht worden wäre – die Vox-Analyse, die von der Projektsteuerung abgelehnt worden ist. Man hätte sich vielleicht auch überlegen können, dass die Stadt diese im Hinblick auf zukünftige Fusionsverhandlungen selber macht. Dann hätte man wirklich gewusst, was die Beweggründe für die Ablehnung der Fusion waren. Nun werden einige Schlussfolgerungen gezogen, die wahrscheinlich nicht völlig falsch sind. Zum einen war es wahrscheinlich tatsächlich nicht die richtige Strategie, über die Aufnahme von Fusionsverhandlungen abzustimmen, das Volk also dreimal über die Strategie zu befragen. Das ist eine Überforderung; das Volk hat nicht verstanden, dass es nicht Ja oder Nein zur Fusion sagen muss, sondern nur zu Verhandlungen, und ein Problem war insbesondere, dass die Fakten, was eine Fusion für den Einzelnen bedeuten würde, nicht auf dem Tisch lagen. Das war wohl ein Fehler in der Strategie.

Als Zweites kann man sich sicher fragen, ob es wirklich sinnvoll war, eine so grosse Fusion anzudenken; ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, irgendwann Stopp zu sagen, mit Adligenswil und auch mit Kriens geht es nicht weiter, und sich auf Emmen als Partner zu fokussieren und damit auf die Gemeinde, die der Fusion am Ende am besten gesinnt war, und damit auch auf den Partner, den die Sprechende am ehesten für eine sinnvolle Erweiterung des Stadtgebietes gesehen hätte. Das ist auch eine Frage, die man im Nachhinein stellen kann. Sehr problematisch ist nach wie vor die seltsame Kehrtwende in Emmen, die von der FDP unterstützt worden war und die zu einer Verschiebung des Abstimmungstermins geführt hat. Persönlich ist die Sprechende der Meinung, dass wenn in Emmen vorher abgestimmt worden wäre, es dann allenfalls für ein Ja gereicht hätte. Aber das sind alles Mutmassungen. Man wird es nie sicher wissen. Wie die Grünen ist auch die SP/JUSO-Fraktion der Meinung, dass jetzt vor allem nach vorne geschaut werden muss, wie die bestehenden Probleme im kleinen, engen Stadtgebiet gelöst werden können.

Stadtpräsident Urs W. Studer möchte in Anbetracht der Hitze in diesem Saal und der fortgeschrittenen Zeit sein Votum nicht überstrapazieren und nur so viel sagen: Das Votum von Albert Schwarzenbach könnte er zu 95 Prozent übernehmen bzw. damit ist er einverstanden. Das war eigentlich eine zusätzliche Analyse. Zu den Äusserungen von Luzia Vetterli Folgendes: Zuerst einmal besten Dank für das Lob in Bezug auf die Ausführungen, die weitestgehend der Sprechende selbst zu verantworten hat, nicht etwa die Verwaltung. Natürlich ist das eine Antwort des Stadtrates, aber die Analyse hat der Sprechende selber gemacht. Nun kann man sagen, das sei ein Fehler; man hätte gescheiter eine Vox-Analyse in Auftrag gegeben. Da

kommt der Sprechende nicht umhin zu sagen, dass die Interpellation keine solche Analyse verlangte; sie hat einfach nach dem Wie weiter nach dem Abstimmungsergebnis gefragt. Wenn Mitglieder dieses Rates finden, dass eine Vox-Analyse besser wäre, so ist darauf hinzuweisen, dass eine solche natürlich nicht gratis zu haben gewesen wäre, dass aber die Möglichkeit bestanden hätte, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen. Und wenn Luzia Vetterli zum Schluss kommt, dass man sich gescheiter auf Emmen konzentriert hätte: In der Antwort ist ausgeführt, warum der Stadtrat unter der Führung des Sprechenden und mit dem Einverständnis dieses Rates nach der gelungenen Fusion mit Littau als zweiten Schritt eine sogenannte Gruppenfusion anstrebte: Damit die Verwaltung nicht während Jahren und Jahrzehnten mit Fusionsanstrengungen belastet wird. Zudem wollten sowohl Adligenswil wie auch Ebikon wie auch Emmen und auch Kriens 2009 – Kriens mit der knappsten Mehrheit; Ebikon und Emmen mit Mehrheiten von über 60 Prozent – Abklärungen getätigt haben; das war der Prozess, wie er abgelaufen ist. Zudem wusste man nicht, wie z. B. die Stimmung in Emmen gegenüber dem Projekt war, ob ein grosser Teil der Bevölkerung die Überzeugung des noch amtierenden Gemeindepräsidenten Thomas Willi teilt und eine Fusion gutheisst oder eben ablehnt. Emmen hat übrigens ein sehr grosses volkswirtschaftliches Potenzial; dessen ist sich der Sprechende nach wie vor absolut sicher.

Die Analyse wurde gemacht, wie es in der Interpellation verlangt worden ist. Es ist absolut richtig und sinnvoll, wenn die neu formierte Exekutive unter dem neu für die Aussenpolitik verantwortlichen Stadtpräsidenten Stefan Roth mit drei neuen Exekutivmitgliedern und dem neuen Parlament die Frage der Kooperation mit den unmittelbaren Nachbarkommunen diskutiert. Der jetzt noch in der Verantwortung stehende Stadtrat hat nach der Abstimmung vom vergangenen November allerdings klar gesagt, dass es jetzt ein Ende haben muss mit der Nutzung von so genannten „Spillovereffekten“ durch die Einwohnerschaft der Nachbarkommunen. Das heisst z. B. in Bezug auf den Rotsee, dass wenn Ebikon sich nicht für das Projekt engagiert, und zwar im Umfang von mehr als nur von Bruchteilen von Prozenten im Vergleich zur Stadt Luzern, das Projekt für die Stadt Luzern gestorben ist. Wenn dort weiterhin Ruderweltmeisterschaften stattfinden, fällt der Nutzen nicht nur in Ebikon und auch nicht nur in der Stadt Luzern an, sondern er fällt in der ganzen Region an, sowohl marketingmässig wie auch touristisch und volkswirtschaftlich (direkt monetäre Wertschöpfung). Ob diese Haltung von der neuen Exekutive weiter getragen wird, weiss der Sprechende nicht. Er ist aber mit Edith Lanfranconi der Überzeugung, dass die Fusionsfragen in dieser Region in der Tat nicht vom Tisch ist – auch Albert Schwarzenbach hat das zum Ausdruck gebracht – Stadtpräsident Urs W. Studer persönlich hätte aber die Erwartung, dass eine der Nachbarkommunen auf die Stadt zukommt mit dem Anliegen, gemeinsam einen Fusionsvertrag auszuarbeiten, dem Parlament zu unterbreiten und dann unter den Stimmberechtigten auszumehren.

Die Interpellation 307 ist damit erledigt.

**17. Interpellation 322, Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 10. April 2012:
Wie steht die Stadt Luzern zum Regionalen Eiszentrum REZ?**

Peter With bedankt sich in seiner kurzen Erklärung für die Beantwortung der Fragen. Da dieses Thema diesen Rat wahrscheinlich noch einige Zeit begleiten wird, wäre die SVP-Fraktion froh, wenn eine entsprechende Kommission regelmässig über das weitere Vorgehen informiert würde.

Die Interpellation 322 ist damit erledigt.

Verabschiedung von Daniel Erni

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Tag der grossen Verabschiedungen ist erst der nächste Donnerstag, aber eine muss ich trotzdem schon heute vornehmen: Daniel Erni kann nächsten Donnerstag wegen eines beruflichen Jubiläums den ganzen Tag nicht an der Sitzung teilnehmen. Daniel Erni gehört einer leider aussterbenden Spezies an: Er war nämlich schon Mitglied des Einwohnerrates Littau: zwei oder drei Jahre, das wusste er selber nicht mehr genau. Als Grossstadtrat der vereinigten Stadt war er von Januar bis Dezember 2010 Mitglied der Bürgerrechtskommission. Nach der Abschaffung der Schulpflege übernahm er im Januar 2011 als Erster das Präsidium der neuen Bildungskommission. Obwohl er vorher eher mit wirtschaftlichen Themen beschäftigt war – er setzte sich z. B. für gleiche Strompreise auf dem vereinigten Stadtgebiet oder für günstigere Handwerkerparkkarten ein –, hat er der Bildungskommission doch ein kompetentes Gesicht gegeben und mit seiner umgänglichen und lockeren Art für ein gutes Klima und einen guten Umgang gesorgt. Im Rat habe ich Daniel Erni immer in jugendlicher Frische erlebt, auch einmal für einen Lausbubenstreich aufgelegt, als er locker Panini-Bilder verschenkte. Ich möchte dir, Daniel Erni, herzlich danken für die geleistete Arbeit und wünsche dir für die zukünftige Zeit ohne Politik alles Gute.

Daniel Erni: Ich möchte die Chance nutzen und noch ein paar Worte sagen. Danke! Die jugendliche Frische kommt daher, dass ich eigentlich noch jugendlich bin, man sieht das mir leider nur nicht mehr an. Ich bin ein Mittdreissiger, ein „angeschossener“ Dreissiger. Mein Ziel ist jetzt, die Work-Life-Balance wieder etwas besser in den Griff zu bekommen. Im Widerstreit von Privatem, Beruf und Politik habe ich jetzt die Politik etwas zurückgestellt. Ich werde diesen Rat sicher aus der Zeitung und ab der Homepage der Stadt Luzern begleiten, und wer weiss, vielleicht nimmt es mir irgendwann den „Ärmel“ herein und ich bin in zwei oder drei Legislaturen wieder da. Aber zuerst ist jetzt die Familie froh, wenn ich wieder etwas mehr zuhause bin und im Geschäft, wo viele neue Herausforderungen anstehen. Das Jubiläum feiere nicht ich selber – meines habe ich erst nächstes Jahr. Ich danke für die gute Aufnahme, auch als Littauer, auch als damaliger Fusionskritiker. Das habe ich immer auch gegenüber den

Medien klar gesagt: Ich bin gut aufgenommen worden, habe mich wohl gefühlt; es war eine gute Zeit!

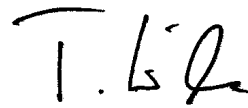
Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr
Luzern, den 21. August 2012

Der Protokollführer:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Oswald Stalder'.

Oswald Stalder

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Göpfert'.

Toni Göpfert, Stadtschreiber